

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

206 · Dezember 2007

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

aus dem Inhalt

ISABEL RAUBER Die demokratisch-kulturelle Revolution. Betrachtungen aus Lateinamerika	1112
JÜRGEN MEIER Scientology ist weder Kirche noch Sekte! Scientology, eine spätbürgerliche Science-Fiction-Ideologie	1138
MICHAEL WOLF Sozialpolitik und Soziale Arbeit jenseits des Wohlfahrtsstaats: Leben auf eigenes Risiko	1153

ISABEL RAUBER

Die demokratisch-kulturelle Revolution

Betrachtungen aus Lateinamerika

Isabel Rauber – Jg. 1953, Dr. phil., Herausgeberin der in Santo Domingo erscheinenden Zeitschrift »Pasado y Presente XXI« (Vergangenheit und Gegenwart XXI), ist eine argentinische Philosophin und Forscherin am Zentrum für Studien über Amerika in Kuba, wo sie seit der Zeit der Militärdiktatur in Argentinien viele Jahre im Exil lebte. Sie arbeitete u. a. als Dozentin für Philosophie am der Universität Havanna und als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der kubanischen Gewerkschaftszentrale CTC.

1 Bis jetzt als unmittelbarer Übergang zum Sozialismus (Marx) oder als Übergang zum Sozialismus nach einer Zwischenetappe, die an Sozialismus heranführt (Lenin) aufgefasst.

Die Problematik

Die soziopolitischen, ökonomischen und Umwelt-Bedingungen, die in der kapitalistischen Welt heute vorherrschen, stellen der Menschheit, wenn sie überleben will, zwingend die Aufgabe, die Zivilisation unter neuen Leitmustern neu zu begründen, sie im Prozess des Suchens selbst neu zu schaffen und aufzubauen. Das schließt verschiedene tiefe und neuartige Prozesse der sozialen Transformation ein, die unaufschiebbar sind. Diese Prozesse setzen unterschiedliche, komplizierte und lange Wege zum Neuen voraus. Im Ganzen bilden sie eine lange Periode, die dadurch gekennzeichnet ist, dass der Weg über Gewissheiten und Ungewissheiten, über Veränderungen, Vorstöße und Gegenvorstöße, über Suchprozesse und Arbeit am Aufbau des Neuen – in seiner umfassendsten Weise – führt. Diese Periode wird traditionell als Übergang definiert, aber um was für einen Übergang handelt es sich? Übergang wohin? Wie und von wem soll er durchgeführt werden?

Die Option für die Transformation der Gesellschaft (Macht) von unten – jene konkrete politische Dimension, in die ich diese Betrachtungen stelle – wirft die Frage nach den Inhalten, den Aufgaben und den Wegen des *Übergangs* zum Neuen auf.¹ Die historischen Erfahrungen der Errichtung einer Gesellschaft, die die Übel des Kapitalismus überwindet, das Bewusstsein, dass es notwendig ist, neue Paradigmen der Entwicklung herauszubilden, die auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, Achtung und Erhaltung der Natur, den Aufbau solidarischer und brüderlicher Beziehungen zwischen den Menschen gerichtet sind, dazu die wachsenden und permanenten sozialen Kämpfe gegen den gegenwärtigen neoliberalen Kapitalismus, die in den verschiedenen Gegenden der Erde geführt werden, hat gründliche Überlegungen aufkeimen lassen, wie diese Problematik anzugehen sei. Sich ihnen zuzuwenden, das ist eine vorrangige und notwendige Arbeit.

Es geht um eine radikale Aktualisierung der Paradigmen, die bis vor kurzem das revolutionäre Denken und die revolutionäre Aktion für die Umgestaltung der Gesellschaft leiteten. Da klar ist, dass es sich um einen Wandel handelt, der sich weder automatisch noch mechanisch herstellen wird, bedeutet diese Herausforderung für unsere Generation, theoretisch und praktisch zu definieren, wie der Übergang zum Neuen zu bewerkstelligen ist. Ohne dem Schöpferum des gesellschaftlichen Lebens den Weg versperren zu wollen, drängt sich auf, die Debatte über die ersten Schritte, die verschiedenen Formen

und Modalitäten, die sich in der Realität zeigen, vor allem in Lateinamerika, und über die Protagonisten, das heißt über den Sinn und die Zielrichtung jener Veränderungen zu führen. Im Weiteren führe ich Elemente aus, die ich als zentral ansehe, um die kollektive Reflexion darüber anzuregen.

Nach Marx schaffe der entwickelte Kapitalismus die Grundvoraussetzungen für den Sozialismus. Im Zuge der kapitalistischen Entwicklung formiere sich eine umfangreiche und starke Arbeiterklasse, die sich in großen Industriezentren konzentriere und organisiere. Deshalb würde im entwickelten Kapitalismus mit einer politisch reifen, klassenbewussten, das heißt ihrer historischen Befreiungsmission bewussten Arbeiterklasse, die sozialistische Revolution nur die Dinge vom Kopf auf die Füße zu stellen haben: die Kapitalisten hinauswerfen und die Betriebe in die Hände der Produzenten geben, dann auf dieser Basis den revolutionären Staat und die revolutionäre Regierung errichten. Im Weiteren würde sich ein Prozess der ununterbrochenen Revolution zum Kommunismus eröffnen. Nach der Überwindung der partikularen Interessen des Kapitals würden die besonderen Interessen der Arbeiterklasse als hegemoniale Klasse und damit der Staat und sein ganzer Kontroll- und Zwangsapparat zunehmend unnötig.

Marx hat aber die Reife des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium nicht mehr erlebt. So konnte er die Polarisierung des Reichtums auf Weltebene wie *Samir Amin* nicht berücksichtigen und setzte voraus, dass die europäische Entwicklung sich in den anderen Teilen der Welt wiederholen würde, was er als eine allgemeine Bedingung für den revolutionären sozialistischen Wandel betrachtete. Seine Konzeption der Entwicklung, zusammen mit dem Glauben, die Naturressourcen seien unerschöpflich, veranlasste Marx, den Reichtum und den Überfluss als Bedingung für die menschliche Befreiung anzusehen.

Aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts modifizierten sich mit dem Aufkommen des Imperialismus die sozialen und politischen Bedingungen in Europa. Lenin hatte die Marxsche Vorstellung des sozialen Wandels zu überdenken, besonders im Hinblick auf die oben erwähnten Voraussetzungen.

Es waren konkrete Wege für den revolutionären Wandel zu finden in einer Gesellschaft, in der der Kapitalismus noch nicht seine höchste Entwicklungsstufe erlangt hatte, in der die materiellen und geistigen Bedingungen für den Sozialismus deshalb noch nicht »reif« waren. Eine dem Sozialismus vorgelagerte Etappe war für Lenin zwingend, um die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen.

So begründete er, dass der revolutionäre Wandel eine *Periode des Übergangs zum Sozialismus* einleiten müsse: eine Periode, die durch eine ökonomische Entwicklung kapitalistischer Art ohne Kapitalisten gekennzeichnet sein (im Wettbewerb mit dem Kapitalismus) und, unter Führung einer revolutionären Partei, in die sozialistische Entwicklung münden würde.

Damit begab sich Lenin nicht in Widerspruch zu Marx, im Gegenteil, er akzeptierte dessen Prämissen für eine sozialistische Revolution: 1. dass die kapitalistische Entwicklung die Bedingungen

für den Sozialismus vorbereite; 2. dass es innerhalb des Kapitalismus unmöglich sei, die Transformation der Gesellschaft zum Sozialismus zu beginnen.

Lenins Position in Bezug auf die Macht war eine Schlüsselfrage, die den Bolschewismus von den reformistischen Positionen der Sozialdemokratie der II. Internationale unterschied. Diese wollte nur graduelle Veränderungen mittels Reformen, ohne die Macht des Kapitals und seiner Vertreter in Frage zu stellen, wobei auf jede Möglichkeit (und Notwendigkeit) seiner Überwindung verzichtet wurde.

Das 21. Jahrhundert fällt mit dem Beginn einer neuen historischen Epoche zusammen, die sich mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Weltlagers und dem Verschwinden der Ost-West-Konfrontation aufatmet. Die neue Situation, die mit der technologischen Revolution zusammenfällt, ist charakterisiert durch die globale Offensive des Kapitals unter Hegemonie des USA-Imperialismus.

Angesichts der Realität und Existenzweise des Kapitals erhebt sich eine Frage: Ist es wirklich möglich, eine andere Welt zu errichten? Wie soll man sich die gesellschaftliche Transformation vorstellen? Welcher *Typ von Macht* muss aufgebaut werden, um den demokratischen partizipativen und emanzipatorischen Bedürfnissen der Unterdrückten Rechnung zu tragen? Welche Rolle kommt den sozialen Bewegungen, den Völkern und ihren Organisationen bei der Verwirklichung dieser strategischen Option zu?

Eine neue Art sozialer Transformation: von unten und aus dem Innern des Kapitalismus heraus

Die Einführung des neoliberalen Modells und die Anwendung seiner »strukturellen Anpassungspläne« entfesselten in Lateinamerika heftige Aktionen des Volkswiderstandes, in denen soziale Akteure an der Spitze standen, die die Situation, in die das System sie brachte, entlarvten und anklagten. Zahlreiche neuartige und unterschiedliche soziale Bewegungen nahmen den Kampf auf, darunter die Bewegung der Landlosen in Brasilien, die der Kokabauern des Chapare, die der Indigenen in Chiapas, Ekuador, Bolivien und anderen Ländern, die Bewegung der Arbeitslosen und Rentner in Argentinien, Wohngebietsbewegungen der armen Stadtviertel in der Dominikanischen Republik, Kolumbien, Brasilien, Mexiko. Die sozialen Bewegungen, die sich als autonom betrachteten, stellten, wenn auch in unterschiedlichen Dimensionen und unterschiedlichem Schrittmaß je nach den Akteuren, die sie zusammenführten, die Vertiefung der umfassenden Partizipation der organisierten Volksschichten und die Verknüpfung der Widerstandsprozesse und sozialen Kämpfe sektoriellen Charakters mit übergreifenden Prozessen für die Umgestaltung der Gesellschaft auf die Tagesordnung.

Die Volksrebellionen auf dem Kontinent, getragen von sozialen Bewegungen, die sich untereinander vernetzten, stimulierten die Diskussionen unter den sozialen Akteuren über die Möglichkeit, die Realität in der sie lebten, zu verändern, über die Richtung und die Tragweite solcher Veränderungen (das alternative Projekt) und darüber, wer die Subjekte sein würden, die sie voranbrachten. Das schloss ein, dass Überlegungen zum Problem der Macht angestellt wurden: *Worin* besteht sie, *wie* bildet sie sich heraus, *welche* Me-

chanismen stellen sie her und reproduzieren sie, *wie* wird sie transformiert und *durch welche* Mittel?²

So schufen und entwickelten in langen Widerstandsprozessen und sozialen Kämpfen während der letzten 30 oder 40 Jahre die sozialen Bewegungen Schlüsselemente dessen, was sich heute bereits als eine neue strategische Konzeption der sozialen Transformation, des Aufbaus eigener Macht, des Aufbaus der sozial-kulturellen Kraft der Befreiung abzeichnet. Diese strategische Konzeption, die für den Beginn des gesellschaftsumgestaltenden Prozesses nicht die *Übernahme der Macht* als Voraussetzung ansieht, die nicht die Veränderung der sozialen Beziehungen zwischen Männern und Frauen von Direktiven abhängig macht, die vom staatlichen Überbau, von der Regierung mittels der Aktionen einer Partei (als Avantgarde) ausgehen, ist das, was ich den *Aufbau der Macht von unten* nenne. Diese Konzeption beinhaltet eine neue Weise, die soziale Transformation im 21. Jahrhundert zu begreifen und zu verwirklichen. Sie schließt deshalb neue Wege und Modalitäten des Übergangs zum Neuen ein.

Notwendige konzeptionelle Präzisierungen

Der Ausdruck »unten« verweist unmittelbar auf einen Bereich, der *unten* angesiedelt ist im Verhältnis zu seiner Entsprechung »oben«, oder auf eine politische, soziale und kulturelle Situation, die traditionell dem, was »oben« ist, untergeordnet ist. Der Begriff *von unten* gibt eine politisch-soziale Positionierung an, von der aus die Umgestaltung stattfindet, in dem die bewusste und freiwillige Beteiligung »derer von unten« einen wichtigen zentralen Platz einnimmt. Der Begriff verweist direkt auf diese Logik, die ein spezifisches *Wie* einschließt, unterschieden von dem, was man oben, auf der Ebene des Überbaus und der Apparate denkt und tut.

Von unten aufbauen ist deshalb als praktisch-methodologische Positionierung für die Analyse und die praktische Politik der sozialen und politischen Bewegungen des Kontinents sehr wertvoll. Das fasst eine Konzeption und eine Logik zusammen, *wie* man der Macht des Kapitals Widerstand leisten, sie zerstören oder umgestalten will und *wie* die eigene Macht zu errichten ist. Die organisierende institutionelle Rolle, die in dem Umgestaltungsprozess zum Ausdruck kommt, kann oben, unten oder in der Mitte angesiedelt sein; von unten aufbauen zeigt immer und jederzeit einen logisch-methodischen Weg an, wie etwas gemacht wird, welche Kräfte es denken, entscheiden und realisieren und schließt daher immer eine kollektive Herausforderung an seine Verwirklichung ein.

Unter den Hauptachsen dieser Transformation möchte ich die folgenden herausstellen:

- Die Überwindung der menschlichen Entfremdung, die individuelle und kollektive Befreiung stellt den ersten und letzten Sinn der sozialen Transformation dar.

- Die Transformation der Gesellschaft (ihrer Männer und Frauen) ist Teil eines gleichzeitigen Prozesses der Partizipation, Aneignung und kollektiven Ermächtigung, ausgehend von der aktiven Rolle jedes der sozialen Akteure.

- Es gibt nicht Subjekte a priori in den historisch-konkreten Momenten und Praktiken. Das (soziale, politische, historische) Subjekt

2 Die politische Macht ist keineswegs das Zentrum der sozialen Transformation, sondern eines ihrer Instrumente. Die Diskussion auf die Frage zu konzentrieren, ob die Macht übernommen oder aufgebaut werden soll, heißt das Denken zu verarmen und die Flügel derer zu beschneiden, die kämpfen und das Aufbauwerk leisten, inspiriert von der Möglichkeit, die Träume von einem besseren Morgen Wirklichkeit werden zu lassen. Die Positionen zum Thema der Macht und der sozialen Transformation unter den sozialen und politischen Bewegungen des Kontinents haben sich polarisiert durch den Einfluss des dogmatischen Denkens bei Sektoren des politischen und intellektuellen Lagers der lateinamerikanischen Linken, die in der politischen Kultur der Mitgliedschaft noch vorherrschend sind. Dieses Denken identifiziert nach wie vor die Möglichkeit, die Gesellschaft umzugestalten mit der »Machtübernahme« und stellt diese Auffassung der praktischen konkreten Suche der sozialen Bewegungen gegenüber, die ausgehend von ihren täglichen Widerstandsaktionen und Kämpfen darauf abzielen, die Gesellschaft im permanenten Prozess des Aufbaus und des Abbaus von Macht, Bewusstsein, Organisation und Kultur umzugestalten. Diese Gegenüberstellung wirkt wie eine Barriere, die die Fähigkeiten blockiert, die komplizierte und unterschiedliche, vielfarbige und vielfältige soziale Realität von heute neu zu erkennen, um von ihr ausgehend zu denken und zu handeln, zusammen mit dem Überdenken und der kritischen Neuaneignung der Erfahrungen der

Befreiungskämpfe auf unserem Kontinent und derer, die sich aus dem Sozialismus, der im 20. Jahrhundert existierte, ableiten.

des Wandels (der kollektive Akteur) bildet sich als solches im Transformationsprozess selbst heraus.

- Die demokratische Partizipation ist ein Merkmal sine qua non der Transformation und der neuen Gesellschaft. Ihr Kern verbindet die Partizipation von unten des bewussten und organisierten Volkes, den Pluralismus (die Akzeptanz von und das Zusammenleben mit Unterschieden und Unterschiedlichen) und die Horizontalität.

- Sie vertieft die soziokulturelle Dimension der Demokratie, indem sie in diese das notwendige Streben nach der Gleichheit der Geschlechter integriert und auf dieser Basis die Kritik an der herrschenden hegemonialen Macht radikal vertieft, zu ihrer sozialen, historischen und kulturellen Demontage, ihrer Transformation und zum Aufbau neuer demokratischer partizipativer Entwicklungspfade beiträgt.

- Sie basiert auf einer anderen Logik der Verbindung der sozialen Kämpfe und ihrer Akteure, der Wege zur Reife des politischen Bewusstseins, der Definition und Organisation des politischen Instruments und der Errichtung und Akkumulation eigener Macht: Zielstellung ist die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft, indem sie aus ihrem Inneren heraus umgestaltet wird, im gleichen Maße, wie Fragmente dessen aufgebaut werden, was eines Tages eine neue Gesellschaft sein wird. Zusammen damit, in diesem Prozess, (auto)konstituieren sich auch die Subjekte, die diese neue Gesellschaft entwerfen und für ihre Verwirklichung kämpfen, in ihren täglichen Errungenschaften, mit denen sie den herrschenden Kreisen die Hegemonie und Macht streitig machen, territorial, aus ihren Gemeinden heraus, Macht gewinnen und akkumulieren, in Richtung auf den strategischen Kurs, den sie kollektiv definieren.

- Das alternative strategische Projekt ist das Glied, das die sozialen Widerstandsaktionen, die Kämpfe der einzelnen Sektoren und ihre unmittelbaren Forderungen verbindet und zusammenhält und ihnen einen revolutionären kritisch-transformatorischen Sinn verleiht, indem es sie auf das lenkt, was eines Tages die neue Zivilisation sein wird.

- Die Prozesse und Wege beim Aufbau des Projekts, bei der Errichtung eigener Macht, bei der (Auto)Konstituierung sozialer Akteure in Subjekte der Transformation sind strukturell interdependent und durchdringen sich gegenseitig. Die Hauptachse wurzelt in den Akteuren-Subjekten, in ihrer Fähigkeit, sich zum kollektiven Akteur des Wandels (Volkssubjekt) zu entwickeln und (selbst) zu konstituieren, und damit in ihrer Fähigkeit, das Projekt zu entwerfen und zu definieren, ihre Macht aufzubauen und gleichzeitig sich die organisatorischen Formen zu schaffen, die der Prozess erfordert.

- Für eine tiefgehenden Neuerschaffung der Gesamtheit der sozialen Beziehungen und Machtverhältnisse einer gegebenen Gesellschaft im Sinne des Aufbaus eines neuen (alternativen) sozialen Projekts, das den Kapitalismus und seine Übel überwindet, muss diese Transformation die gegenwärtigen Geschlechterverhältnisse in Frage stellen, bis an die Fundamente der Kultur der patriarchalen Macht vorstoßen und sie umwälzen. Zu versuchen, das Wesen und die Dimension der Macht zu analysieren, ohne die Geschlechterverhältnisse einzubeziehen, die sie stützen, heißt den theoretischen und

praktischen Wert der Schlussfolgerungen und Vorschläge zu schmälern. Und ebenso umgekehrt, wenn man die Geschlechterfrage behandelt, ohne sie mit der Infragestellung der (ökonomischen, kulturellen, sozialen, familiären usw.) Machtverhältnisse zu verbinden.

- Eine neue menschliche Zivilisation zu begründen und aufzubauen bedeutet eine neue Lebensweise zu begründen und aufzubauen. Das schließt ein, dass die Prozesse der Transformation der Gesellschaft, ihrer Produktions- und Reproduktionsweisen, der Transformation und Autotransformation der Männer und Frauen, die diese Umgestaltungen verwirklichen, und der sozialen (öffentlichen und privaten) Wechselbeziehungen zwischen ihnen nebeneinander, gleichzeitig und miteinander verbunden vor sich gehen.³

Neue Wege und Formen des Übergangs

Wenn man die gegenwärtige internationale globale Situation berücksichtigt und im Besonderen unsere Lage in Lateinamerika, die durch ein fortdauernde und wachsende abhängige Unterentwicklung gekennzeichnet ist, kann man nicht davon ausgehen, dass die Feststellungen von Marx über die objektiven und subjektiven, ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen für eine soziale Revolution, die den Kapitalismus überwindet (die sozialistische Revolution) unter diesen Verhältnissen Gültigkeit besitzen. Ebenso wenig ist es möglich, die Vorstellungen Lenins über die »zurückgebliebenen« Länder unkritisch zu übernehmen – für die er, den Gedanken von Marx folgend, vorschlug, die Machtergreifung zu einem politischen Instrument für die *Beschleunigung* der Herausbildung oder Reife jener Voraussetzungen zu machen. Es erwies sich, dass die »Machtergreifung« per se nicht die Probleme löst, dass die bisher gültigen Paradigmen der Entwicklung, des Wohlstandes und des Fortschritts von den Völkern schöpferisch umgestülpt und erneuert werden müssen im Einklang mit den gegenwärtigen Bedingungen des Planeten Erde und den Erfordernissen des Überlebens der Menschheit. Dafür gibt es keine Rezepte. Es geht darum, kollektiv und von unten die Alternativen aufzubauen, unter den unterschiedlichen Bedingungen, sie im Prozess ihres Aufbaus selbst zu schaffen und zu entwerfen, wie auch die konkreten Wege, auf denen die Transformation vor sich gehen wird.

Die kapitalistische Entwicklung, die im Norden erreicht ist, kann nicht, weder theoretisch noch praktisch, als Bedingung oder paradigmatische Voraussetzung für den Wandel und den sozialen Fortschritt aufrechterhalten werden. Das ist heute für die peripheren Regionen unerreichbar und auch nicht wünschenswert. Folglich gilt es unter unseren Bedingungen nicht auf ein sogenanntes »Modell« der *nationalen* (nicht abhängigen) kapitalistischen Entwicklung zu hoffen; worum es sich handelt, ist, die neuen Gesellschaften auf der Grundlage neuer Konzeptionen der Entwicklung, des Wohlstandes und des Fortschritts zu schaffen und aufzubauen, zu beachten, dass alles das mit der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit und der Bewahrung der Menschheit verknüpft wird.

Es gilt auch nicht darauf zu warten, dass die Arbeiterklasse wächst und sich entwickelt, bis sie sich als das *einzig*e revolutionäre Subjekt des Wandels konstituiert, weil die Arbeiterklasse heute in heteroge-

3 Die strukturelle Abhängigkeit der Länder des Südens, der Peripherie oder der Dritten Welt, die durch die Plünderung vonseiten der sogenannten Ersten Welt verursacht wird, die Erschöpfung der Naturressourcen, die sozialen Übel wie Hunger, Analphabetismus, heilbare Krankheiten sind Plagen, die durch die schrankenlose kapitalistische Entwicklung hervorgebracht wurden und die wir heute angehen und lösen müssen, indem ein Universum des Menschen mit der Natur zurückgewonnen wird und die zerstörerische Ambition der großen transnationalen Gesellschaften, die imperialistische Kriegsbereitschaft im Streben nach Überleben auf Kosten der Annexion von Territorien und Naturschätzen zum Scheitern gebracht werden, damit das Gleichgewicht, der Ausgleich, die Ethik, der Frieden und die kollektive Sicherheit und der demokratische Pluralismus die Vorherrschaft gewinnen. Zu diesen Zielen muss man sich auf den Weg machen, das ist der Kurs der gegenwärtigen Transformationen im Übergang zu dem, was in der Zukunft eine neue menschliche Zivilisation sein wird.

ner, atomisierter und verstreuter Form existiert (die Beschäftigten und Arbeitslosen, die formal und informell Beschäftigten, die Zeitarbeiter, die Schwarzarbeiter u. a.). Die Ausgebeuteten in der Stadt und auf dem Lande unterscheiden sich nach allen Seiten hin. Die Urvölker fordern ihren Platz im gegenwärtigen Gang der Geschichte ein. Die Verbindung aller dieser sozialen Akteure mit ihren unterschiedlichen Existenz- und Organisationsweisen, Identitäten, Problemen und Interessen drängt sich immer mehr als der einzige Weg auf, zu dem kollektiven Akteur zu gelangen, der in der Lage ist, die politischen Veränderungen der Gegenwart zu planen und zu verwirklichen und den Prozess zu größeren Umgestaltungen voranzustößen. Die neuen Akteure, die sich in den letzten Jahrzehnten herausgebildet haben, erweisen sich zusammen mit der Arbeiterklasse, wie sie heute existiert, als die potenziellen Subjekte der sozialen Veränderungen mit gleichen Rechten und Fähigkeiten. Es zeichnet sich deutlich ab, dass es ein plurales Subjekt ist, konstituiert auf der Grundlage der horizontalen, freiwilligen und bewussten Verknüpfung der verschiedenen Akteure, die als Vorkämpfer der Transformationsprozesse zu einer neuen Gesellschaft in einem historisch bestimmten Moment auftreten. Einen wichtigen Schritt dahin stellt die *Herausbildung des kollektiven Akteurs* dar, der politisch-soziale Kraft, die fähig ist, den Prozess der Veränderungen im Übergang zum Neuen, der angestrebten Utopie, zu planen, zu nähren und voranzubringen.

Der kollektive Akteur des sozialen Wandels wird sich nicht spontan als solcher konstituieren, ihn zusammenzufügen ist ein bewusstes, systematisches und kollektives politisch-organisatorisches Werk. In den Widerstandsaktionen und Kämpfen gegen die Grausamkeiten und Diskriminierungen des Kapitalismus stehen unterschiedliche soziale Akteure und Akteurinnen an der Spitze, und das erfordert, an den Übereinstimmungen und gemeinsamen Verbindungen zu ihrer (Selbst)Konstituierung als kollektiver Akteur zu arbeiten.

So entstehen eine Reihe von Aufgaben und Herausforderungen auf politischem, kulturellem und organisatorischem Gebiet, deren Lösung bewusst in Angriff genommen werden muss. Die Suche nach konkreten Antworten auf diese Aufgaben und Herausforderungen charakterisiert die gegenwärtigen alternativen politischen Prozesse in Lateinamerika in Form der politischen Konfrontation mit den Interessenvertretern des transnationalen Kapitals auf lokaler Ebene, sei es aus der Opposition heraus oder, wie in einigen Ländern, aus der nationalen Regierung, was den Prozessen der sozialen Kräfteakkumulation für den Wandel immer größere Kraft und neue Möglichkeiten verleiht und Impulse gibt für den Aufbau eigener Volksmacht (die kollektive Ermächtigung) von unten.

In Regierungsbereiche vorzudringen und zur Regierung selbst zu gelangen, kann ein Schritt vorwärts von unschätzbarem Wert sein, um soziale Prozesse der kollektiven Ermächtigung auszulösen. In der Strategie der sozialen Transformation von unten ist die Regierung ein Schlüsselinstrument, um auf diesem Weg und durch die Öffnung und/oder Erweiterung demokratischer partizipativer Prozesse die Herausbildung des kollektiven Akteurs für den Wandel zu aktivieren und damit – von unten – die Umgestaltung der Regierung

selbst und ihrer institutionellen Tätigkeit und sozialen Kontrolle und der Kontrolle der Macht oder, besser gesagt, der Mächte, die das Kapital instituiert hat, zu fördern.

Das schließt eine Modifizierung der Konzeption des Staates und seiner Rolle in den Prozessen des gesellschaftlichen Wandels, in seinem Verhältnis zur sogenannten Zivilgesellschaft und umgekehrt, zu den zentralen und bundesstaatlichen, Provinz-, Departementsregierungen usw., auf juristisch-institutionellem und demokratisch-partizipativem Gebiet ein. Deshalb ist ein zentrales Vorhaben in den gegenwärtigen Prozessen des demokratischen Neuaufbaus die Einberufung und Durchführung von verfassunggebenden Versammlungen als Grundlage der neuen Institutionalität, die durch die sozialen Prozesse des Widerstandes, des Drucks und der historischen Forderungen der Völker Lateinamerikas (und ihrer sozialen und politischen Organisationen) hervorgebracht worden ist.

Die Regierung, ein mögliches Instrument der gesellschaftlichen Umgestaltung

Nach dem, was heute in Venezuela und Bolivien geschieht, gibt es keine Berechtigung zu behaupten, es sei unmöglich, strategische Umgestaltungen durchzuführen, wenn man an der Regierung ist, weil der Staat in den Händen von feindlichen Sektoren sei und man noch nicht die notwendigen Kräfte habe, um die vorgesehenen Veränderungen anzustoßen. Wenn auch das Gewicht des bürokratischen und oligarchischen Staates zunächst überwiegt, so lehren die Erfahrungen, dass es möglich ist, sich darüber hinwegzusetzen und das zu tun, was getan werden muss, um die eigenen Kräfte aufzubauen, zu entwickeln und zu stärken: die Beteiligung des Volkes als Protagonist in diesem Prozess und damit den Aufbau der Macht des Volkes, was zugleich das Erwachen des kollektiven Akteurs ist, seiner revolutionären Bewusstheit und Organisation. Genau deshalb nötigt die Praxis in Venezuela und Bolivien heute zu einer großen kulturellen und politischen (praktisch-erzieherischen) Umgestaltung; diese bildet die ständige und unerlässliche Basis und Plattform für die Veränderungen. Die Errungenschaften liegen auf der Hand, ebenso die Herausforderungen.

Das alles bestätigt eine Hypothese: Unter den gegenwärtigen Bedingungen in Lateinamerika wird der Kampf um die Regierung auf wahlpolitischer Ebene eine Schlüsselfrage für den Veränderungsprozess. Sich der Teilnahme an solchen Kampagnen zu verweigern, kommt der Negation aller Politik gleich und nimmt dem Klassenkampf, den Prozessen der Kräfteakkumulation, der sozialpolitischen Aufbauarbeit den Sinn, da ihnen ja von vornherein eine Grenze gesetzt wird, die man ausdrücklich nicht zu überschreiten beabsichtigt. »Die Bedeutung des politischen Feldes zu verkennen, ... ist reiner Selbstbetrug. Bestenfalls können wir von Utopismus im schlimmsten Sinne sprechen. Schlimmstenfalls entspricht es dem neoliberalen Projekt: die Macht des Staates zu verringern, um ihn gegenüber dem Markt zu entwerten und damit die Gesellschaften zu entpolitisieren. Wir können weder die politischen Mächte noch die Parteien ignorieren, um die wesentlichen sozialen Transformationen zu erreichen. Wie sollte man sonst eine Agrarreform durchführen, wie die Umset-

4 François Houtart: *Convergencia de movimientos sociales: un ensayo de análisis*, texto presentado a la Conferencia Internacional »La obra de Carlos Marx y los desafíos para el Siglo XXI«, La Habana 2003. (Konvergenz der sozialen Bewegungen: ein Analyseversuch, span., Beitrag auf der Internationalen Konferenz »Das Werk von Karl Marx und die Herausforderungen für das 21. Jahrhundert«, Havanna 2003), S. 3.

5 Ebenda, S. 3.

zung der Freihandelsverträge verhindern? Wie sollte man zu einer Erdölpolitik kommen ohne die Ausübung der politischen Macht?«⁴

Das Problem ist einerseits, wie man das tiefverwurzelte Misstrauen bei der Mehrheit des Volkes gegenüber den politischen Parteien, den Politikern und der Staatspolitik überwinden kann, und damit verbunden zum anderen: wie kann man Politik in einer Art und mit einem Inhalt machen, die sich vom Traditionellen unterscheidet. Denn Politik zu machen ist unverzichtbar und grundlegend, sowohl um einen positiven Ausweg für die Kämpfe um soziale Forderungen zu finden, als auch für die politische Entwicklung der Protagonisten. »Es reicht nicht aus, gegen die Ungerechtigkeiten zu protestieren. Es ist nicht genug, zu proklamieren, dass eine andere Welt möglich ist. Es geht darum, die Lage zu verändern und wirkungsvolle Beschlüsse zu fassen. Und daraus ergibt sich die Frage der Macht.«⁵

Aus dieser Sicht ist die Beteiligung an Parlamenten und Provinz-, bundesstaatlichen und nationalen Regierungen eine zentrale Aufgabe. Was man als *Weg der Wahlen* zur Verwirklichung der gesellschaftlichen Umgestaltungen verstehen könnte, erweist sich heute als ein Hauptweg für den Aufbau, die Kräfteakkumulation und das Anwachsen von Bewusstsein. Das ist eine grundlegende und erstrangige strategische Definition. An Wahlen teilzunehmen, an die Regierung eines Landes zu gelangen, mit allen Herausforderungen, die das einschließt, ist Teil eines Weges, der dazu beitragen kann, der sozialen Transformation für weiter gesteckte Ziele enorme Anstöße zu geben. In der Regierung zu sein, das gibt den transformatorischen sozialen Kräften ein politisches Instrument ersten Ranges in die Hand, das zusammen mit dem Einsatz der außerparlamentarisch aktiven sozialen Volkskräfte Türen für größere Umgestaltungen öffnen kann. Weder die Wahlbeteiligung noch die Beteiligung an einer Provinz- oder der Zentralregierung bilden jedoch den letzten Zweck der politischen Aktion.

Einerseits definiert das die Methoden und/oder die Instrumente, die anzuwenden, zu schaffen usw. sind. Zum anderen zeigt es den Beginn eines langen Prozesses von Veränderungen an, der genau das ist, was die gesellschaftlichen Umgestaltungen in der gegenwärtigen Epoche charakterisiert, denn der Übergang zu einer anderen Gesellschaft setzt notwendigerweise die Verknüpfung der lokalen, nationalen und/oder regionalen Prozesse mit dem globalen Übergang zu einer anderen Welt (und die Herausbildung des globalen revolutionären Subjekts) voraus.

Man kann voranschreiten – tatsächlich geschieht das auch – im Rahmen eines Landes, aber es ist notwendig, gleichzeitig regionale und internationale Konsense zu schaffen, sich mit anderen sozialtransformatorischen Prozessen ähnlicher Orientierung zu verbinden. In Lateinamerika eröffnen sich heute große Möglichkeiten dafür, da eine historische Übereinstimmung von Regierungen gegeben ist, die zumindest kritisch dem globalen neoliberalen System gegenüberstehen. Es ist eine Situation, die als Resultat der Akkumulation von Widerstand und Kämpfen des Volkes entsteht, die das Vorherrschen der Tendenz zu Umgestaltungen kennzeichnet, die sich inmitten (und mittels) von Zufälligkeit den Weg bahnt.

Die Herausforderung besteht in diesem Sinne darin, das Überraschungsmoment zu überwinden und konkrete Projekte in Gang zu setzen, die auf der einen Seite ermöglichen, die sozialen Volksorganisationen zu stärken und zu vernetzen, und auf der anderen Seite die Prozesse zu vertiefen, die die regressiven Maßnahmen des Neoliberalismus in Frage stellen, ihre Durchsetzung bremsen und sie möglichst annullieren. Auf dieser Grundlage und gleichzeitig damit ist das Ziel, konkrete Alternativen, Regierungsprogramme zu entwickeln, die unter Berücksichtigung des bestehenden Kräfteverhältnisses und der Möglichkeiten seiner günstigen Modifizierung im größtmöglichen Maße die sozialtransformatorischen Prozesse vorantreiben.

Die Hauptherausforderung läuft darauf hinaus, eine breite sozialpolitische Bewegung aufzubauen, die die parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräfte der Werktätigen und des Volkes verbindet, im Gegensatz und in der Auseinandersetzung mit den parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften der Herrschaft des (lokalen/globalen) Kapitals. Im ersten Augenblick kann sich diese Kraft formieren durch die Verständigung verschiedener Akteure darüber, was sie nicht wollen: den Kapitalismus. Allmählich wird man von der negativen Identität abkommen, und der Antikapitalismus wird – im Ergebnis der Arbeit der politisch-kulturellen Erziehung der soziopolitischen Organisationen – dem Aufbau des alternativen Projekts von unten zur Überwindung des Kapitalismus Platz machen, das heißt: dem Aufbau des patriotischen, indo-afro-lateinamerikanischen und mit den Völkern der Welt verbundenen solidarischen Befreiungsprojekts. Darin wurzelt das revolutionäre Wesen dieser strategischen Option.

Es ist nicht zu rechtfertigen, wenn die Beteiligung der Linken an lokalen oder nationalen Regierungen damit endet, dass sie die Politik des Neoliberalismus akzeptieren oder sogar selbst betreiben. Das führt nicht nur zum Verlust des transformatorischen strategischen politischen Sinns, den die Regierungsbeteiligung für die Linke hat, sondern endet auch im allgemeinen damit, den sozialen Prozess um persönlicher Positionsvorteile willen aufzugeben. Die augenscheinlichsten Fälle sind jene von Parlamentariern der Linken, die im Auftrag von sozialen Bewegungen und politischen Organisationen in ihr Amt gelangen und dann alle Verbindungen abbrechen und sich nur noch der Aufgabe widmen, aus dem Parlamentssitz ein Feld für ihre persönlichen Ambitionen und einen lukrativen Arbeitsplatz zu machen. Und das kann auch mit Linksparteien geschehen, die an die Regierung gelangen.

In solchem Falle, mögen auch noch so gute Absichten dahinter stehen, werden die Wahlen dazu führen, dass die Perspektive der gesellschaftlichen Umgestaltung bei denen, die in der Regierung sind, verloren geht. Beispiele dafür gibt es übergenug in Lateinamerika und in der Welt, im einen wie im anderen Sinne. Es ist das Spiel der Macht; eben deshalb stellt die Entscheidung für diesen Weg eine immense Herausforderung für die sozialen und politischen Volksorganisationen dar. In jedem Moment des Prozesses gilt es zu entscheiden und zu bestätigen (oder zu berichtigen), zu wessen Gunsten und mit welcher Politik man handelt, und das ist immer eine bewusste in-

dividuelle und kollektive Entscheidung. Um zu ihr zu gelangen oder sie aufrechtzuerhalten, muss man sie täglich von unten aufbauen.

Es ist daher von grundlegender Bedeutung, dass die Wahlbeteiligung in Verbindung mit einem politischen Prozess größerer Reichweite diskutiert, aufgebaut und im Prozess des Aufbaus einer breiten außerparlamentarischen sozialen Kraft entwickelt wird, die sich Umgestaltungen zum Ziel stellt, welche über den Kapitalismus hinausführen, zu einer nationalen – und zugleich kontinentalen – Alternative der Befreiung der Werktätigen und des Volkes; einer Alternative, die auf einen neuen Sozialismus gerichtet ist, der kollektiv – von unten und Tag für Tag – geschaffen und aufgebaut wird.

Das ist der Sinn und die zentrale politische Bedeutung des Aufbaus einer politisch-sozialen Bewegung als horizontal verbindender Kern einer breiten parlamentarischen und außerparlamentarischen sozialen Kraft der Werktätigen und des Volkes. »Ohne eine außerparlamentarische Herausforderung, die strategisch ausgerichtet und gestützt ist, können die Parteien, die sich an der Regierung ablösen, weiter gegenüber der Arbeit als wechselseitiges nützliches Alibi für das strukturelle Scheitern des Systems funktionieren und so wirksam der Arbeiterbewegung die Rolle als zweitrangige, unbequeme, aber zu vernachlässigende Größe im parlamentarischen System des Kapitals zuweisen. Folglich ist in Beziehung auf das Gebiet der materiellen Reproduktion und des Politischen die Konstituierung einer außerparlamentarischen sozialistischen Massenbewegung mit strategisch realistischer Orientierung – in Verbindung mit den traditionellen Formen der politischen Organisation der Arbeit, die in der Gegenwart heillos vom Wege abgekommen sind und dringend des Drucks und der Unterstützung der außerparlamentarischen Kräfte zu ihrer Radikalisierung bedürfen – eine vitale Bedingung, um der ungeheuren außerparlamentarischen Macht des Kapitals Widerstand zu leisten.«⁶

6 István Mészáros: La teoría de la enajenación en Marx. (Die Theorie der Entfremdung bei Marx, span.) Ediciones Era, México 1978, S. 849.

Neue Grundlagen und Voraussetzungen des Übergangs

Wenn man akzeptiert, dass der Gesellschaftstyp, den man aufbauen will, eine tiefgehende Neuschöpfung erfordert, dann umfasst das einerseits eine radikale Veränderung der Konzeption der ökonomischen Entwicklung und des Wohlstandes, die auf solidarischen, gleichen und nachhaltigen Grundlagen neu gedacht und entworfen werden müssen, und gleichzeitig andererseits eine radikale Veränderung des politischen, sozialen und kulturellen Modells, das bisher von der Menschheit verfolgt wurde, zusammen mit der Schaffung neuer Maßstäbe des Wohlstandes und des Fortschritts, die sich auf die organisierte und bewusste demokratische soziale Teilhabe der Mehrheiten gründen. Wenn man akzeptiert, dass sich die Herausbildung des kollektiven sozialen Akteurs des Wandels und die Auseinandersetzung um die Macht und die Hegemonie heute in den demokratisch-parlamentarischen Prozessen entwickelt, wird man damit übereinstimmen, dass die Suche nach neuen Parametern – gestärkt durch die neuen politischen Wege und Horizonte, die heute auf dem Kontinent existieren – dazu auffordert, den *Übergang* zur neuen Gesellschaft mit neuen Ausgangspunkten und Voraussetzungen zu überdenken: ausgehend vom Aufbau der Macht, der Subjekte und des

alternativen Projekts von unten, der umfassenden demokratischen Beteiligung der Bürgerschaft in allen Bereichen des sozialen Lebens, die vom Heutigen aus in ihrer weiteren Entwicklung zu sehen ist, und unter Vorantreiben der kulturellen Transformation der Völker auf ihre (Selbst)Konstituierung als revolutionäres Subjekt hin.

Es geht dabei nicht mehr um eine Etappe, die mit der »Machtübernahme« beginnt; ihre Aufgaben bestehen auch nicht darin, die »materiellen Grundlagen« für den Sozialismus zu errichten, das sozialökonomische System, das angeblich im historischen Prozess auf den Kapitalismus folgt. Tatsächlich können der konkrete Inhalt und die Entwicklungswege dieses Prozesses nicht im Voraus definiert werden. Von der sozialistischen Orientierung eines sozialen Wandlungsprozesses kann man ausgehen, wenn man den Sozialismus als Ideal der Gesellschaft versteht, die die Übel des Kapitalismus und seine Irrationalität überwinden wird. Aber die konkrete Definition und die spezifischen Charakteristika, die dieser Sozialismus in jeder Gesellschaft annehmen wird, werden kollektiv von jedem Volk geschaffen und entschieden, indem es zum Schöpfer seiner Geschichte heranreift, oder das, was aufgebaut wird, wird nicht in Wahrheit ein befreiendes Werk sein.

Es ist klar, dass es im Kapitalismus nicht nur keine Lösungen für die sozialen und Umweltprobleme geben wird, sondern dass diese sich ständig verschlimmern werden. Es besteht kein Zweifel, dass es alternative Wege zu suchen gilt, und auch nicht daran, dass die Lösungen nicht auf magische Weise von »irgendeiner« Seite außerhalb unserer täglichen Praxis und unseres Schaffens kommen werden. Heute mehr denn je erweist sich die Transformation der Gesellschaft als ein permanenter Prozess, in dem sich Transformation und Schöpfung des Neuen (der neuen Macht) verbinden, des Neuen, das sich von unten und aus dem Innern der kapitalistischen Gesellschaften entwickelt und das in erster Linie das Werk der Männer und Frauen ist, die, ob auf dem Lande oder in der Stadt, von ihrer Arbeit leben. Sie sind und bleiben es – die kulturelle Transformation und die Herausbildung des kollektiven revolutionären Akteurs vorausgesetzt –, die in jeder Gesellschaft Inhalt und Orientierung des Transformationsprozesses prägen in dem Maße, wie sie fähig sind, ihn vorwärtszudrängen. Ihnen diese Möglichkeit aus den Händen zu nehmen, gleich unter welcher politischen oder ideologischen Begründung, bedeutet den Kampf für die Aufhebung der Entfremdung der Unterdrückten und Diskriminierten, nach Marx Wesen und Sinn der gigantischen Befreiungsaufgabe, zu verraten.

Die Überwindung des Kapitalismus, die, wenn man seine Übel beseitigen will, die Überwindung der Kapitallogik erfordert, bedingt, dass die soziale Transformation einen *langen Übergang* notwendig macht. Dieser beginnt im Innern der Gesellschaften des Kapitals, aber nicht von sich aus, in dem Sinne, dass er sich weder spontan noch durch die »notwendige« Reife von Bedingungen herstellt; er erfordert Organisation und bewusste politische Aktion. Er zeichnet sich aus durch den »Aufbau von politisch-kultureller Macht von unten« als Schlüssel und gleichzeitig als Weg für die Herausbildung des kollektiven Akteurs (der revolutionären sozialen Kraft) des Wandels und seiner politischen Organisation, die durch die demokrati-

sche Partizipation Impulse erhalten. Den Zusammenhalt stellen anfangs strategische programmatische Definitionen her, die die Entwicklung auf lokaler Ebene leiten und gleichzeitig dazu beitragen, das Zusammenfließen dieser Kampfprozesse mit denen in anderen Bereichen zu lenken und zu organisieren.

Die Aufgabe besteht darin, kollektiv ein alternatives Projekt zu definieren, das den unterschiedlichen Widerstandsprozessen, Kämpfen und Überlebensstrategien in den verschiedenen Sektoren, die sich scheinbar isoliert voneinander entwickeln, eine gemeinsame Ausrichtung verleihen kann. Das nährt den Prozess der (Selbst)Konstituierung der soziopolitischen Akteure zum kollektiven Akteur des Wandels (historisches Subjekt) als Erbauer seiner Hegemonie (seiner politischen, kulturellen und sozialen Macht) auf neuen Grundlagen. Er verkörpert die Gesellschaft, die den Kapitalismus überwindet, und ihre Funktionsweise, in dem Maße, wie er daran geht, sie in der alternativen Praxis der Gegenwart zu errichten. Die Reife dieses Prozesses, der Moment, in dem eine solche Kraft entstanden ist, die für diese umfassendste Transformation der Gesamtheit des Sozialen ausreicht, kann nicht a priori definiert werden und wird auch nicht der gleiche sein in allen Gesellschaften und historischen Momenten. In diesem Bemühen ist das wichtigste definitorische Element die Entwicklung der demokratischen und bewussten Partizipation aller sozialen und politischen Akteure und Akteurinnen und die Entfaltung der Schlacht auf kulturellem Gebiet, die diese möglich und wirklich macht, das heißt die Entfremdung aufhebt. Den gesellschaftlichen Wandel erreicht man nicht automatisch, indem man die Eigentumsverhältnisse, die Strukturen, die Gesetze und die Institutionen verändert; von grundlegender Bedeutung ist, von der Veränderung der Menschen auszugehen. Daher ist es unverzichtbar, den gesellschaftsumgestaltenden Prozess in seiner Integralität und Vielsimensionalität aufzufassen.

Die politische Organisation: ein Schlüsselinstrument

Nichts von alledem erreicht man spontan, man braucht eine politische Organisation, die fähig ist, die notwendigen politischen Aufgaben zu erfüllen, das heißt den sozialen und politischen Akteuren zu ermöglichen, die notwendigen und möglichen Übereinstimmungen und Verknüpfungen der verschiedenen Elemente der politisch-kulturellen Auseinandersetzung mit der herrschenden Hegemonie aufzubauen.

Die Neukonzipierung der sozialen Transformation und damit auch des Übergangs, den diese erfordert, verlangt auch eine Neudefinition des Typs der politischen Organisation, die dafür notwendig ist, und ihrer politisch-sozialen Rolle, wobei man ihren Charakter als *politisches Instrument* der Völker betonen muss, das dazu bestimmt ist, ihre eigenschöpferische Rolle und ihre politische Partizipation für die bestmögliche Verwirklichung der gestellten Ziele zu organisieren und zu lenken, nicht als ein Apparat des Überbaus, der sie ersetzen soll.

Die politische Organisation ist nicht das »politische Subjekt« des Wandels, sondern das politische Instrument der Völker, um die von ihnen definierten Ziele zu erreichen. Übereinstimmend damit er-

scheint es zumindest beschränkt, sich die organisatorischen Alternativen zu denken, indem man die Politik und das Politische der Aktion der Parteien zuschreibt, ob sie sich nun als »Avantgarde« betrachten oder nicht. Die soziale und politische Situation, die den Kontinent in Bewegung bringt, fordert eine Erneuerung der Sicht und der Überlegungen über die sozialtransformatorischen Prozesse, ihre Perspektiven, die Dimension des politischen Handelns unterschiedlicher sozialer Akteure, das Verhältnis zwischen den sozialen Volksbewegungen und den linken Parteien, die noch überlebt haben. Ebenso wie seine Akteure ergibt sich auch der Weg des politischen Handelns aus der Verkettung der sektoriellen und intersektoriellen politischen Kämpfe für nächstliegende Forderungen. Alles das steht in direkter Beziehung zu der Ausarbeitung alternativer Vorschläge, der Praxis, die sie verwirklicht, und dem Denken, das sie kritisch reflektiert und ihnen die Richtung weist.

Es geht nicht darum, die vorhandene Macht zu übernehmen

Im Prozess der Konfrontation mit der herrschenden hegemonialen Macht des Kapitals entfalten die Volkssektoren zugleich ihre Fähigkeiten zum Aufbau von Macht (Wissen, Organisation, Bewusstsein), zur Sammlung und territorialen Positionierung der Kräfte, zur Entwicklung ihrer Kultur, politischen Organisation und eigenen Projekte. Sie entwickeln in diesen Prozessen ihre Fähigkeiten zur Handhabung und Verwaltung des Eigenen (Regierung), bauen eigene Macht auf und beginnen sie im gleichen Maße auszuüben. Das heißt: Die Macht wird in dem Maße übernommen, wie sie aufgebaut wird; *man übernimmt das, was man aufbaut*. Es handelt sich, kurz gesagt, um einen *Prozess der kollektiven Ermächtigung* und zugleich der des Einzelnen.

Aus dieser Sicht erscheinen Aufbau der Macht oder Übernahme der Macht nicht als einander ausschließende Wege. Es ist freilich eine in Windungen verlaufende und komplizierte Vorwärtsbewegung, in der die Macht aufgebaut und in diesem Sinne erobert wird, indem man so viel Macht ausübt, wie man ausüben kann, und alles verändert, was möglich ist: Gesetzgebung, Institutionen, Funktionsweise und Entscheidungsübernahme, wobei neue demokratische Formen und demokratische, partizipative Inhalte entwickelt werden, die es ermöglichen, kollektiv und bewusst zum Neuen zu gelangen, in dem Maße, wie es aufgebaut wird.⁷

Das setzt die Herausbildung eines sozialen Prozesses voraus, der untereinander verbunden und auf die Überwindung des Kapitalismus gerichtet ist und der sich auf eine (neue) eigene alternative Logik gründet, die ebenfalls aufgebaut werden muss. Er erfordert den organisierten Willen und die bewusste Beteiligung aller sozialen Akteure. Erstens, weil ihre kritische und umgestaltende Tätigkeit den Prozess selbst ausmacht, und zweitens, weil die angestrebte Gesellschaft *mit der schöpferischen Partizipation* des ganzen Volkes, das sich als kollektiver Akteur, als Protagonist des Prozesses (Subjekt) konstituiert, entworfen und errichtet werden muss.

Daraus ergibt sich der revolutionäre Inhalt und die Reichweite der Konzeption für die Transformation der Gesellschaft und den Aufbau der (neuen) Macht, der neuen Gesellschaft von unten und vom Heute

7 Im Kapitalismus ist die Macht eine Art makrosoziale Wechselbeziehung (Wechselbeziehung von Wechselbeziehungen), die politisch und sozial die gesellschaftlichen Beziehungen, die sich aus der strukturellen Gegenüberstellung Kapital-Arbeit ergeben, zugunsten der Interessen des Kapitals synthetisiert. Diese Gegenüberstellung bestimmt von Grund auf den Klassencharakter der Wechselbeziehungen zwischen den Polen, die diesen Widerspruch bilden, der Kämpfe um die Hegemonie und die Herrschaft wie auch des Widerstandes und der Opposition dagegen. In diesem konkreten Antagonismus entwickeln sich Dynamiken, die in jedem Moment ein bestimmtes Kräfteverhältnis zugunsten des einen oder des anderen Pols darstellen und definieren, ein Kräfteverhältnis, das in der gesamten Gesellschaft wirkt (empfunden wird).

aus: Es gibt kein Nachher in Bezug auf die Aufgaben, Herangehensweisen und Haltungen. Das Neue, wenn auch noch in bruchstückhafter und keimhafter Form, wird vom Heute aus in Angriff genommen und aufgebaut, in jeder Widerstandsaktion und jedem sozialen Kampf, mit dem man sich dem Kapital entgegenstellt, und es entwickelt und vertieft sich im ganzen Prozess der Transformation. Dabei spielt das Beispiel die zentrale politisch-pädagogische Rolle. Es ist entscheidend, dass diejenigen, die politische und soziale Führungsverantwortung übernehmen, nicht vergessen: Ihre politische und soziale Handlungs- und Verhaltensweise wiegt mehr als tausend Worte.

Eine neue politische Kultur ist notwendig

Ein Punkt ist klarzustellen: Es geht weder darum, die Macht, die existiert, zu übernehmen noch sich darauf zu beschränken, sie auszuüben, durch Wahlen in ihre parlamentarischen und Regierungsbereiche auf nationaler oder lokaler Ebene zu gelangen; der gesellschaftliche Wandel erfordert, mit der Kapitalmacht und ihrer Funktionslogik, ihren Mechanismen der Hegemonie und Beherrschung Schluss zu machen. Und diese Möglichkeiten schafft man sich, wenn man eine neue Kultur, neue soziale, kollektive, kommunale Wechselbeziehungen herausbildet und auf dieser Basis eigene Macht heranwächst, die mit der Beteiligung aller geschaffen und entwickelt wird, so dass sich ihre Unabhängigkeit im Denken und Handeln entfalten kann, die so zur individuellen und kollektiven Befreiung führt.

Wenn man mit der gleichen Kultur, die das Kapital charakterisiert, zur Macht gelangt, dann reproduzieren sich über kurz oder lang seine Funktionsweisen, seine vertikalistische, autoritäre, ausbeuterische, diskriminierende, ausschließende und entfremdende Logik. Es ist daher lebenswichtig, zu verstehen, dass *der Aufbau eigener Macht die Schaffung und den Aufbau einer neuen Kultur* bedingt; die neue Macht kann sich nicht darauf beschränken, eine »Gegenmacht« darzustellen. Es ist ein Weg des Heranreifens neuer und in diesem Sinne befreiender Werte und Beziehungen. Daraus ergibt sich der zentrale Stellenwert, den in diesem Prozess die gleichzeitige und ständige Austragung der politisch-kulturellen Auseinandersetzung besitzt. Diese stellt einen komplexen Prozess der Transformation-Schöpfung-Reifung-Herausbildung der neuen Volksmacht (der verschiedenen Erscheinungsformen von Volksmacht) dar. Und genau deshalb, neben anderen Gründen, umfasst die Überwindung des Kapitalismus einen langen Prozess des Übergangs zum Neuen.

Es handelt sich um einen umfassenden Transformationsprozess: auf sozialer, ökonomischer, politischer, kultureller, ethischer, juristischer Ebene usw., alles wird untereinander verbunden umgestaltet in einem Prozess, der durch die bewusste Haltung und Aktivität des kollektiven Akteurs gekennzeichnet ist, der diesen Wandel vorantreibt. Es geht nicht darum, zuerst eine Etappe zu planen (und zu durchschreiten), die dazu bestimmt ist, die ökonomischen Grundlagen aufzubauen, dann eine andere, die dem kulturellen Wandel gewidmet ist. Es gibt keine voneinander getrennten Etappen, die nach ihrem Durchschreiten – in zeitlicher Reihenfolge – als Ergebnis die

neue Gesellschaft ergeben; im Sozialen ist das Ganze nicht die Summe der Teile, außer wenn man es in dialektischer Weise als untereinander verbunden versteht, als gegenseitig bedingt, wechselseitig voneinander abhängig, wechselseitig bestimmt.

Nur auf einem integralen Wege wird man vorankommen können (in integraler Weise) zu einer befreienden, die Entfremdung aufhebenden Gesellschaft – die das nur sein kann, wenn sie die Selbstentfremdung aufhebt –, eine Gesellschaft, die neue Männer und Frauen formt, die die angestrebte Utopie entwerfen und aufbauen.

Literatur

- Samir Amin: *Miradas a un medio siglo, 1945-1990*. (Blick auf ein halbes Jahrhundert, 1945-1990, span.), Plural-Iepala, La Paz 1999.
- Antonio Gramsci: *Cuadernos de la cárcel*. Edición crítica completa a cargo de Valentino Gerratana. (Gefängnishefte, vollst. Ausgabe, kritisch hrsg. v. Valentino Gerratana, span.), Ediciones ERA-Universidad Autónoma de Puebla, México 2001.
- Carlos Marx y Federico Engels: *La ideología alemana*. Obras Escogidas en tres Tomos, Tomo I. Editorial Progreso, Moscú (1976). (Marx/Engels, Die deutsche Ideologie, Ausgew. Werke in 3 Bd., Bd. 1, span., Verlag Progreso, Moskau 1976)
- István Mészáros: *Más allá del capital*. (Über das Kapital hinaus, span.) Vadell Hermanos Editores, Caracas 2001.
- Isabel Rauber: *Sujetos Políticos*. (Politische Subjekte, span.) Desde Abajo, Bogotá 2006.
- Dieselbe: *Movimientos sociales, género y alternativas populares en Latinoamérica y El Caribe* (Soziale Bewegungen, Geschlecht und Volksalternativen in Lateinamerika und der Karibik, span.), in: *Itinéraires*, No. 77, 2005, IUED, Ginebra.
- Dieselbe: *Movimientos sociales y representación política*. Articulaciones. Ciencias Sociales, La Habana 2004.
- Dieselbe: *Caminos de la transformación, pensarlos y construirlos desde abajo* (Wege der Transformation denken und von unten aufbauen, span.), in: *Archivo de Pasado y Presente XXI*, Santo Domingo 2004.
- Dieselbe: *Actores sociales, luchas reivindicativas y política popular* (Soziale Akteure, Kämpfe für Tagesforderungen und Politik für das Volk, span.), Ediciones UMA, Buenos Aires 1997.

JÜRGEN MEIER

Scientology ist weder Kirche noch Sekte!

Scientology¹, eine spätbürgerliche Science-Fiction-Ideologie

Der CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla schimpfte: »Es ist unerträglich, dass sich Scientology in der Hauptstadt breitmacht.« Wolfgang Huber, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands, warnte: »Im Namen einer Religionsgemeinschaft werden Menschen bedrängt und Geschäfte gemacht.« Ursula Caberta, Leiterin der Arbeitsgruppe »Scientology« in der Hamburger Innenbehörde glaubt in der Eröffnung des Berliner Bürohauses ein weiteres Etappenziel einer »generalstabmäßigen Gesamtplanung namens ›Kreuzzug Europa« zu erkennen. Aufgabe der Scientologen sei es, so Caberta, »die nötigen Zufahrtsstraßen in das deutsche Parlament zu bauen. Die Organisation führe Krieg gegen das demokratische System«. Die Zentrale in den USA habe die Parole ausgegeben: »Jetzt ist Europa dran.« In Madrid, London und Brüssel sind Scientology-Zentren bereits am Werk. Für Scientology werben Hollywoodstars wie Tom Cruise, der Jazzpianist Chick Corea, John Travolta und Ann Archer. Cruise und seine dritte Ehefrau Katie Holmes ließen sich in Italien in der ehemaligen Villa Mussolinis von Scientology-Führer David Miscavige (46) trauen. Travoltas Ehefrau Kelly Preston erscheint auf der Internetseite des eigens für prominente Unterstützer eingerichteten Celebrity Centres in Hollywood mit dem australischen Popstar Kate Ceberano und den Schauspielern Anoush NeVart (»Kissing Cousins«), Marisol Nichols (»Delta Farce«) oder Vincent Caso (»American Fork«). Die Strategie, über Leinwand- und Bildschirm-Idole in die Hirne der Menschen zu finden, stammt von Scientology-Gründer Ron Hubbard (1911-1986): »Eine Kultur ist nur so groß wie ihre Träume«, schrieb der Autor von Science-Fiction-Romanen 1951, »und diese Träume werden von Künstlern geträumt.« Deshalb sollen weitere »Celebrity Centres« für Berühmtheiten aus dem Showgeschäft als »Kunst- und Kulturzweig« entstehen, wie sie bereits in New York, dem Country-Mekka Nashville (Tennessee), London, Paris, Wien und Florenz existieren. Eine Reihe von Schauspielern, ausnahmslos Scientology-Mitglieder, spendierten Hillary Clinton für ihren Senatswahlkampf über 70 000 Dollar, Tom Cruise überreichte Albert Gore 5 000 Dollar, und John Travolta veranstaltete gemeinsam mit anderen Scientologen ein Gala-Diner zugunsten der Demokratischen Partei (Eintrittspreis: 25 000 Dollar).

Die Mun-Sekte und die Scientology-Organisation gehen in den USA gemeinsame Wege. Beide koordinieren seit Mitte der neunziger Jahre ihren Einsatz für Religionsfreiheit in den USA und in Europa. Die Demokratin Hillary Clinton darf in der auflagenstarken

Jürgen Meier – Jg. 1950, studierte »Intermedia« in Bielefeld (Kunst, Philosophie, Foto, Film), war viele Jahre PR-Berater, Werbekonzepter und -texter für Theater, Krankenhäuser, Industriebetriebe, betätigt sich als Dokumentarfilmer und freier Publizist; jüngste Buchveröffentlichungen »Eiszeit« in Deutschland, Münster 2005. Zuletzt In UTOPIE kreativ: »Für alle ist irgendwo ein Lächeln...«. Dmitri Schostakowitsch zum 100., Heft 196 (Februar 2007).

1 Bericht des Verfassungsschutzes 2006: Scientology-Organisation gegründet; 1954 in den USA, erste Niederlassung in Deutschland 1970. Sitz: Los Angeles (»Church of Scientology International«, CSI) Mitglieder: in Deutschland, nach eigenen Angaben 30 000. Publikationen: u. a. »FREI-

»Washington Time«, die der Mun-Sekte gehört, regelmäßig eine Glosse schreiben. Auf einer Veranstaltung hatte der ehemalige Präsident Clinton Travolta öffentlich versprochen, die Verbreitung der Scientology-Ideologie auch in Deutschland zu unterstützen.

Scientology, von vielen Kritikern als Sekte beschimpft, ist bei genauerer Betrachtung aber keine Sekte oder Religionsgemeinschaft, sondern sie ist aggressiver Teil einer spätbürgerlichen Ideologie, die um Vorherrschaft in der Welt kämpft.

Die bürgerliche Tradition, die mit der Französischen Revolution und ihrem Ruf nach »Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!« begann, ist den Führern dieser, sich wissenschaftlich nennenden Ideologie, ein Dorn im Auge. »Wir kennen unsere Feinde, ehe sie zuschlagen. Wir halten sie von wichtigen Positionen fern. Wenn wir einen zufälligerweise in eine Schlüsselposition bringen und er anfängt, Fehler zu machen, dann schießen wir schnell und sprechen später Recht. Und wir zählen dann zusammen, wer seine Freunde und Genossen waren«² Wie sie zuschlagen, zeigt sich nicht nur in der bekannten Verfolgung von Mitgliedern, die aus der Organisation aussteigen wollen, sondern wer und wie zuschlägt, erwies sich am 27. Januar 1997. An diesem Tag verurteilte die Regierung in Washington die Maßnahmen Deutschlands gegen die Scientology-Organisation. Einige Tage später veröffentlichte das dem US-Außenministerium angegliederte »Bureau for Democracy, Human Rights and Labor« (BDHRL) seinen Jahresbericht zur Situation der Menschenrechte in der Welt. Darin wird Deutschland heftig angegriffen und in der Liste der Länder, welche die Religionsfreiheit missachteten, gleich hinter China eingestuft. Der Bericht erschien zeitgleich mit einer Öffentlichkeitskampagne der Scientology-Organisation, die in verschiedenen Ländern mit Anzeigen gegen die Nichtanerkennung als Kirche protestierte. Auch die EU-Menschenrechtskommission wurde zu diesem Zweck eingeschaltet. Scientology verglich sich mit den verfolgten Juden im Faschismus³. Dabei dient der ganze Zirkus »Spiritualisierung der Welt«, den Scientology weltweit organisiert, nur dem Zweck, die amerikanische Vorherrschaft auch in den Köpfen der Menschen abzusichern. Dass in diesem Zirkus berühmte Schauspieler und Politiker gläubig und erleuchtet niederknien, ändert an diesem Fakt nichts. Die Globalisierung der Märkte und der amerikanischen Werte, so das »Institute on Religion and Democracy«, das vom US-Außenministerium protegiert wird, sei den Vereinigten Staaten von der Bibel aufgetragen. Jede Bombe im Irak ist also eine Gottes- und keine Imperialistentat. Diese Weltsicht teilen alle fundamentalistischen Gruppen in den USA. John R. Bolton, Mitglied der US-Kommission für Religionsfreiheit, war zuvor Vizepräsident des ultraliberalen »American Enterprise Institute for Policy Research«. In der alten Bush-Regierung diente Bolton im Präsidentenamts als Berater für internationale Handelsfragen⁴. Nina Shea, ebenfalls Mitglied dieser Kommission, verkündet: »Unser Hauptziel besteht in der weltweiten Durchsetzung der neuen liberalen Ordnung.« Scientology soll auch helfen, die europäischen Köpfe zu reinigen, um den Marsch durch die europäischen Aufsichtsräte und Institutionen lockerer und mit glänzend verstrahltem Blick, der Scientologen nun einmal zu eigen ist, nehmen zu können. Die Europäer sollen nicht

HEIT«, »IMPACT«, »SOURCE«, »INTERNATIONAL SCIENTOLOGY NEWS«. 214 Teilorganisationen: in Deutschland zehn »Kirchen« und elf »Missionen«.

2 Ron Hubbard: Handbuch des Rechts, Kopenhagen, 1979, S. 2 f.

3 Edward Tashji, Sprecher des Dachverbandes türkisch-amerikanischer Verbände in den USA, war des Lobes voll: »Auch im Namen unseres Präsidenten Dr. Sevket Karaduman« bedankte er sich bei der Scientology Church für deren »tatsachengetreue Beschreibung des Geistes von Faschismus und Rassismus in Deutschland«. Verbreitet wurden die Thesen der Scientologen in ganzseitigen Anzeigen. In der »New York Times« vom 11. Januar stand unter der Titelseite »Menschenrechte in Gefahr«: »Deutschlands Gegenwart ähnelt auf erschreckende Weise seiner Vergangenheit. In den 30er und 40er Jahren schloss die Welt die Augen, während das Klima für den Holocaust geschaffen wurde. Niemand tat etwas. Heute können Sie handeln.«

4 Präsident George W. Bush versteht sich als »born-again« Christ.

länger Voltaire, Hegel oder Marx studieren, sondern ihren »Thetan« (Geistwesen), den sie in Scientology-Kursen für den Kampf um Ansehen, Macht und vor allem Geld trainieren sollen. Dass die Scientologen für diese Kurse viel Geld kassieren, ist nur ein Nebenaspekt ihrer Aktivitäten. Da dieser bislang allerdings im Vordergrund der europäischen Kritik steht, prallte diese Kritik am Willen der Scientology-Anhänger ab. Denn die oft sensible und orientierungslose Anhängerschaft will mit diesen Kursen ja etwas für sich erreichen. Das darf ruhig Geld kosten, sagen sie. Sie wollen schließlich ihre Ängstlichkeit überwinden und selbst Elite werden. Sie wollen etwas bewegen, wollen Anerkennung und große Geschäfte managen. Ihnen wird versprochen, dass sie selbst viel Geld kassieren werden, ohne dabei das Gefühl zu haben, viel Geld zu besitzen sei unmoralisch. »Jeder in einer Gesellschaft sollte zwar bedingungslos das Recht haben, soviel zu verdienen, wie er kann,« schrieb Hubbard, »da dies ein grober Maßstab seines Wertes für die Gesellschaft ist (und man sollte nie den Fehler machen, etwas anderes zu glauben); aber durch Erbschaften und seltsame Möglichkeiten, die sich aus Geld herausholen lassen, kann es als Maßstab stark verfälscht werden. Wenn es verfälscht wird, so werden die Reichen von einer Gesellschaft verurteilt und zum Sündenbock für alle Krankheiten der Gesellschaft gestempelt, obschon ein recht großer Prozentsatz dieser Menschen die eigentlichen Grundpfeiler sind, auf die sich das Leben der Gesellschaft stützt.«⁵ Hubbard, der an der Menge des angehäuften Geldbesitzes eines Menschen dessen Wert bemessen will, zeigt sich hier ganz als Stratege. Er ermuntert die nach Anerkennung und Sinn hechelnden Mitglieder nicht nur geldgierig zu werden, sondern erkennt die Gefahr für die Reichen, wenn sie zu schnell und ohne eigenen Einsatz reich werden. Dann treten nicht nur die »Sozialneider« auf den Plan, dann beherrscht, wie er schreibt, auch die Langlewile die Köpfe dieser Reichen. Das aber gefährdet das System des Kapitalismus. Hubbard zeichnet sich in seinen Schriften als moderner Ideologe der Spätbourgeoisie aus, der keinen Hehl daraus macht, wie sehr er den Kapitalismus schätzt, für dessen Expansion er eine unglaublich gestelzte Theorie entwickelt hat, mit der er die Köpfe der vielen, von den großen Religionen enttäuschten und nach Orientierung suchenden vereinzelt Menschen gewinnen will. Ihnen allen verspricht die Scientology-Ideologie Glück, Erfolg und viel Geld.

Doch anders als die Buddhisten, aus deren Reihen viele zu den Scientologen wechseln, verspricht Scientology, das ewige Leben durch wissenschaftliche Analyse und Methode erreichen zu können, wenn man denn genügend für seinen »Thetan« tut. Scheinbar steht nur das Glück des einzelnen Menschen im Vordergrund dieser Ideologie. Dabei ist es nur der Köder, mit dem die Menschen für einen aggressiven Kapitalismus gewonnen werden sollen. Hubbard, der seine Bücher zur Zeit der McCarthy-Ära⁶ schrieb, erkannte sehr wohl in dem »dialektischen Materialismus«⁷, für den der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist, seinen Gegner, den er ernst nehmen musste, wenn er den Kampf um die Köpfe der Menschen für den Kapitalismus gewinnen wollte. »Der ganze Kult des Antikapitalismus«, schrieb er, »ist durchaus keine brauchbare philosophische Grundannahme, aber doch um einiges mehr als nur ein plumpes Ansprechen

5 Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, Kopenhagen 1983, S. 139.

6 Die McCarthy-Ära, (benannt nach dem Senator McCarthy) wurde von einem extremen Antikommunismus geprägt. Sie dauerte von 1948 bis etwa 1956. Während dieser Zeit verfolgte die US-Regierung die Kommunistische Partei der USA, ihre Führung, ihre Mitglieder und Sympathisanten.

7 »Die Scientology lehrt keinen dialektischen Materialismus mit der Überschrift ›Psychologie‹.« »Sie ist eine präzise und exakte Wissenschaft, die für ein Zeitalter der exakten Wissenschaften entworfen wurde.« Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, Kopenhagen 1974, S. 12.

jener, die keinen Besitz und keine Aussicht haben, irgendwelchen Besitz zu erlangen.«⁸ Also wird so getan, als hätte man selbst mit dem Kapitalismus der US-Regierung und überhaupt mit keiner Regierung etwas zu tun, sondern wolle lediglich den einzelnen Menschen helfen, sich selbst wieder zu finden. »Scientology ist nicht politisch.« Vielmehr komme es darauf an, »Politik zu vergessen und die Vernunft zu suchen«⁹.

Daher die Idee, sich als Kirche staatlich anerkennen zu lassen, um unverdächtig die Strategie der Eroberung des Bildungs- und Kommunikationsmarktes umsetzen zu können.

In den USA ist Scientology längst als Kirche anerkannt. Dort zählt Scientology zu den großen Anbietern auf dem Bildungsmarkt und unterhält zudem Lehrerfortbildungsinstitute, die von sehr vielen Pädagogen aufgesucht werden. In Deutschland gibt es bereits mehr als dreißig Nachhilfeeinrichtungen für Schüler (Schwerpunkt Hamburg)¹⁰. Da die Kommunikation und die Kommunikationsfähigkeit im Mittelpunkt der Scientology-Strategie steht, ist sie nicht nur für Computerexperten, Verkäufer, Vertriebschefs, Personalberater interessant, sondern auch für Gerätehersteller sowie für Produzenten von Programmen/Inhalten der Computer- und der Filmindustrie. »Will man ein Volk regierbar machen,« so Ron Hubbard, »ist es notwendig, Erziehung und Ausbildung mit Wohlwollen zu betrachten sowie Erzieher und Erziehungsmethoden zu respektieren. Ein Land mit Waffengewalt zu erobern, ist nicht notwendigerweise ausreichend.« Hier zeigt sich Scientology von seiner Wesenseite ganz im Bündnis mit den imperialistischen Kriegsattacken der USA. Doch Ron Hubbard weiß, dass militärische Intervention nicht reicht, um ein Land ausbeuten und unterdrücken zu können. »Nach der Einnahme,« setzt er seinen Gedanken fort, »müsste eine Bildungskampagne starten, um sowohl unter den Leuten selbst als auch zwischen ihnen und den Eroberern irgendeine Art von Einverständnis zu erzielen. Nur dann kann man eine Gesellschaft oder Zivilisation schaffen oder – wie wir in Scientology sagen – ein reibungslos funktionierendes Spiel erzeugen.«¹¹ Der Krieg, die Eroberung, der Kapitalismus, der Faschismus, die menschlichen Beziehungen überhaupt sind für die Scientologen ein »Spiel«. Damit degradieren sie nicht nur das Spiel, von dem Schiller einmal sagte, »der Mensch ist nur da ganz Mensch, wo er spielt«, sondern sie verachten all die Menschen, die für ihr »Überleben« hart arbeiten müssen.

Der erste Biograf von Bill Gates¹², David Ichbia, ist Scientologe, dasselbe gilt für Guy Jensen, einen seiner engsten Mitarbeiter. »Executive Software«, ein Schlüsselunternehmen des Microsoft-Imperiums, bezeichnet sich offen als scientologisch orientiert. Die Scientology-Ideologie wird von vielen Organisationen aktiv gelebt, die Scientology-Kirche ist nur die Spitze eines imperialistischen Eisbergs.¹³

In den achtziger Jahren spalteten sich von der amerikanischen Mutterorganisation Scientology-Kirche einige führende Mitglieder ab, um sogenannte »freie« Gruppen (»Freundeskreis«, »Ron.org« etc.) zu gründen. Es entstanden eigene Scientology-»Firmen«, mit der Begründung, die Lehren des Meisters Hubbard wieder vom kirchlichen Machtdenken reinigen zu wollen. »Die Technologie wird in der

8 Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, S. 139.

9 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 11.

10 »Bis heute haben weltweit mehr als 3 Millionen Menschen an Applied-Scholastics-Programmen teilgenommen. Das Netzwerk von Applied-Scholastics-Schulen, -Gruppen und örtlichen Hilfsprogrammen ist auf 94 Schulen und 489 Gruppen in 57 Ländern angewachsen. Applied Scholastics hat bisher über 66 000 Pädagogen trainiert, die nun ihrerseits diese funktionierende Methodik an Millionen von Schülern weitergeben. Auch in Berlin kümmern sich Scientologen um versetzungsgefährdete Schüler. Um der in Pädagogenkreisen wachsenden Anerkennung der wichtigen Rolle der Study Technology in der beruflichen Entwicklung und bei der Verwendung im Klassenzimmer gerecht zu werden, hat Applied Scholastics International im Jahre 2003 einen 40 Hektar großen Campus in St. Louis im amerikanischen Bundesstaat Missouri eingerichtet. Dieser Campus ist praktisch eine »Universität für Study Technology«, gleichzeitig aber auch der internationale Verwaltungssitz von Applied Scholastics. Dort studieren Pädagogen und Erzieher aus der ganzen Welt, um dann in ihrer Heimat Ron Hubbards Lernwerkzeuge einzuführen.« (Aus »Scientology-Kirche Berlin« Januar 2007).

11 Ebenda, S. 95.

12 In Deutschland wurde Windows 2000 vom Bundesamt für die Sicherheit in

der Informationstechnik (BSI) geprüft, weil das integrierte Defragmentierungsprogramm von einer Firma der Scientology-Organisation stammt. Das BSI wollte untersuchen, ob Daten von der Festplatte an Dritte weitergeleitet werden können.

13 Scientology Unterorganisationen in Deutschland: ACADEME – Initiative zur Förderung selbständigen Lernens, Aktionskomitee für freie religiöse Entfaltung, München, ALV- Arbeitskreis für Liberale Bildungsinformation der Verbraucher e.V., Darmstadt, CFAF – College für angewandte Philosophie, in mehreren Städten, Communication Center, Ulm, Dianetic-College, Frankfurt, Studierkreis angewandter Philosophie, Gelsenkirchen, Deutsche Liga für Menschenrechte, e.V., München, Patientenhilfe e.V., München, Komitee Wahres Christentum, Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte e.V. (KVPM), Kommission für Verstöße des Bürgers gegen Datenmißbrauch, München, Kommission für Polizeireform, München, Institut für angewandte Philosophie, München, Gesellschaft zur Förderung religiöser Toleranz und zwischenmenschlicher Beziehungen e.V., München, Aktion Sauberes Ministerium, München, ZIEL – Zentrum für Individuelles und effektives Lernen e.V., München.

14 Rons Org – Die alternative Scientology-Bewegung, Bern 2006, S. 8.

15 Ron Hubbard: Scientology: Die Grundlagen des Denkens, S. 18.

Scientology-Kirche gegen die Menschen verwendet, um Macht über sie zu erlangen und möglichst viel Geld aus ihnen herauszuholen. Das eigentliche Ziel wurde aus den Augen verloren.«¹⁴ Diese »freien« Gruppen lehren und arbeiten wie die »Mutterorganisation«. Getrennt marschieren, vereint zuschlagen, könnte diesen Neugründungen durchaus auch zugrunde gelegen haben. »Alternative« Scientologen gibt es nicht, es gibt nur Scientologen. Also werden sie eines Tages, wenn die Angebote von der Mutterorganisation denn passend sind, sich dieser wieder anschließen, oder sie werden als Kleinunternehmer von den Wurzeln Hubbards gekappt. Hubbards Theorie ist nämlich keine für Kleinbürger, sondern sie ist für »Geister« geschaffen, die sich den Zielen der imperialen Strategen als Kompanien zu fügen verstehen. Scientology »wird sowohl von Geschäftsleuten und führenden Regierungsbeamten zur Verbesserung ihrer Organisation angewendet wie auch von Privatpersonen«. »Scientology wird von einigen der größten Firmen der Welt angewandt.«¹⁵

Ron Hubbard lernte während seines Kriegseinsatzes für die US-Navy in Asien den Buddhismus kennen. Geübt als Autor von Science-Fiction-Romanen und durch Vorlesungen im Bauingenieurwesen, modernste Technik mit buddhistischer Welterklärung zu verbinden, entwickelte er einen scheinbar viel wissenschaftlicheren Buddhismus. Was man als »Selbst« erlebe, so der buddhistische Glaube, sei in Wirklichkeit nichts anderes als ein unzerstörbarer und unbegrenzter Strom von Bewusstsein. Im Moment des Todes verlasse das Bewusstsein den sterbenden Körper, um sich – gesteuert durch unbewusste Eindrücke im Geist, also Karma – nach einer bestimmten Zeit wieder mit einem neuen Körper zu verbinden. Daher ist Sterben für einen Buddhisten in letzter Konsequenz etwas Ähnliches wie das Wechseln der Kleidung. Karma bedeutet im Buddhismus nicht Schicksal, sondern das Zusammenwirken von Ursache und Wirkung, wobei sich Ursache und Wirkung allein auf das einzelne Bewusstsein beschränken. Ron Hubbard nannte das Karma »Thetan« und, anders als im Buddhismus denkbar, behauptet Scientology, diesen »Thetan« elektronisch mit einem Gerät¹⁶, das Bestandteil vieler Sitzung der Scientologen ist, messen zu können. Ziel sei dabei die »Erlangung der Freiheit als geistiges Wesen«. Das solle »dem Individuum helfen, volles Bewusstsein seiner selbst als ein unsterbliches Wesen und seiner Beziehung zum höchsten Wesen zu erlangen.« Scientology richtet sich »ausschließlich an den ›Thetan‹ (geistiges Wesen)«. Der Mensch sei nicht sein Körper oder sein Name, er sei »Thetan«. Der Mensch ist demzufolge kein gegenständliches Wesen, er ist ungegenständlich. Aber ein ungegenständliches Wesen ist, wie Marx sagt, ein Unwesen. In diesem Zwiespalt von Erscheinung und Wesen, das allerdings zu unserer objektiven Wirklichkeit gehört, schwadroniert Scientology hin und her. Einerseits soll in diesem »Universum« »Wirkung« erzielt werden, sprich Rendite, Umsätze, Geld geschaffelt werden, andererseits löst sich das Wesen des Menschen von diesen Erscheinungen bürgerlichen Seins völlig los. Der »Thetan« ist ein ewiger Geist, der kümmert sich nicht um Politik, sondern nur um die »Vernunft«, und was Vernunft ist, bestimmt der »Thetan«. Deshalb »greifen Scientologen nicht in

die Souveränität eines Staates ein, lehren sie den Menschen anstelle dessen, das zu benutzen, was er besitzt und was er weiß, um unter jedem beliebigen politischen System zum ersten Mal eine wirkliche Zivilisation auf Erden zu schaffen.« Es geht ihnen in erster Linie um Besitz und um die Vermehrung von Besitz. Ihr »Tun und Wirken« dient allein der Stabilisierung des Kapitalismus. Dieser Handlungszyklus sei »eine Erscheinungsform, die folgendermaßen dargestellt wird: erschaffe, dann überlebe, dann zerstöre; oder erschaffen, überleben (Fortbestehen), Zerstören. Zuerst gibt es das Erschaffen, dann folgt das Überleben (Fortbestehen), worauf die Zerstörung folgt.« Das soll sich dialektisch, ganz im Sinne frühbürgerlich hegelschen Denkens anhören. »Das Wahre ist das Ganze,« schrieb Hegel, »das Ganze aber ist nur das durch seine Entwicklung sich vollendende Wesen.«¹⁷ Nicht die Entwicklung des Ganzen ist für die Scientology wichtig, um das vollendete Wesen einer Gesellschaft oder eines Naturprozesses zu begreifen, sondern sie zerstückeln das Ganze, um stets den »Thetan« als den großen Regisseur darstellen zu können, der alle Teile in Gänge zusammenhält. Das menschliche Sein und Bewusstsein zerstückelt Scientology in acht »Dynamiken«, »Axiome«, eine »Tonskala«, die von A-V reicht, in »Daseinsbestimmungen«, einem »ARK-Dreieck« und noch etliche andere Differenzierungen. Diese Zerstücklung des Seins und Bewusstseins, das im hegelschen Sinne nur als Ganzes erkannt, begriffen und vom Menschen verändert werden kann, soll die vielen Suchenden, die aus den Kirchen flüchteten oder einfach mühsam den »Sinn des Lebens« erkunden wollen, trunken machen. Sie sollen sich zunächst dumm fühlen, um dann Schritt für Schritt, von »Grad zu Grad« die »Brücke« der ewigen Freiheit als Geistwesen erlangen zu können. Diese Zerstücklung des Seins, die schroffe und mechanische Trennung von Körper und Denken, von Natur und Mensch, hat aber einen ganz bestimmten Zweck. Der »Thetan« soll als übermenschliche Lichtgestalt aufgeplustert werden, die den Menschen allerdings ganz im Sinne der Spätbourgeoisie leitet. »Ein Mann hat eine Beschäftigung,« schreibt Hubbard, »der er nachgeht. Das heißt, er erschafft ununterbrochen (erschaffen-erschaffen-erschafft) seinen Arbeitsplatz, und zwar Tage, Wochen und Jahre hindurch. Der Arbeitsplatz existiert für ihn, solange er ihn ständig erschafft. Eines Tages hält er seinen Arbeitsplatz für GESICHERT (sieht ihn als selbstverständlich an). Er schafft ihn nicht mehr, worauf dieser aufhört zu existieren. Der Mann verliert seine Stellung. Die ERSCHEINUNGSFORM des Sachverhaltes stellt sich folgendermaßen dar: Er bummelte, wurde faul, und es wurde ihm gekündigt. Tatsächlich erschuf er aber die Arbeitsstelle nicht mehr neu und hatte dadurch keine mehr.«¹⁸ Hubbard dreht die Hegelschen Begriffe einfach auf den Kopf. Es erscheint vielmehr nicht nur so, dass der arbeitende Mann faul und ausgebrannt ist vom täglichen Kampf um seinen Lohn und der Erhaltung seines Arbeitsplatzes, er ist auch tatsächlich verbraucht und kaputt und kann eine Rente, die ihm erst mit 67 gezahlt werden soll, nicht mehr erreichen. Erscheinung und Wesen stimmen bei diesem Mann überein. Dieser arbeitende Mann lebt nur, um für Kapital- und Aktionärseigentümer Tag für Tag zu schufteten. Diesen Mann prägt die Angst, ihn treiben die Fragen: Wozu lebt der Mensch? Und genau an

16 »Das Hubbard-Elektrometer ist ein religiöses Hilfsmittel, das während der kirchlichen Beichte benutzt wird.« Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 11.

17 Hegel-Werke, Bd. 3, Suhrkamp Frankfurt 1979, S. 24.

18 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 28-29.

19 »Die Einschränkungen, die einem Menschen durch eine Regierung oder eine Arbeitsstelle auferlegt werden, geben ihm gleichzeitig seine Freiheit. Ohne bekannte Schranken ist der Betreffende ein Sklave, der bei all seinen Handlungen zu angstvoller Ungewissheit verurteilt ist.« Ebenda, S. 53.

20 Hegel-Werke, Bd. 3, Suhrkamp Frankfurt 1979, S. 46.

21 »... ein Thetan, der – was die Erste Dynamik (das eigene Überleben) betrifft – wissentlich und willentlich Ursache über mentale Masse, mentale Energie, mentalen Raum und mentale Zeit sein kann. Der Zustand Clear steht über den Befreiungs-Graden (die alle Vorbedingungen für das Clearwerden sind). Er wird durch den Abschluss des Clearing-Kurses an einer Avancierten Organisten erreicht.« Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 144.

22 Ebenda, S. 23.

23 Ebenda, S. 131.

24 Ebenda, S. 38

diesem Punkt tritt Scientology in Erscheinung und sagt, bück dich, beug dich, mach deinen Rücken krumm! Der »Thetan« will es so. Dafür kannst du ewig leben!¹⁹

Erscheinung und Wesen stimmen bei Scientology nicht immer so klar überein, wie in diesem Beispiel. Die Erscheinung von Scientology spielt meistens Heiligkeit, sein Wesen ist aber ignorant dem wirklichen Leben gegenüber, brutal und diktatorisch. Die Begriffe Erscheinung und Wesen, wie Sein, haben die Scientologen bei dem frühbürgerlichen Revolutionär Hegel abgeschaut, um sie, wie kann es bei einer imperialistischen Spätbourgeoisie anders sein, zu missbrauchen. »Die Erscheinung ist das Entstehen und Vergehen,« schreibt Hegel, »das selbst nicht entsteht und vergeht, sondern an sich ist und die Wirklichkeit und Bewegung des Lebens der Wahrheit ausmacht.«²⁰ Doch die Wirklichkeit und Bewegung des Lebens, die entsprechende Erscheinungen hervorbringt, interessiert Scientology nicht, für sie ist die Wurzel des Menschen nicht der Mensch selbst, sondern der »Thetan« oder, was das Wesen dieses »Geistes« deutlicher charakterisiert, die spätbürgerliche Ideologie. Die Wirklichkeit stellt sich für den leibhaftigen und gegenständlichen Menschen nämlich so dar, dass er entweder von eigener Arbeit lebt oder von der Arbeit anderer. So simpel ist das und gilt selbst für Päpste, Bischöfe und Clears²¹ der Scientologen. Die Wirklichkeit, schreibt Hubbard, »ist das, was unabhängig von der Erscheinungsform vorhanden ist, das, was der Erscheinungsform von Dingen zugrunde liegt, wie die Dinge in Wahrheit sind.«²² Das hat mit Hegel nun überhaupt nichts mehr zu tun. Bei Hubbard gibt es eine Wirklichkeit, ohne dass diese erscheint. Sie geistert vielmehr in seinem Kopfe oder besser über seinem Kopfe als »Thetan«. Wahrheit, die nicht als solche auch zu erscheinen vermag, gibt es genauso wenig, wie es ungegenständliche Wesen gibt. Selbst das Atom erscheint, sonst könnte es keine Kernspaltung geben. Die Verhinderung dieser Kernspaltung in Gestalt einer Atombombe fürchtet der Scientologen-Gründer so sehr, dass er behauptet: Heute gäbe es »kein Wettrennen mehr zwischen den einzelnen Nationen. Das einzige entscheidende Wettrennen findet heute zwischen der Scientology und der Atombombe statt.«²³ Nun ist bekannt, dass die Regierung der USA nur schwer von einem Krieg gegen Nordkorea und den Iran abzuhalten ist, da diese Länder angeblich durch die Produktion eigener Atombomben den Weltfrieden bedrohen würden.

Scientology zeigt als Ideologie durchaus Wirkung in der US-Administration. Wirkung ist schließlich alles. »Das Axiom 10 der Scientology besagt,« so Ron Hubbard, »dass das Schaffen einer Wirkung das höchste Ziel in diesem Universum ist. Folglich, wenn jemand keine Wirkung erzeugen kann, hat er kein Ziel. Und genau so sieht das auch im Leben aus.«²⁴ Wirkung ist bei Hubbard eine von den drei Daseinsbedingungen. Diese sind Sein, Tun (Wirkung), Haben. Da die Kommunikationsbranche mit ihren Schauspielern, Präsidenten, Politikern und Sternchen ganz auf Wirkung zielt, ist es kein Wunder, dass die Menschen dieser »geistigen« Kunststücke besonders für Hubbards Theorien empfänglich sind. Die Kommunikation nimmt in einem seiner erkenntnistheoretischen Zauberstücke denn auch die zentrale Rolle ein. »Ohne Kommunikation,« schreibt Hub-

bard, »und ohne einen gewissen grundsätzlichen Widerhall kann es keine Realität geben. Ohne eine gewisse Grundlage der Übereinstimmung und der Kommunikation kann es keine Affinität geben.«²⁵ Also, zuerst war weder das Huhn noch das Ei, sondern die Kommunikation über das Huhn und das Ei. Für Hubbard entsteht die Realität erst durch Kommunikation. Diese darf aber, wenn sie denn Realität erzeugen soll, keine kritische, sondern sie muss eine gegenseitig zustimmende sein. Deshalb mögen Scientologen auch keine Streitgespräche. Ron Hubbard empfiehlt seinen Anhängern sogar – in den Kursen wird das ganz deutlich gesagt –, keine Kontakte mit Freunden zu pflegen, die Scientology kritisch gegenüberstehen. Daher die Distanz junger »Preclears«²⁶ zu ihren Familien. Auch den Seinsbegriff muss Scientology natürlich »vergeistigen«, um an einer »Erkenntnisphilosophie« ohne gegenständliche Wesen festhalten zu können. »Die Bedingung ›Sein‹ wird als die Annahme oder Wahl einer Identitätsform definiert. Man könnte sagen, dass das Sein das Übernehmen einer Rolle in einem Spiel bedeutet.«²⁷ Hier wird, es ist nicht neu in der Philosophie, das Sein mit dem Bewusstsein zu einem Brei vermengt, um alles unter die Hegemonie des »Thetan«, des »Willens«, des »Geistes«, des »Gottes«, der »Rasse«, des »Führers«, stellen zu können. Alles soll so werden, wie man es sich ganz im Sinne einer »Rasse«, eines »Führer«, »Thetans«, »Astralleibes« wünscht. Das Sein ist aber, deshalb ist es das Seiende, stets unabhängig vom Bewusstsein, nämlich von dem bewussten Denken über dieses Seiende. Der Baum bleibt der Baum, das Wasser bleibt Wasser, die Amöbe bleibt Amöbe, die Echse bleibt Echse, das Atom bleibt Atom, der Stein der Stein, sie bleiben anorganische oder organische Natur auch ohne die Menschen. Sie sind als Naturseiende unabhängig von unserem Denken und von unserer menschlichen Existenz und Sprache. Wir können dieses Sein mit unserem Bewusstsein allerdings bewusst wahrnehmen, es auch in unserem menschlichen Sinne verändern, zerstören, entwickeln, ausbeuten, züchtigen. Aber wir sind nicht mit diesem Sein identisch. Es gibt das Natur-Sein und unser menschlich gesellschaftliches Sein. Sie bilden, wie Hegel sagen würde, eine widersprüchliche Einheit. Sie bilden eine Einheit der Gegensätze, verändern sich ständig und bilden so eine Totalität von vielen Totalitäten. Das Natursein war bereits lange vor uns Menschen da und das gesellschaftliche Sein haben wir durch Arbeit, Denken, Sprache, Kunst und Liebe, aber auch Krieg, Ausbeutung und Unterdrückung selbst geschaffen. Unser Bewusstsein als gesellschaftliches Wesen versuchte sich dem Natursein mehr und mehr anzupassen, bzw. es zur Verbesserung des gesellschaftlichen Lebens zu nutzen, was schließlich zur Entfremdung der menschlichen Beziehungen führen sollte, da sich partikulare Interessen gegen die Entwicklung der Gattung stellten. So entstand die Vorstellung, der Mensch sei ein vereinzelt und kein gesellschaftliches Wesen mehr, was als Individualisierung bezeichnet wurde, womit aber tatsächlich eine Vereinsamung beschrieben wird, in der jeder gegen jeden kämpft oder an seiner Unfähigkeit zu siegen verzweifelt.

Auf diese Vereinsamung stützt sich, wie viele bürgerliche Ideologien, auch Scientology. Sie teilt die Menschen in acht Dynamiken (Abteilungen) ein. »Der Zweck dieser Unterteilung ist darin zu se-

25 Ebenda, S. 48.

26 Preclear = Jemand, der durch Scientology-Auditieren zum »Clear« werden will.

27 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 30.

28 Ebenda, S. 42-43.

29 Ebenda, S. 45.

hen, dass man durch sie das Verständnis des Lebens zu erhöhen sucht, indem man es in Abteilungen unterteilt.« Die 1. Dynamik ist »der Drang zum Dasein als Individuum (als man selbst). Hier kommt die Individualisierung zum Ausdruck«. ²⁸ Es geht in dieser Dynamik um die Befriedigung von Drive-Gefühlen, wie Essen und Trinken. Kinder sind zur Befriedigung dieser Drive-Gefühle ganz auf die Hilfe der Erwachsenen angewiesen. Diese sind gesellschaftliche Wesen, die ihre eigenen und die Drive-Gefühle ihrer Kinder nur gesellschaftlich befriedigen können. Die Milch, bei der Kuh vom Bauern gemolken, gelangt aus dessen Händen in die Molkerei, von hier in den Supermarkt, wo sie gekauft werden muss. So ist das leider noch immer. Nun muss sich, so Ron Hubbard, die 1. Dynamik beim Erwachsenen mit der 3. Dynamik, der »Gruppen-Dynamik«, verbinden, sonst sei der Mensch »nicht imstande, Mitglied eines Teams zu sein. Daraus lässt sich schließen, dass dieser Mensch zum Dasein innerhalb einer Gemeinschaft unfähig ist«. ²⁹ Er ist also »wertlos«. Die »3. Dynamik ist der Drang zum Dasein als Gruppe, die von Individuen gebildet wird. Schule, Gesellschaft, Stadt, Nation.« Das hört sich zunächst sozial an, ist aber nicht so gemeint. Denn Hubbard geht es genau um das, was in heutigen Management- und Regierungsabteilungen »Kommunikationstraining« und »Wir-Gefühl« genannt wird. »Wir sind Deutschland!« wäre so eine 3. Dynamik. Die Gruppe, das Team, soll seine »Mitte«, seinen »Thetan« finden, um in der Konkurrenzschlacht siegen zu können. Ohne dieses »Wir-Gefühl«, das wissen Sportler, Familien, Freundeskreise oder andere Gruppen, gibt es kein herzliches Mitgefühl und Miteinander. Wenn dieser Drang zum »Wir-Gefühl« aber genutzt wird, um eine Nation, eine Rasse oder einen Konzern zu stärken, die auf der Welt nur um die eigene Vorherrschaft kämpfen wollen, wird dieses »Wir-Gefühl« von seinem eigentlichen menschlichen Bedürfnis entfremdet. Da es heute in jeder Managementabteilung um Team-Arbeit und Firmen-Philosophie geht, finden auch überall Kommunikationstrainings, Personalberatungen und das Erstellen von Firmen-Leitbildern statt. Das alles unterscheidet sich nur unwesentlich von Scientology. Es ist Scientology. Deshalb verwundert es auch nicht, dass Jill Sander, Bill Gates oder die börsennotierte Finanzberatungsfirma AWD als Scientology orientiert bezeichnet werden. Scientology ist nämlich keine Sekte, in der sich Ausgeflippte bekiffen oder besaufen, um ihr Bewusstsein zu erweitern! Im Gegenteil, Scientology verurteilt Drogen jeder Art! Drogen sollen den »Thetan« beeinflussen oder anders formuliert, sie stören den »Energiefluss«. Scientology, von den mehr europäisierten »freien Gruppen« der Scientology als »Erkenntnistheorie« und nicht, wie bei Ron Hubbard, als »religiöse Philosophie« bezeichnet, ist die Ideologie des imperialistischen US-Managements, von dem deutsche Unternehmen schon immer fleißig gelernt haben. Warum nicht auch jetzt. Die »freien« Gruppen werden für eine europäisierte Scientology-Version sorgen, mit der sie sich dann wieder unter die Fittiche der Mutterorganisation begeben können. Der »Thetan« wird vielleicht durch »Energiefluss« oder einen anderen Begriff ersetzt. Auf die Bezeichnung Kirche wird man ebenfalls verzichten können. Schon dürfte in Europa das Feld frei sein für Scientology. Ist es ja ohnehin schon. Ron Hubbard zog nicht

von ungefähr nach England, wo er das in East Grinstead gelegene ehemalige Schloss des Maharadschas von Jaipur, Saint Hill Manor, kaufte. Scientology ist die Ideologie, mit der Manager Teams, Gruppen und ganze Konzerne führen können. Die Fähigkeit, kapitalistische Betriebe und bürgerliche Regierungen zu führen, besteht, so Hubbard, »also darin, fähig zu sein, das richtige Gleichgewicht zwischen Freiheit und Schranken für diejenigen, die einem unterstellt sind, zu setzen und zu halten. Freiheit und Schranken müssen hierbei sehr exakt und konsequent eingehalten werden. Wenn solch ein leitender Angestellter selbst noch Initiative und Zielstrebigkeit zeigt, wird sich seine Abteilung auch durch Initiative und Zielstrebigkeit auszeichnen.«³⁰ Diese erreichen die modernen Führer und Führerinnen, wenn sie durch Scientology-Kurse zum »Clear« aufgestiegen sind. Besuchen sie diese oder ähnlich orientierte Kurse aber nicht, so laufen sie Gefahr, Skrupel zu entwickeln, die sie daran hindern werden, Menschen auf die Straße zu setzen, Löhne zu drücken, Arbeitszeiten zu verlängern, Renten zu senken, Gammelfleisch zu verkaufen, Urlaubstage zu streichen oder Menschen mit Bombenhagel zu ihrem Glück zu zwingen. »Ein Angestellter, der nur auf Freiheit pocht und auf ihr beharrt,« stellt Hubbard fest, »wird zum Sklaven werden«. Scientology ist bei aller verschnörkelten Theorie, die mit vielen Termini hantiert, recht pragmatisch ausgerichtet. So zeigt sich, wie nützlich die Theorie von den 8 Dynamiken für die Führer der Spätbourgeoisie sein kann. »Zwei Gruppendynamiken können einander als Teams gegenüberstehen,« stellt Hubbard fest. »Die Erste Dynamik (Selbst-Dynamik) kann sich beispielsweise mit der Fünften (Lebewesen-Dynamik) gegen die Sechste (Universums-Dynamik) verbünden und so ein Spiel eröffnen. Mit anderen Worten, die Dynamiken bieten eine Übersicht über die Möglichkeiten verschiedener Team- und Spielkombinationen. Jeder ist an vielen Spielen beteiligt.« »Wenn jemand entdeckt, dass er nur auf der Ersten Dynamik spielt und dass er zu keiner anderen gehört, kann man mit Bestimmtheit sagen, dass er verlieren wird, denn er hat die übrigen sieben Dynamiken gegen sich.«³¹ Deshalb empfiehlt Hubbard den Führern von bürgerlicher Ökonomie und Politik, zum »Pandeterminismus« zu greifen. Hier werden »mehrere Seiten eines Spiels« systematisch verbunden. Die Teams im Unternehmen können entsprechend mit Menschen besetzt werden, deren Dynamikkombination für das Unternehmen von großem Vorteil sein kann. Das »Spiel« mit der richtigen Teambesetzung ist, so Hubbard, ausschlaggebend für den Erfolg eines Managements. »Übrigens ist das der Hauptgrund, weswegen Diktaturen versagen. Für einen einzigen Mann ist es fast unmöglich, über die Gesamtheit der Spiele eines Volkes allbestimmend zu sein.«³² Der moderne Kapitalismus mit seiner vielschichtigen Arbeitsteilung und Spezialisierung braucht Teams, keine Einzelkämpfer, die glauben, sie könnten das »Spiel« der spätbürgerlichen Konkurrenz allein auf dem Weltmarkt austragen³³. Auch die Französische Revolution sei an dieser Eitelkeit und übertriebenen Freiheitssucht zugrunde gegangen. »Das Volk versuchte,« so Hubbard, »sofort die Regierungsmacht zu übernehmen und, erzogen dazu und gewöhnt daran, gegen jegliche Beschränkung zu protestieren, wählte es ›Freiheit‹ zum Kampfzweck. Bald gab es keine Schranken oder keine

30 Ebenda, S. 54.

31 Ebenda, S. 55.

32 Ebenda, S. 56.

33 »Scientology ist eine Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland«, so Elmar Halbach vom Deutschen Industrie- und Handelstag. Es bestehe nicht nur die Gefahr, dass Unternehmen, die von der Organisation unterwandert seien, finanziell ausbluten. »Wir gehen auch davon aus, dass Scientologen Betriebsgeheimnisse ausspionieren und das so gewonnene Wissen zu eigenen Zwecken verwenden.« Um dieser Form der Kriminalität zu begegnen, »deren Dunkelfeld nur schwer abzuschätzen ist«, setzt sich der DIHT für ein entschlossenes und gemeinsames Vorgehen von Staat und Wirtschaft ein. »Dazu kann und darf es aber nicht sein, dass Bund und Länder Scientology weiter als Religion betrachten und die Bekämpfung bei Ministerien für Jugend oder Familie ansiedeln«, so Halbach. Der Kampf gegen Scientology müsse jetzt endlich unter der Verantwortung der Innenministerien geführt werden. Halbach weiß vom Konkurrenzfeind in Übersee, der sich hinter der Scientology-Kirche versteckt. Er weiß auch, wie sehnsüchtig seine Mitglieder nach Managementmethoden suchen, um besser auf dem Weltmarkt agieren zu können. Hier greift Scientology an.

34 Ron Hubbard: Sciencology – Die Grundlagen des Denkens, S. 57.

35 »Eine ideale Gesellschaft wäre eine Gesellschaft nichtaberrierter Menschen (»Clears«). Vielleicht werden in ferner Zukunft nur dem Nichtaberrierten die Bürgerrechte verliehen? in einem Staat der reinen Vernunft. Vielleicht erreichen wir einmal das Ziel, dass nur der Nicht-aberrierte von solcher Staatsbürgerschaft profitieren kann».

»Wenn in unseren Gruppen besseres Recht ist ... und wenn ein hoher Sinn für Befehle da ist, werden sich die Leute unter uns bewegen und eine größere Sicherheit und Gewißheit in uns finden. ...Alles, was wir tun müssen ist Expansion erreichen und die Obergewalt in der Gesellschaft.« Ron Hubbard: HCO-Führungsbrief, 18. März 1965.

36 Ron Hubbard: Sciencology – Die Grundlagen des Denkens, S. 141.

37 Ebenda, S. 57.

38 Ebenda, S. 58.

Einschränkungen mehr. Die Gesetze der Regierung wurden verworfen. Diebstahl und Räuberein traten an Stelle der Volkswirtschaft.«³⁴ Das Volk, zu denen das frühe Bürgertum, die Bauern und das Proletariat zählten, kämpften für Freiheit von der absolutistischen Herrschaft der Aristokratie, die Leibeigenschaft, Handels- und Produktionskontrolle des Bürgertums durch Zollschranken bedeutete. Die Freiheitsrufe von 1789 forderten die Freiheit der Bourgeoisie, die sich auf die Gleichheit der bürgerlichen Produktion berief, bei der allein die Ware (Produkte und Arbeitskraft) als Wertmaßstab dienen und nicht länger die Abstammung eines Menschen über dessen gesellschaftlichen Rang entscheiden sollte. Als Napoleon Bonaparte mit seinen Kriegen ganz Europa in diesen Schlachtruf zwingen wollte, scheiterte er schließlich an seiner eigenen Sucht, kaiserlich, also aristokratisch, werden zu wollen. So erlebte die bürgerliche Revolution nach Napoleon einen Rückfall in die Zeit der aristokratischen Herrschaft. Dies lag also nicht an der schrankenlosen Freiheit, sondern an der Wankelmütigkeit der frühen bürgerlichen Revolutionäre, die sich am Glanz und Gloria des Adels berauschten und sich mit diesem verbündeten. Hubbard interessiert die europäische Geschichte natürlich nicht, er will lediglich die Denker dieser Zeit (Hegel, Goethe, Schiller etc.) aus den Köpfen der Europäer vertreiben. Denn mit diesen Denkern in den Köpfen von Schülern und Studenten ist kein imperialistisches Reich der Vernunft zu vergrößern und zu stützen. Deshalb ruft Hubbard auf zur Einschränkung der Demokratie. »Wenn niemand in einem Staat die Verantwortung für Einschränkungen übernehmen will, werden diese scheinbar mehr und mehr abnehmen. In Wirklichkeit vermehren sie sich aber. Ohne jegliche Schranken wird das Leben ziellos, ist Zufälligkeiten unterworfen und wird chaotisch.« Diese Verantwortung soll natürlich nur in die Hände der »Clears«, also der »Thetans« auf Stufe 4 gelegt werden.³⁵ »Wenn auch alle Menschen mit gleichem Recht vor dem Gesetz geschaffen sind, zeigt doch eine Untersuchung der Menschen in der Gesellschaft rasch, dass nicht alle mit dem gleichen potentiellen Wert für ihre Mitmenschen geschaffen sind.«³⁶ Diese politische Leitlinie setzten seine Anhänger in ihren Kommunikationsschulungen und Eliteförderungen ganz konkret um.

»Ein guter Vorgesetzter«, sagt Hubbard, »muss imstande sein, für Einschränkungen Verantwortung zu tragen, denn Freiheit gibt es nur dort, wo es Schranken gibt.«³⁷ Mitbestimmung kürzen, Basisdemokratie verhindern, Abschaffung des Abtreibungsparagrafen verhindern, das ist ganz im Sinne Hubbards; denn »der Mensch, der bereitwillig Hindernisse und Schranken akzeptiert und sich nicht vor ihnen fürchtet, ist frei. Wer immer nur gegen Schranken und Hindernisse kämpft, wird sich gewöhnlich in ihnen verfangen. Will man einen ewigen Krieg haben, braucht man sich nur darauf zu versteifen, keinen Krieg haben zu wollen.«³⁸ Anders formuliert: Die »Clears« in den Regierungen und Konzernen wissen, was sie tun, um das System zu schützen! Kritisiert sie also nicht, auch wenn sie Bomben auf Beirut oder Kabul werfen! Die Negation ihrer Taten führt nur zur extremeren Fortsetzung ihrer Taten! Also stört sie nicht! Widerstand ist zwecklos!

Sciencology »spielt« mit der Todesfurcht der Menschen. Die politische und ökonomische Stabilisierung des Kapitalismus, unterstützt

und gefördert durch eine idealistische Philosophie mit typisch amerikanischer Prägung, bilden den Kern von Scientology. Diese Ideologie an viele einzelne Menschen zu vermitteln, ist die Aufgabe von »Auditierungen«, Berater- und Managertrainings, Zeitungen, Beichten und »Persönlichkeitstests«. Dabei nutzen sie die Angst der Menschen vor Krankheit und vor dem Tod, um ihnen mit scheinbar wissenschaftlichen Floskeln und Technologien diese Ängste zu nehmen. Anders als bei Verkündern von religiösen Lehren, ob in Kirche oder Sekte, gibt es bei Scientology keine Offenbarung. Eine Offenbarung, die geglaubt werden muss, sonst wäre sie keine Offenbarung, und die nicht auf persönlicher Ansicht, Erfahrung, Erlebnis basiert, ist aber die Grundlage jeder Kirche und Sekte. Dass Moses auf dem Berg Sinai die zehn Gebote von Gott bekam, muss geglaubt werden. Die Kirche, die in ihren Anfängen aus Sekten entstanden ist, mischt sich, anders als die Sekte, nicht in die unmittelbare Umsetzung dieser Offenbarung im Alltagsleben des einzelnen Menschen ein. Ron Hubbard hat seine Theorie zwar an die Religionsbedürfnisse vieler westlicher Buddhisten und religiösen Sektenfirmen der USA angelehnt, aber er schuf keine Offenbarung. »So wie im Buddhismus davon ausgegangen wird, dass jeder die Buddhanatur in sich trägt«, so könne durch Scientology »eine Person zu ihrer eigentlichen Natur und Stärke zurückkehren«³⁹. Zwar bezeichnet er die »Achte Dynamik« als »Unendlichkeits- oder Gott-Dynamik«, aber er weist selbst »ausdrücklich darauf hin, dass Scientology als Wissenschaft nicht in die Dynamik des höchsten Wesens eindringt«.⁴⁰ An anderer Stelle bemerkt er, man könne die Existenz »Gottes und andere geistige Erscheinungen« als »Theta-Universum klassifizieren«.⁴¹ Da mit »Theta« aber die Person selber gemeint ist, »nicht ihr Körper oder ihr Namen, das physikalische Universum, ihr Verstand oder sonst irgend etwas«⁴², hat dieses »Theta-Universum« nichts mit dem »Reich Gottes« gemeinsam. Die »Ron's Org« betont: »Scientology ist überkonfessionell, jede Person jeden Glaubens kann Scientology anwenden, um sich zu verbessern.«⁴³ Eine Offenbarung gibt es bei Scientology also nicht, folglich geht es hier, trotz vieler Kirchengebäude und liturgischer Zeremonien, nicht um eine Kirche oder Sekte. Scientology, das eben macht diese Ideologie für viele Menschen, die gewohnt sind, nur das zu glauben, was sie sehen, so interessant. Scientology will als Wissenschaft verstanden werden. Das unterscheidet Scientology von jeder Kirche und jeder Sekte, wo geglaubt wird, und wo dieser Glaube als entfremdetes Selbstbewusstsein gepredigt und in der Sekte kleinlichst gelebt wird. Dieses entfremdete Selbstbewusstsein, das ja an die Handlungen der Menschen gattungsmäßige Anforderungen stellt, ist deshalb kein wirkliches, sondern ein entfremdetes Selbstbewusstsein, weil es den Menschen nicht selbst als Schöpfer seiner Geschichte setzt, sondern ein Subjekt, das dem Menschen die gattungsmäßigen Zügel halten soll. Scientology führt seine Anhänger zu einem spätbürgerlichen Bewusstsein, das behauptet, wissenschaftlich zu sein und die Menschen als partikulare Wesen auf sich selbst fixiert. Diese auf sich selbst bezogenen »Führer« der künstlerischen, technischen und ökonomischen Elite der Spätbourgeoisie bekommen mit Scientology ein Kommunikations-Handwerkszeug für die zu Führenden geliefert.

39 Ebenda, S. 7.

40 Ebenda, S. 44.

41 Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, S. 68.

42 Rons Org, S. 40.

43 Ebenda, S. 11.

44 Fragen aus dem Testbogen: »45. Fühlen Sie oft, daß Leute Sie beobachten und hinter Ihrem Rücken über Sie sprechen? 46. Geraten Sie immer in Schwierigkeiten? 47. Haben Sie irgendeine bestimmte Abneigung oder Angst? ... 53. Hat ein Unfall oder ein anderes störendes Geschehnis Nachwirkungen auf Sie? ... 71. Setzen Sie sich oft hin und ›grübeln‹ über Tod, Krankheit, Schmerz und Kummer nach? ... 88. Wenn wir in ein anderes Land einmarschieren würden, hätten Sie Verständnis für die Kriegsdienstverweigerer in diesem Land?«

45 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 63.

46 Marx-Engels-Werke (MEW), Bd. 40, S. 539.

47 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 64.

Dieses Handwerkszeug stützt keine Offenbarung und kein Selbstbewusstsein, weder ein entfremdetes und schon gar nicht ein wirkliches. Da die Kirchen und Sekten vielen jungen Menschen den Weg zu einem wirklichen Selbstbewusstsein nicht zeigen können, Scientology aber so tut, als könnte sie dieses Ziel wissenschaftlich und in freundlich glänzender Atmosphäre vermitteln, beginnen diese suchenden Menschen, zunächst noch skeptisch, zu Beginn ihres Kontaktes zu Scientology mit den sogenannten Persönlichkeitstest⁴⁴, der genau die Fragen stellt, die jeder vereinzelte, in seiner Partikularität verhafteter, dabei sensible und kreative Mensch mit Ja beantwortet. So die Frage: »Setzen Sie sich oft hin und ›grübeln‹ über Tod, Krankheit, Schmerz und Kummer nach?« Hier ein Ja angekreuzt und schon ist man mit Scientology im Gespräch. »Ich bewies eher wissenschaftlich, als auf religiöser oder humanitärer Grundlage,« antwortet Ron Hubbard auf die Todesfurcht des modern partikularisierten Menschen eingehend, »dass sich die eigentliche Persönlichkeit vom Körper und vom Sinn willentlich, und ohne körperlichen Tod und Geistesstörung hervorzurufen, trennen lässt.«⁴⁵ Hubbard unterstreicht hier erneut, dass er nicht religiös, sondern in seinem Sinne wissenschaftlich denkt und handelt. Diese Hubbard-Wissenschaft trennt einfach den »Thetan«, also den Geist oder die Persönlichkeit des vereinzelten Menschen von dessen Körper, schon ist der Tod in Klammern gesetzt. Leben und Tod bilden keine Einheit mehr. Wird aber der Tod aus der Einheit zum Leben gelöst, so gibt es auch kein Leben, jedenfalls kein wirklich gegenständliches und sinnliches Leben mehr, das ja nur sinnlich werden kann, wenn es auf andere Menschen, auf die Gesellschaft, bezogen ist. »Das bestimmte Individuum ist nur ein *bestimmtes Gattungswesen*, als solches sterblich.«⁴⁶ Die Kontinuität des menschlichen Gattungswesens existiert, trotz der Sterblichkeit des einzelnen Menschen. Im Tod treffen sich also diese Kontinuität des gesellschaftlichen Seins, des menschlichen Gattungswesens mit der Diskontinuität des Naturseins des einzelnen Gattungsexemplars. Scientology kann diesen Schnittpunkt nur deshalb ignorieren, weil es die Kontinuität des Gattungswesens tatsächlich gibt. Diese Kontinuität wird einfach auf das einzelne Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft übertragen, das lediglich die Kontinuität des Gattungswesens, natürlich als bürgerliche, in sich verinnerlichen muss, schon scheint die Diskontinuität der einzel-menschlichen Natürlichkeit verschwunden zu sein. Gegen seinen ideologischen Hauptfeind gerichtet, den dialektischen Materialismus, sagt Hubbard: »Der gesamte Kult des Kommunismus beruht auf der Annahme, dass man nur einmal lebt, dass nach dem Tode nichts mehr kommt, und dass das Individuum keine religiöse Bedeutung hat. Dieser Zustand liegt auf einem sehr tiefen Niveau, da er jegliche Selbsterkenntnis ausschließt.«⁴⁷ Selbsterkenntnis ist für Scientology nicht die Erkenntnis der Schnittstelle der beschriebenen Kontinuität und Diskontinuität im menschlichen Leben, sondern das »Wissen« von der eigenen Kontinuität als bürgerliche, deren »Thetan« stets in einen neuen einzelnen Körper schlüpft. Der Widerspruch von Gattung und individuellem Gattungswesen wird auf diese Weise gedanklich aufgelöst. Die Todesangst des spätbürgerlichen Subjekts ist aber keine »Kopfanlegenheit«, sondern eine des Seins selbst. Sie ent-

steht durch die Partikularisierung des gesellschaftlichen Seins im Kapitalismus, in dem Konkurrenz statt Gattungsmäßigkeit vorherrscht. Der einzelne Mensch fühlt sich im Widerspruch zum Ganzen. Er wird arbeitslos, entspricht nicht den Anforderungen des Systems, verrichtet monotone und oft menschenunwürdige Arbeit, die er nur leistet, um Geld zu verdienen. Dieses gesellschaftliche Sein produziert Todesangst des einzelnen Menschen, die Hubbard für seine Ideologie nutzt, für die das Sein aber nicht als Sein existiert. Wenn Hubbard »religiöse Bedeutung« sagt, dann meint er den »Thetan«, der ewig lebt und der nie aufhört zu existieren, wenn, ja wenn man sich nicht vom dialektischen Materialismus verleiten lässt, der das Bewusstsein in ständig sich verändernde Beziehungen zur Natur und zum gesellschaftlichen Sein setzt. Der »Thetan« erhält als gattungsmäßiges Geisterwesen »verschiedene Eindrücke, u. a. direkte Bilder des physischen Universums sowie außerdem Eindrücke früherer Aktivitäten und – was am wichtigsten ist – er empfängt, da er dem absoluten Wissen sehr nahe ist, über die Vergangenheit und Zukunft Auffassungen, die von den unmittelbar vorliegenden Reizen unabhängig sind. In seiner Gesamtheit ist der Sinn kein Reiz-Reaktions-Mechanismus, wie es uns die alte marxistische Philosophie glauben machen wollte, und wie es an Universitäten gelehrt wurde.«⁴⁸ Die menschlichen fünf Sinne, die ja organisch an den Körper gebunden sind, muss dieser Hubbard-Idealismus in seiner Bedeutung für unser Leben negieren. Die fünf Sinne, mit denen wir Menschen Ausbeutung, Trauer, Depression, Unterdrückung, Hunger, Elend und Krieg, aber auch Liebe, Lust, Freundschaft und Solidarität sehen, hören, riechen, fühlen und schmecken können, will Scientology gegen einen »Thetan« austauschen, dessen »absolutes Wissen« über Vergangenheit und Zukunft antidemokratisch, aggressiv, rassistisch und antifeministisch ist. Einen toten Menschen gibt es für Scientology nicht, denn es hat auch niemals einen lebendigen, also gegenständlichen Menschen gegeben. Ein sterbender Mensch »exteriorisiert« bei Scientology lediglich. Der »Thetan« verlässt den Körper und kehrt »zu einem Planeten zurück« und sucht sich »einen anderen Körper von der gleichen Rasse und demselben Typ wie vorher«. Sexualität ist dementsprechend keine sinnliche Beziehung zwischen zwei Menschen, sondern sie ergibt sich aus der Tatsache, dass der Mensch »ängstlich darum bemüht ist, für die Zukunft etwas zu schaffen, um etwas zu haben, zu dem der Thetan zurückkehren kann. Daraus ergibt sich auch die Besorgnis um Sex. Für das nächste Leben sollen genügend Körper da sein.«⁴⁹ Da Frauen Kinder als räumliche Hüllen für den Thetan gebären sollen, ist ihre gesellschaftliche Stellung und Aufgabe für Scientology klar definiert. Eine Frau, die es gar wagt, ihr Kind abzutreiben, rutscht auf der menschlichen Werteskala des Ron Hubbard auf die Stufe 1.1.⁵⁰ Und, so Hubbard, »leichte Geburten können nur bei Frauen erwartet werden, die relativ hoch auf der Tonskala sind.«⁵¹ »Der Historiker,« so Hubbard, könne daher »den Punkt, an dem eine Gesellschaft ihren steilsten Niedergang beginnt, genau auf den Augenblick festlegen, an dem die Frau in gleicher Position mit dem Mann an politischen und geschäftlichen Angelegenheiten teilzunehmen beginnt, denn das bedeutet, dass die Männer dekadent und die

48 Ebenda, S. 67.

49 Ebenda, S. 77.

50 » ... jede Frau die ihr Kind abtreibt, befindet sich im Bereich 1,1 oder tiefer...« Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, S. 131.

51 Ebenda.

52 Ebenda, S. 133.

53 Auf dieser Stufe 4: »Nahezu unfallsicher. Keine psychosomatischen Krankheiten. Nahezu immun gegen Bakterien.« Hubbards Tabelle der Einstufung des Menschen.

54 Eine Wissenschaft braucht Termini. Also schuf Hubbard ein ganzes Arsenal solcher Termini, die Kompetenz vermitteln sollen.

55 Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, S. 17.

56 Ron Hubbard: Scientology – Die Grundlagen des Denkens, S. 43.

57 Ron Hubbard: Die Wissenschaft des Überlebens, S. 140.

Frauen nicht mehr Frauen sind.«⁵² Der Kapitalismus ist eine von Männern dominierte Gesellschaft. So soll es in der Vorstellung der Scientology auch bleiben. In dieser Gesellschaft muss keiner sterben, wenn er denn seinen Thetan auf Stufe 4 (»Mest-Clear«⁵³) zu bringen versteht. Auf dieser »Brücke« zu Stufe 4, wo sich »MEST« (physisches Universum)⁵⁴ und Theta harmonisch gefunden haben, sollen die Auditoren ihre Preclears führen. »Theta plus MEST ist gleich Leben.« Jedoch, so Hubbard, »kommen Theta und MEST zu heftig zusammen, so geraten sie in einen Aufruhr, den wir Schmerz nennen.« Da es in der Vergangenheit eines Menschen häufig zu derartig »heftigen Zusammenstößen« kommt, besteht die Aufgabe des Auditors mit Hilfe des E-Meters darin, diese Erlebnisse ausfindig zu machen, um sie zu vernichten. Denn eine Traumatisierung, die ein Mensch erlebt hat, soll nicht geheilt werden, sie soll aus dem »Speicher« gelöscht werden. Ein »Mest-Clear« programmiert sich auf die Gegenwart, indem er sich den persönlichen Erlebnissen und den geschichtlichen Erfahrungen eines Volkes nicht mehr kritisch zuwendet. Gelingt es, durch Programmierung auf die gegenwärtigen Aufgaben (Erfolg, Umsatz, Geld, Sex etc) die Traumatisierung aus der »Festplatte« zu löschen, kann der Mensch in der Tonskala aufsteigen. »Um eine Person auf dieser Tonskala hochzubringen, muss man lediglich Theta aus Entheta (Theta, das zu stark in MEST hineingepresst wird, wird zu Entheta. MEST, das zu stark in Theta hineingepresst wird, wird zu EnMEST) zurückgewinnen oder Entheta in Theta umwandeln – mit anderen Worten, die Aufspeicherungen von Enturbulierung aus dem Leben einer Person entfernen oder dafür sorgen, dass sie nicht mehr restimuliert sind. Ein Auditor versucht nicht, irgendetwas zu heilen. Er hebt einfach die Tonstufe an.«⁵⁵ Die spätbürgerliche Gesellschaft soll sich aber nicht nur auf harte und tollkühne »Clear«-Männer stützen, sondern sie müssen von »weißer Rasse« sein! Denn, so Hubbard, »während man die weiße Rasse als Dritte Dynamik bezeichnen würde, bilden alle Rassen zusammen die Vierte Dynamik.«⁵⁶ Da für Scientology in der »Dritten Dynamik« »Schule, Gesellschaft, Stadt, Nation« gebildet werden und in der »Vierten Dynamik« der »Drang zum Dasein als Menschheit« vollzogen wird, ist klar, dass in den Augen von Scientology die »weiße Rasse« überall dort dominant sein muss, wo es um Macht und Vorherrschaft in der Welt geht. Wie hatte Hitler gesagt? »Die weiße Rasse kann (...) ihre Stellung nur dann praktisch aufrechterhalten, wenn die Verschiedenartigkeit der Lebensstandards in der Welt aufrecht erhalten bleibt.« So sieht das auch Scientology. Der Mensch, der die Tonskala 2,0 nicht erreicht, kann nur »Nörgeln und grobe Kritik« üben und ist dazu noch »unehrlich«, alles in allem ein »Unmensch«, der nur durch den scientologischen »Übermenschen« gerettet werden kann. »Der potentielle Wert jedes Menschen«, so Hubbard, »entspricht einem numerischen Faktor, der seine strukturmäßige Intelligenz und Fähigkeit, multipliziert mit seinem freien Theta in der x-ten Potenz, ausdrückt, unterhalb der Linie 2,0 liegt, einen negativen Wert für die Gesellschaft, ganz ungeachtet seines potentiellen Wertes.«⁵⁷

Bleibt zu hoffen, dass es viele »Nörgler« und »Kritiker« geben wird, die der spätbürgerlichen Weltanschauung von Scientology eine humanistische gegenüber stellen können.

MICHAEL WOLF

Sozialpolitik und Soziale Arbeit jenseits des Wohlfahrtsstaats: Leben auf eigenes Risiko¹

»Verwundbarkeit und Unsicherheit der eigenen Existenz und die Notwendigkeit, Lebensziele unter den Bedingungen akuter und nicht aufhebbarer Ungewißheit zu verfolgen, werden in einer durchschnittlichen modernen Gesellschaft dadurch verstärkt, daß alle Lebensäußerungen den Kräften des Marktes ausgesetzt sind. [...] Der heutige Staat hat mittlerweile seine früheren programmatischen Eingriffe in die vom Markt geschaffene Unsicherheit aufgegeben oder sehr stark eingeschränkt, er hat die Fortdauer und Intensivierung der bestehenden Unsicherheit verkündet.«

Zygmunt Bauman

»Das Tolerieren einer Unterklasse ist wirtschaftlich machbar und politisch risikolos. Aber es verrät eine Bereitschaft, die Grundwerte des Bürgerstatus – gleiche Teilnahmerechte für alle – für eine Kategorie von Menschen außer Kraft zu setzen, wodurch überdies der diesen Werten immanente Anspruch auf eine universale Geltung geschwächt wird. Anders gesagt, wenn wir es zulassen, daß, sagen wir, fünf Prozent der Bevölkerung der Zugang zu unserer Bürgergemeinschaft verwehrt wird, dann sollten wir uns nicht wundern, wenn überall in der Gesellschaft Zweifel an der Gültigkeit unserer Werte aufkommen.«

Ralf Dahrendorf

I

Wir sind Zeugen eines radikalen gesellschaftlichen Umbruchs, dessen längerfristige Konsequenzen noch gar nicht so recht abzusehen sind. Gern will man uns glauben machen, daß mit dem 11. September 2001 die Welt eine andere geworden sei.² Aber es ist nicht der Terrorismus, durch den unsere Zivilisation aus dem Gleichgewicht gerät, sondern es sind die Kräfte, die in ihrem Inneren wirken, die Gesetze des Marktes, denen alles untergeordnet wird. Die gegenwärtige Metamorphose der Gesellschaft stellt sich dar als ein rücksichtsloser Bruch mit ihrer eigenen Geschichte. An die Stelle eines Individuen und Gesellschaft miteinander verbindenden *contrat social*³ tritt zunehmend ein Partikularismus, der sich allein an wirtschaftlichem Erfolg orientiert und dem die Durchsetzung ökonomischer Interessen auch mit den Mitteln »außerökonomischer Zwangsgewalt« (Blanke et al. 1975: 425, 471) als legitim erscheint. Von daher wundert es einen auch nicht, daß mit der ökonomischen Globalisierung auch die Globalisierung der Gewalt Schritt hält. Daß von diesem Gesellschaftsvertrag immer mehr Abstand genommen wird, läßt sich überall erkennen: an der Arroganz, mit der die Apologeten der fundamentalistischen Heilslehre des Neoliberalismus das Gesetz der freien Konkurrenz als das einzige Gesetz, das sie gelten lassen, verkünden und durchsetzen, an dem massenhaften Anstieg der Ar-

Michael Wolf – Prof. Dr. rer. pol., Sozialwissenschaftler, Hochschullehrer für Sozialpolitik und Sozialplanung am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Koblenz. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Hartz IV: ausgrenzende Aktivierung oder Lehrstück über die Antastbarkeit der Würde des Menschen, Heft 194 (Dezember 2006). Kontakt: wolf@fh-koblenz.de

1 Der Beitrag greift Überlegungen auf und vertieft und verbreitert sie, die unter dem Titel »Die neoliberale Restrukturierung personenbezogener sozialer Dienstleistungen. Kritische Notate zur Sozialen Arbeit im schumpeterianischen Workfare State« anlässlich der Fachtagung »Unsere Zukunft als Dienstleister in einem sich wandelnden Umfeld« des Berufsbildungswerkes (BBW) Neuwied am 7. April 2006 vorgetragen wurden.

2 Vgl. aus einer welt-politischen Perspektive kritisch zur These eines ›Geschichts- oder Epochenbruchs‹ bzw. einer ›Zeitenwende‹ Müller (2003).

3 Diese politische Vokabel der Aufklärung ist untrennbar mit Rousseau (1979: 16 ff.) verbunden, der sie in Opposition zu den politischen Theorien des Besitz-

bürgertums einführt und sich für eine Gesellschaftsordnung ausspricht, durch die die Individuen auf der Basis einer freiwilligen Vereinbarung sich zur prinzipiellen und unter bestimmten Umständen aufkündbaren Bereitschaft verpflichten, zum Zwecke der Selbsterhaltung sowie der Erhaltung der Freiheit aller wie auch der Sicherung des Fortbestands des Gemeinwesens, des *corps social*, auf die Durchsetzung persönlicher Freiheiten und Interessen zu verzichten.

4 Zum Kampf um den Normalarbeitstag vgl. immer noch Marx (1977: 279 ff.).

5 Der Sachverhalt, daß die Vergesellschaftung der Produktion von Wohlfahrt in unterschiedlichen Formen erfolgt, die einer je spezifischen Logik unterliegen und zueinander in einer sowohl komplementären als auch konkurrierenden Beziehung stehen können, wird in der sozialwissenschaftlichen Literatur mit den Begriffen ›Wohlfahrtsmix‹ oder ›Wohlfahrtspluralismus‹ umschrieben (vgl. Evers 1990, Evers/Olk 1996).

6 Vgl. hierzu etwa mit Bezug auf Léon Bourgeois, neben Charles Gide wichtigster Protagonist der Bewegung des Solidarismus, mit der sich in Frankreich der Wohlfahrtsstaat Bahn brach, Zoll (2000: 78 ff.) sowie fern Ewald (1993: 462 ff.).

7 Weil sie immer auch Prozesse der Reorganisation der Ökonomie sind, die in aller Regel mit einer Reallokation von Produktionsfaktoren einhergehen, verursachen gesellschaftliche Modernisierungspro-

beitslosigkeit und der Prekarität der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse, an dem Ab- und Umbau der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssysteme, an der wachsenden Zahl von Menschen, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden und denen die Chance auf Teilhabe verwehrt wird. Zugleich wird Abschied genommen von einer Utopie, die seit über 200 Jahren das große Ziel abendländischer Politik war: von einer demokratisch verfaßten Gesellschaft autonomer Individuen, die die Art und Weise ihres Zusammenlebens selbst bestimmen. Im Gegenteil, beschränkt wird ein Weg in einen autoritären Staat, bei dem nicht nur die seit dem späten 18. und frühen 19. Jahrhundert mühsam erkämpften sozialen Errungenschaften wie etwa der Normalarbeitstag⁴ oder die Staat, Wirtschaft und Haushalt miteinander verbindenden⁵ »wohlfahrtsstaatlichen Arrangements« (Kaufmann 1977: 27 ff.) zur Sicherung der Reproduktion der Arbeitskraft bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit zum Beispiel den Gesetzen des Marktes geopfert werden, sondern bei dem auch die Leidtragenden dieser Entwicklung, die sogenannten Modernisierungsverlierer, intensiver gesellschaftlicher Kontrolle und verschärfter staatlicher Repression ausgesetzt sind. Hierbei kommt der Sozialpolitik und der Sozialen Arbeit, gewissermaßen von ihren ursprünglich solidarischen Füßen⁶ auf den nunmehr sozialdarwinistischen neoliberalen Kopf gestellt, eine zentrale Schlüsselstellung zu, indem sie, statt die Sicherung der Existenz zu gewährleisten, fortan subjektive Unsicherheit und Verunsicherung zur Grundlage der von ihr im Einklang mit den Verfechtern der neoliberalen Heilslehre geforderten Eigenverantwortung erhebt.

Wenn wir verstehen wollen, wie dieser sich derzeit in vielen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften zutragende Formwandel des Staates herauszubilden vermochte, der beschrieben werden kann als Übergang vom keynesianischen Welfare State zum schumpeterianischen Workfare State, und welche Konsequenzen hiermit für die Sozialpolitik und die Soziale Arbeit einerseits und die davon negativ betroffenen Individuen⁷ andererseits verbunden sind, dann ist wenigstens auf die folgenden drei Punkte etwas genauer einzugehen. *Zum ersten* (Kap. II) ist in groben Zügen zu umreißen, welches Verständnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit den angestellten Überlegungen zugrunde liegt und in welchem Verhältnis beide zueinander stehen. *Zum zweiten* (Kap. III) wird sich näher mit der Entwicklungsdynamik und den Strukturveränderungen jener hier in Rede stehenden konkret-historischen Gesellschaftsformationen zu befassen sein, die im Vokabular der sogenannten französischen Regulationsschule als Übergang von der fordistischen zur postfordistischen Gesellschaftsformation analysiert und theoretisiert werden. *Zum dritten* (Kap. IV) ist nach den Konsequenzen zu fragen, die sich aus dem Formwandel des Staates vom Welfare State zum Workfare State für die Sozialpolitik allgemein und die personenbezogenen sozialen Dienstleistungen im besonderen ergeben. Verdeutlicht werden soll dies am Fall der Bundesrepublik Deutschland, die unter dem Euphemismus »aktivierender Staat« das propagiert, was im angelsächsischen Sprachraum als Workfare State bezeichnet wird. Hierbei wird die Plausibilisierung der These im Vordergrund stehen, daß an die Stelle der bisherigen politischen Programmatik der Gewährlei-

stung von Chancen gesellschaftlicher Teilhabe durch wohlfahrtsstaatliche (Re-)Integrationsmaßnahmen die neoliberale Praxis der sozialpolitischen Produktion und Verwaltung sozialer Ausgrenzung getreten ist, was letztlich für die Soziale Arbeit nichts anderes bedeutet, als selbst einem Prozeß der institutionellen Ausgrenzung unterworfen zu sein.

II

Wirft man einen Blick auf die Geschichte des Wohlfahrtsstaats, eigentlich wäre hier der Plural angezeigt, weil es wegen der nationalen Unterschiede in den politisch-sozialen Machtverhältnissen, den weltanschaulich-politischen Vorstellungen der zentralen Akteure und den jeweiligen institutionellen Arrangements »den« Wohlfahrtsstaat nicht gibt⁸, dann zeigt sich, daß dieser, und zwar ungeachtet des Plurals, entstanden ist als historisch notwendige politische Antwort auf negative Auswirkungen des Umbruchs von der feudalen, agrarisch-handwerklich geprägten Gesellschaft zur kapitalistisch-industriellen Gesellschaft. Für das Verständnis von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit, beides ja Formen, in denen der Wohlfahrtsstaat seinen institutionellen Niederschlag gefunden hat, ist damit zwar ein erster Anhaltspunkt gegeben, der jedoch für deren analytische Durchdringung nicht hinreicht. Hierzu bedarf es eines funktionalen Referenzpunktes, von dem aus sich beide theoretisch bestimmen lassen. Aus einer gesellschaftstheoretisch fundierten Perspektive scheint ein solcher Referenzpunkt zweifellos die staatliche Bearbeitung des mit der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ökonomie aufgeworfenen Dauerproblems der Sicherung der Reproduktion von Arbeitskraft zu sein. Zur Bearbeitung dieses Problems hat der Wohlfahrtsstaat ein Set von Programmen, Institutionen und Prozeduren herausgebildet, mit deren Hilfe er einerseits umfangreiche Ressourcen in Form von Steuern und Beiträgen an sich zieht und andererseits diese seiner Klientel in Form von Infrastruktur-, Geld-, Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung stellt. Dem liegt die folgende Beobachtung zugrunde.

In einer nach dem Prinzip kapitalistischer Warenproduktion organisierten Ökonomie ist die individuelle Existenzsicherung der Arbeitskraftbesitzer strukturell mit Lohnarbeit als dem Normalmodus der Arbeitskraftreproduktion verknüpft. Das heißt, in der Regel sind Arbeitskraftbesitzer gehalten, ihre Arbeitskraft auf einem eigens dafür vorgesehenen Markt, dem Arbeitsmarkt, zu verkaufen, um über den Weg des Tausches Arbeitskraft gegen Lohn ihre Reproduktion sicherstellen zu können. Deswegen erscheint ihnen die Gefährdung der Tauschvoraussetzungen etwa wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Behinderung, Alter oder fehlender Qualifikation auch als Gefährdung der Arbeitskraftreproduktion selbst. Da, soziologisch gesehen, nun wenig dafür spricht, daß subsistenzmittellose Individuen gewissermaßen spontan oder aber allein aufgrund des »stumme[n] Zwang[s] der ökonomischen Verhältnisse« (Marx 1977: 765) ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt zum Kauf anbieten, ist die Lohnarbeiterexistenz eine höchst unwahrscheinliche, das heißt sozial und kulturell äußerst voraussetzungsvolle Form menschlicher Existenz, die in aufwendigen Prozessen auf der Ebene der Sozialintegration als »Pflicht normiert«

zesse zumeist Kosten, die von den Betroffenen unter Umständen als höchst schmerzvoll erfahren werden. Dies heißt aber nicht, es gäbe nur Modernisierungsverlierer. Es gibt auch Modernisierungsgewinner. Allerdings gilt es hierbei zu beachten, daß der Status des Gewinners bzw. des Verlierers nicht ein für allemal festgeschrieben ist, weil, spieltheoretisch formuliert, die pay-offs sozialen Handelns, also dessen Gewinne und Verluste, nicht nur sozial, sondern auch zeitlich ungleich verteilt sind, so daß im Zeitablauf aus kurzfristigen Gewinnern auch langfristige Verlierer wie umgekehrt aus kurzfristigen Verlierern auch langfristige Gewinner werden können.

8 Im Hinblick auf die Entstehung und Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten vgl. statt anderer Alber (1982) und Flora et al. (1977), hinsichtlich des Versuches, Gruppen ähnlicher nationaler Wohlfahrtsstaaten zu systematisieren, die einflußreiche Studie von Esping-Andersen (1990), ferner Kaufmann (2003), Schmidt (1998) sowie die Beiträge in Lessenich/Ostner (1998) zur Kritik und Weiterentwicklung der von Esping-Andersen entwickelten Typologie.

9 Zum strukturellen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Reproduktionsnormalität und Diskriminierung ihrer Abweichungen durch Sozialpolitik vgl. AG Sozialpolitik (1986).

und auf der Ebene der Systemintegration als »Zwang installiert« (vgl. *Offe* 1983: 51) werden muß, wenn sie eine zentrale Rolle bei der Organisation der persönlichen Existenz spielen soll.⁹

Mit Bezug auf diesen Hintergrund können beide, Sozialpolitik und Soziale Arbeit, begriffen werden als politisch institutionalisierte Reaktion auf das für kapitalistisch-marktförmig verfaßte Gesellschaften stets prekäre Problem der gesellschaftlichen Verallgemeinerung des Lohnarbeitsverhältnisses, das zwei Seiten umfaßt. *Zum einen* geht es um die Sicherstellung jenes Kommodifizierung genannten Prozesses, durch den mittels repressions-, sozialisations- und protektionspolitischer Programme, Maßnahmen und Institutionen menschliche Arbeitskraft zur Ware und damit zum Gegenstand von Tauschhandlungen wird. In diesem Zusammenhang wären zu nennen die Kriminalisierung und Verfolgung von alternativen, aber nicht unbedingt legalen oder zumindest sozial geachteten Reproduktionsmöglichkeiten wie Bettel, Diebstahl, Raub oder Prostitution, die staatlich organisierte Vermittlung von die Akzeptanz der Lohnarbeiterexistenz befördernden Normen und Werten sowie die Minimierung des am Arbeitsmarkt zwischen Nachfragern und Anbietern bestehenden Machtgefälles. *Zum anderen* geht es um die Sicherstellung jenes De-Kommodifizierung genannten Prozesses, durch den vornehmlich mittels gesundheits- und transferpolitischer Programme, Maßnahmen und Institutionen a) die Marktgängigkeit von Arbeitskraft beständig aufrechterhalten beziehungsweise wiederhergestellt wird und durch den b) dem Verkaufszwang von Arbeitskraft institutionelle Grenzen gesetzt werden wegen vorübergehender Beschädigung (z. B. Krankheit) oder dauerhafter Entbehrlichkeit (z. B. Arbeitslosigkeit, Alter) oder wegen anderweitigen gesellschaftlichen Bedarfs (z. B. Aufzucht).

10 Formell gesehen, ist den Arbeitskraftbesitzern selbstverständlich freigestellt, ob sie ihre Arbeitskraft verkaufen wollen oder nicht. Im entgegengesetzten Falle wären sie einem Zwangsarbeitsverhältnis unterworfen, einem Arbeitsverhältnis also, das die Organisationsform der ›freien‹ Lohnarbeit auflösen würde.

11 Der Grundsatz der Nachrangigkeit besagt im Kern, daß an erster Stelle alle eigenen Möglichkeiten des Einsatzes der Arbeitskraft, des Einkommens und des Vermögens und sodann die reproduktionssichernden Leistungen anderer gesellschaftlicher (Familie) und staatlicher Instanzen auszuschöpfen sind, bevor die Reproduktionssicherung zum Gegenstand der nach

Mit anderen Worten: Mittels Sozialpolitik und Sozialer Arbeit wird das Lohnarbeitsverhältnis gesellschaftlich verallgemeinert und zugleich individuell annehmbar gestaltet, und zwar indem sie einerseits die marktförmige Verausgabung von Arbeitskraft erzwingen und andererseits selektiven Dispens vom Verkaufszwang erteilen. Da dies jeweils mit Mitteln und in Formen und Ausmaßen erfolgt, die den Wandlungen der politisch-ökonomischen Rahmenbedingungen geschuldet sind, bedeutet dies, daß sich Sozialpolitik und Soziale Arbeit in Wellen bewegen der Erzwingung (Kommodifizierung), der temporären Suspendierung (De-Kommodifizierung) und der Rückkehr zur Erzwingung (Re-Kommodifizierung) des Tausches Arbeitskraft gegen Lohn. Beide erfüllen hierbei drei Kernfunktionen: sie sichern *ökonomisch* die Reproduktion der Arbeitskraft, *politisch* die Reproduktion des loyalen Stimmbürgers und *sozio-kulturell* die Aufrechterhaltung einer als gerecht angesehenen Sozialordnung.

Indem Sozialpolitik und Soziale Arbeit Reproduktionsprobleme bearbeiten, sind sie gewissermaßen definitionsgemäß mit faktischen oder potentiellen Abweichungen von einer als gegeben unterstellten Reproduktionsnormalität befaßt, einer Normalität im Sinne einer sowohl empirisch beobachtbaren Regelmäßigkeit als auch einer verbindlich geforderten sozialen Verhaltensregel. Da eine »Norm all jenes abwertet, was auf sie bezogen nicht als normal gelten darf« (*Canguilhem* 1977: 163), sind mit ihrer Setzung stets auch gesell-

schaftliche Selektionsprozesse verbunden, aufgrund deren Abweichungen vom Normalen je nach Umstand integriert oder ausgegrenzt werden. Mit Bezug auf die Lohnarbeit heißt dies: Hat Lohnarbeit einmal den Status von Normalität erlangt, so bedarf jede Abweichung ihr gegenüber der Rechtfertigung. Je weniger dies gelingt, je weniger also die Abweichungen von der Normalität der Erwerbsarbeit als normale, das heißt als gesellschaftlich legitimierte Suspendierung etiketierbar sind, desto mehr werden sie ausgegrenzt, und zwar je größer Maß und Dauer der Abweichungen sind. (vgl. *AG Sozialpolitik* 1986)

Hieran wird deutlich: Sozialpolitik und Soziale Arbeit stehen zur Reproduktionsnormalität Lohnarbeit in einer Regel-Ausnahme-Beziehung, insofern durch sie allgemein verbindlich geregelt wird, welche Personenkategorien bei welchen Tatbeständen von welchem Zeitpunkt an für welche Zeitspanne mit welchen Statusrechten und welchen materiellen Folgen von der faktischen Pflicht¹⁰ zur Teilnahme am Arbeitsmarkt entbunden werden. Gleichwohl läßt sich bezüglich dieser Regel-Ausnahme-Beziehung ein bedeutsamer Unterschied feststellen, der es rechtfertigt, Sozialpolitik als reguläre und Soziale Arbeit als irreguläre Form der Ausnahme zu bezeichnen. Der über den Grundsatz der Nachrangigkeit vermittelte Unterschied zeigt sich darin, daß Sozialpolitik der Standardfall und Soziale Arbeit der Sonderfall der Abweichung von der Reproduktionsnormalität Lohnarbeit als Leitbild gilt. Mithin stellt Soziale Arbeit bezüglich Sozialpolitik eine Ausnahme ersten und bezüglich der Reproduktionsnormalität Lohnarbeit eine Ausnahme zweiten Grades, das heißt eine Ausnahme von der Ausnahme dar.¹¹

Im Falle der Bundesrepublik Deutschland hat sich nun ein hierarchisch gestuftes zweistöckiges Sicherungs- und Unterstützungssystem herausgebildet, in dem die Bewältigung der wohlfahrtsstaatlichen Aufgaben arbeitsteilig erfolgt durch die wechselseitige Verknüpfung zweier distinkter institutioneller Kontexte. Der ›Oberstock‹ oder die ›Beletage‹ des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaats, in dem sich vornehmlich die Institutionen der Sozialversicherung befinden, ist zuständig für die Bearbeitung der allgemeinen Risiken, das heißt der Standardrisiken wie Alter, Pflegebedürftigkeit, Krankheit, Invalidität und Arbeitslosigkeit. Die Sozialpolitik ist hierbei darauf gerichtet, mittels ihrer Leistungen ihre Adressaten zu einer Lebensführung zu veranlassen und zu befähigen, die ihnen als selbständige zugerechnet wird. Demgegenüber sind den Institutionen des ›Unterstocks‹ (*Schäfer* 1966: 67) oder des ›Parterres‹ des Wohlfahrtsstaats, der Sozialen Arbeit, jene individuellen, familiären und sonstigen besonderen Aufgaben übertragen, die vom ›Oberstock‹ nicht in Form standardisier- und versicherbarer Leistungen bearbeitet werden können.¹² Im Gegensatz zur Sozialpolitik überläßt Soziale Arbeit als »personenbezogene soziale Dienstleistung« (vgl. grundlegend *Bauer* 2001) ihren Adressaten jedoch nicht selbst die Bearbeitung der Einschränkungen der selbständigen Lebensführung, sondern sie greift aktiv in den Prozeß der Bearbeitung besagter Einschränkungen ein. Soziale Arbeit läßt sich mithin begreifen als eine institutionalisierte Form wohlfahrtsstaatlichen Handelns, das bezogen ist nicht auf die Standardrisiken selbst, sondern auf die Folgerisiken von deren unzureichender Absicherung. Hierbei ist, systemtheoretisch gespro-

dem Fürsorgeprinzip organisierten wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungsleistungen wird.

12 Vgl. hierzu auch Leibfried/Tennstedt (1985), die mit ihrer Entgegensetzung von »Armenpolitik und Arbeiterpolitik« den gleichen Sachverhalt von ›Unter- und Oberstock‹ ansprechen, oder auch, in systemtheoretischer Perspektive, die Differenzierung zwischen Erst- und »Zweitsicherung« von Bommes/Scherr (2000: 140) sowie ferner Gerstenberger, die auf die zentrale politische Bedeutung der Institutionalisierung der Sozialversicherung hinweist, mit der eine »hoheitliche Scheidung« (Gerstenberger 1981: 43) der ›superioren‹ Arbeiter von den ›inferioren‹ Armen vollzogen wurde. Eine Scheidung, die ihren ›Hebel‹ an den verhaltenssteuernden Momenten des Strebens nach Reputierlichkeit (Aufstiegsorientierung) und sozialer Distinktion (Abstiegsvermeidung) anzusetzen vermag. Was Brückner für die Bevölkerungsmassen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konstatiert, gilt heute noch ungeschmälert: »Nicht arm, nicht Objekt solcher scherbengerichtartigen Fürsorge zu werden, nicht in die Randgruppe der ›drop out's‹ zu stürzen, wurde zur permanenten Sorge breiter Bevölkerungsschichten. Wer nichts als seine Arbeitskraft anzubieten hat [...], kann dieser ›Sorge‹ nie ganz entrinnen. Sie motiviert zur zäh festhaltenden Affirmation an Merkmale der ›Herrenschicht‹ – und nicht nur, weil Reputation die Abwesenheit jenes Randgruppen-Elends ausdrückt oder Arbeiter gegen das ›Lumpenproletariat‹ abgrenzt.« (Brückner 1973:

22)

13 Es ist im Grunde unzulässig, von ›dem‹ Regulationsansatz zu reden, da unterschieden werden kann zwischen einer werttheoretischen Variante mit Aglietta und einer preistheoretischen Variante mit Boyer als den wohl jeweils namhaftesten Vertretern; vgl. hierzu die profunde Arbeit von Hübner (1990).

14 Beispiele hierfür wären etwa für eine extensive Akkumulation ohne Massenkonsumtion: Frankreich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts; für eine intensive ohne: die USA zwischen den beiden Weltkriegen, für eine intensive mit: Westeuropa und die USA seit den 1950er Jahren und für eine extensive mit: die USA seit Mitte der 1960er Jahre, so Hübner (1990: 144) mit Bezug auf Boyer.

15 Da Stabilität und Kohärenz lediglich ›Fluchtpunkte‹ des historischen Prozesses darstellen, sind sie nur zu definieren als dynamischer Gleichgewichtspfad bzw. als Entwicklungspfad mit den geringsten Strukturspannungen.

16 Vgl. den verdichteten Überblick von Lipietz (1985).

17 Der Begriff »Normalarbeitsverhältnis« verdankt sich den erhellenden Überlegungen Mückenbergers (1985; 1986), der damit ein Arbeitsverhältnis charakterisiert, das dauerhaft und kontinuierlich ist, auf Vollzeitbasis erfolgt sowie Qualifikation voraussetzt und an das die geltende Arbeits- und Sozialordnung vorteilhafte Schutz- und Gewähr-(leistungs)funktionen knüpft. Da der Begriff zwei gesellschaftlich wirksame Aspekte

chen, zwischen Exklusionsvermeidung, Inklusionsvermittlung und Exklusionsverwaltung als grundlegenden Funktionen Sozialer Arbeit (vgl. *Bommes/Scherr* 1996) zu unterscheiden. Folgt man dieser Beschreibung Sozialer Arbeit, dann wird klar, daß Soziale Arbeit nicht in der Lage ist, ihre Aufgaben autonom zu bestimmen. Sie wird vielmehr geprägt von den für die Sozialpolitik relevanten politisch-administrativen Strukturen und den sie begründenden Normen. Denn diese legen für die Soziale Arbeit den sowohl organisatorisch-institutionellen als auch ressourcenmäßigen Rahmen fest, innerhalb dessen ihre Aufgabenerfüllung organisiert wird. Infolgedessen sind Umstellungen in der Programmatik des Wohlfahrtsstaats unmittelbar folgenreich für das, was Soziale Arbeit zu leisten vermag.

III

Es wurde einleitend darauf hingewiesen, daß für das Verständnis des sich gegenwärtig vollziehenden Formwandels des Staates vom Welfare State zum Workfare State es erforderlich ist, sich mit der gesellschaftlichen Entwicklungsdynamik und den Strukturveränderungen jener ›Fordismus‹ und ›Postfordismus‹ genannten konkret-historischen Gesellschaftsformationen und insbesondere mit den krisenhaften Übergangsprozessen zwischen diesen näher zu befassen. Dies soll im folgenden in der hier gebotenen Kürze geschehen.

Bei der Analyse kapitalistischer Gesellschaften unterscheidet ›der‹ Regulationsansatz¹³ zwischen Akkumulationsregimen einerseits, das heißt einem als gesellschaftliche Norm gefaßten spezifischen Modus von Produktions- und Konsumtionsbedingungen, und Regulationsweisen andererseits, das heißt institutionalisierten Formen der Verhaltenskoordination. Zu den Akkumulationsregimen zählen vor allem die phasenspezifisch unterschiedlichen Strategien der Kapitalverwertung und Mehrwertproduktion, die Organisationsstrukturen des Arbeits- und Produktionsprozesses, die damit verbundenen spezifischen Reproduktions- und Konsumtionsmuster sowie die mit der Aufteilung des Wertprodukts in Löhne, Profite und Steuern einhergehenden Konkurrenz- und Konfliktverhältnisse. Hierbei können Akkumulationsregime historisch wie national spezifische Formen annehmen, je nachdem, ob es sich um eine extensive oder intensive Akkumulation mit oder ohne Massenkonsumtion¹⁴ handelt. Damit die im Grunde instabilen und konfliktreichen Akkumulationsregime sich im Zeitablauf relativ dauerhaft und kohärent reproduzieren können¹⁵, sind sie auf institutionelle Formen wie etwa politisch-rechtliche Regelsysteme, gesellschaftlich institutionalisierte Kompromisse sowie soziokulturelle Normen- und Wertesysteme angewiesen, die die ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen regeln und die in ihrer Gesamtheit eine in sich ebenfalls widersprüchliche und konfliktreiche Regulationsweise darstellen. Obwohl Akkumulationsregime und Regulationsweise in einem eigentümlichen und äußerst widersprüchlichen Verhältnis zueinander stehen, bilden sie aber doch als relativ einheitlicher Funktionszusammenhang einen spezifischen Vergesellschaftungsmodus, worin sich die gesellschaftlichen Widersprüche dynamisch bewegen können.¹⁶

Mit dem als »Fordismus« bezeichneten Vergesellschaftungsmodus ist nun jene Gesellschaftsformation thematisch, die sich in etwa datieren läßt von den 30er Jahren bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. In ökonomischer Hinsicht betrachtet, beruhte das sie charakterisierende Akkumulationsregime auf einer tayloristischen, das heißt hochgradig arbeitsteilig und technologisch effizient organisierten industriellen und standardisierten Produktion von Massenkonsumgütern (»economies of scale«) durch relativ gering qualifizierte Arbeitskräfte und einer dieser korrespondierenden Massenkonsumtion infolge der Verallgemeinerung des Lohnarbeitsverhältnisses. Unter diesen Produktions- und Konsumtionsbedingungen entwickelte sich eine spezifische Regulationsweise beziehungsweise Form des Staates, der unter dem Etikett »keynesianischer Welfare State« von sich reden machte und dessen wesentlichen Spezifika insbesondere die folgenden sind:

- hohes Wirtschaftswachstum,
- nationalstaatlich relativ geschlossener und regulierter Finanzsektor,
- stetige Steigerung des Reallohneinkommens,
- Existenz starker Gewerkschaften,
- Etablierung korporatistischer Arrangements zwischen Staat, Kapital und Arbeit, insbesondere zur Begrenzung von Lohnkämpfen im Hinblick auf die Sicherung von Vollbeschäftigung,
- staatliche Sicherstellung von Vollbeschäftigung durch Umverteilung zugunsten der Nachfrageseite zum Zwecke der Stimulierung der Massenkaukraft,
- kontinuierliche Erweiterung von wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssystemen,
- fortschreitende De-Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft durch eine zunehmende Institutionalisierung sozialer Bürgerrechte,
- forciertes Ausbauen der Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Insgesamt war die keynesianisch-wohlfahrtsstaatliche Regulationsweise gerichtet auf eine Homogenisierung der ökonomisch-sozialen Lebensbedingungen, die ihren sichtbarsten Ausdruck wohl in dem normativen Leitbild des »Normalarbeitsverhältnisses« (Mückenberger 1985; 1986)¹⁷ fand, sowie auf die Befriedung ökonomisch-sozialer Konflikte durch den Ausbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungs- und Unterstützungssysteme gegenüber den Reproduktionsrisiken einer kapitalistisch-marktförmig verfaßten Gesellschaft.

Vergleichbar mit den anderen »großen Krisen«¹⁸ in der Geschichte des Kapitalismus, zeichnete sich mit der Internationalisierung der ökonomischen Krisenerscheinungen Mitte der 1970er Jahre in dem existierenden Vergesellschaftungsmodus ein Strukturbruch ab, der zum Ausdruck brachte, daß die Wachstumsdynamik des fordistischen Akkumulationsregimes im Rahmen der keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulationsweise an Grenzen gestoßen war, was eine Restrukturierung des Verhältnisses von Akkumulationsregime und Regulationsweise erforderlich machte, um die Voraussetzungen zu schaffen für einen erneuten langfristigen ökonomischen Aufschwung. Dies hatte zur Folge, daß sich der enge Konnex von Ak-

von Lohnarbeit als dem kapitalistischen Normalmodus der Arbeitskraftreproduktion ausdrückt: nämlich zum einen das Faktische im Sinne einer empirisch beobachtbaren Regelmäßigkeit und zum anderen das Geltende im Sinne einer verbindlich geforderten sozialen Verhaltensregel – denn das »Normale bedeutet [...] sowohl Verbreitung wie Demonstration der Norm« (Canguilhem 1977: 163) –, ist es wichtig auseinanderzuhalten, daß das in bezug auf eine Norm genannte Faktum mit eben dieser Norm nicht deckungsgleich ist. Soll heißen, daß das empirische Normalarbeitsverhältnis nicht identisch ist mit seinem normativen Leitbild. Eine Differenz, die bei der Rede von der »Erosion« des Normalarbeitsverhältnisses zumeist übersehen wird, so als ob nach Beendigung des Erosionsprozesses kein Normalarbeitsverhältnis mehr bestünde. Was unter der Voraussetzung des Fortbestehens der kapitalistischen »Basisinstitutionen« (vgl. Müller et al. 1978: 11 ff.) jedoch gleichwohl zu erodieren vermag, ist das jeweils herrschende normative Leitbild.

18 Man spricht für gewöhnlich von »kleinen Krisen« und von »großen Krisen«. Beim ersten Typus der Zuspitzung und Entschärfung von Widersprüchen handelt es sich um adaptive Prozesse innerhalb der von der Produktionsweise vorgegebenen Form bzw. um, regulations-theoretisch gesprochen, »Krisen *innerhalb* der Regulation« (Lipietz 1985: 113). Beim zweiten Typus hingegen entfalten sich die Widersprüche in einer Weise, bei der die strukturellen Formen der gesellschaftli-

chen Reproduktion, innerhalb deren sich die Widersprüche bewegen, mehr oder minder tiefe Brüche erleiden. In diesem Fall spricht die Regulationsschule auch von »Krisen der Regulation« (ebd.). »Große Krisen« fallen demnach zusammen mit den Depressionen der etwa 50 bis 60 Jahre währenden sog. Kondratieff-Zyklen, wie sie in der Theorie der »langen Wellen« über langfristige Entwicklungstendenzen des Kapitalismus beschrieben werden; vgl. statt vieler Altwater (1982), Mandel (1983).

19 Zunächst in Chile unter Augusto Pinochet, der die sog. Chicagoboyes um Milton Friedman, den Vordenker des Monetarismus, nach Santiago holte, um die chilenische Wirtschaft nach den neuen Maßstäben umzugestalten, dann in den USA unter Ronald Reagan, der in radikaler Ausübung eines Laissez-faire-Kapitalismus (Reagonomics) eine völlige Umorientierung hin zu einer reinen Angebotsökonomik herbeiführte, sowie in Großbritannien unter Margaret Thatcher, die ihren Feldzug gegen den Wohlfahrtsstaat und die Gewerkschaften (Thatcherism) unter das Motto »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« stellte. Mittlerweile sind neoliberale Programme zu Leitbildern der gesamten europäischen Politik avanciert, wobei unter dem Einfluß von Weltbank und Internationalem Währungsfonds insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern der Umbau der Steuer-, Finanz- und wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssysteme nach neoliberalen Mustern erfolgte.

kumulation, Wohlfahrtsstaat und Massenkonsumtion, der das »goldene Zeitalter« des Fordismus charakterisierte, zunehmend auflöste. Aus der krisenhaften Zuspitzung der ökonomischen und politischen Entwicklungen, die sich in einem Syndrom aus einer anhaltenden ökonomischen Wachstumsschwäche mit hoher Massenarbeitslosigkeit, einem deutlichen Legitimationsschwund des politischen Systems und einer mit sozialen Ausgrenzungsprozessen einhergehenden Vertiefung sozialer Ungleichheiten bündelte, erwuchs das Projekt der neoliberalen Rekonstruktion der Gesellschaft, dessen Konturen in den 1980/90er Jahren immer deutlicher wurden.¹⁹ Es formulierte eine Strategie zur Überwindung der Krisenphänomene, die im öffentlichen Diskurs erfolgreich präsentiert wurde als ein aus der Logik der kapitalistischen Entwicklungsdynamik resultierender unabwendbarer »Sachzwang«.²⁰

Der von den neoliberalen Apologeten als »Lösung« propagierte Vergesellschaftungsmodus unterscheidet sich in zentralen Punkten von dem an seine Grenzen geratenden fordistischen Modell der Vergesellschaftung. In ökonomischer Hinsicht besteht die »Lösung« bezüglich des Akkumulationsregimes in einer auf der technologischen Grundlage der Mikroelektronik als zentraler »Basisinnovation« (Mensch 1977: 56 ff.) enorm flexibilisierten und spezialisierten Produktion von Massenkonsumgütern mit der Möglichkeit der schnellen Anpassung an die Konsumentenmärkte (»economies of scope«) durch sowohl hoch- wie auch geringqualifizierte Arbeitskräfte in den Kern- beziehungsweise Randbereichen der Produktion und einer infolge der Segmentierung und Polarisierung der Beschäftigtenstruktur in Teilbereichen steigenden konsumtiven Nachfrage. Dieser Restrukturierungsprozeß vollzieht sich im Kontext der »Globalisierung«²¹ genannten Internationalisierung von Produktion und Finanzmärkten auf der Basis sukzessiv deregulierter und liberalisierter Waren-, Dienstleistungs-, Finanz- und Kapitalmärkte, und zwar mit dem Ergebnis, daß die weltweite Entgrenzung der Wirtschaftsräume den noch immer als Nationalstaat verfaßten und damit nach innen gerichteten Wohlfahrtsstaat zwingt, sich in einen Staat umzuwandeln, dessen prioritäre Aufgabe darin besteht, durch Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen, sprich »Standortpolitik«, den inter- beziehungsweise transnational operierenden Unternehmen günstige Verwertungsvoraussetzungen zu schaffen. Und das heißt, dem global immer flexibler agierenden Kapital das zu bieten, was es sucht: niedrige Steuern, Sozialabgaben und Löhne.

Will man den neoliberalen Marktfundamentalisten Glauben schenken, denen bekanntlich jeglicher Staatsinterventionismus als ein den Markt lähmendes Gift erscheint, so stellt in der globalisierten Standortkonkurrenz der Nationalstaaten der Staat alter Prägung, insbesondere dessen wohlfahrtsstaatliche Sicherungs- und Unterstützungssysteme, einen kostspieligen Wettbewerbsnachteil dar. Aus diesem Grunde werden die »Evangelisten des Marktes« (Dixon 2000) nicht müde, unter der Signatur der Globalisierung einen Staat zu fordern, der sich aus der Sphäre der Ökonomie vor allem als regulierender und intervenierender Staat zurückziehen und sich auf die Gewährleistung optimaler Verwertungsbedingungen zu beschränken habe, was in concreto heißt, Märkte zu deregulieren, öffentliche Lei-

stungen und Funktionen zu privatisieren, wohlfahrtsstaatliche Ausgaben zu senken und individuelle Rechtsansprüche zu beschneiden, um nur einige der angepriesenen therapeutischen Antidots zu nennen. Unter diesen Bedingungen bildete sich in den letzten Jahren eine neue Regulationsweise beziehungsweise Form des Staates heraus, der im sozialwissenschaftlichen Diskurs unter dem Kürzel des »nationalen Wettbewerbsstaats« (*Hirsch* 1998) beziehungsweise des »schumpeterianischen Workfare State« (*Jessop* 1994) analysiert wird. Beide in der Denktradition des Regulationsansatzes stehenden Konzepte zielen zwar in die gleiche Richtung, betonen allerdings unterschiedliche Aspekte des Formwandels. Während Hirsch den in Rede stehenden Formwandel als Übergang vom »Sicherheitsstaat« zum »nationalen Wettbewerbsstaat« beschreibt und hierbei vorrangig auf die Außendimension der Restrukturierung der Regulationsweise abstellt, d. h. auf die strukturelle Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Ökonomie im Kontext der Globalisierung, akzentuiert Jessop mit dem Begriff »workfare state« vorrangig deren Binnendimension.

Charakterisiert ist diese neue Form des Staates durch die folgenden Merkmale:

- schwaches bis mittleres Wirtschaftswachstum,
- deregulierte und globalisierte, das heißt nationalstaatlich entgrenzte Finanzmärkte,
- real sinkende Masseneinkommen,
- Existenz geschwächter Gewerkschaften,
- teilweise politische Ausgrenzung der Gewerkschaften und Stilisierung zu Sündenböcken für die desolate Wirtschafts- und Beschäftigungslage,
- Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und Prekarisierung der Lohnarbeitsverhältnisse,
- fortschreitender Abbau von wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssystemen,
- verstärkte (Re-)Kommodifizierung der Ware Arbeitskraft durch Aushöhlung sozialer Bürgerrechte,
- Verschlankung des Staates durch Reorganisations- und Privatisierungs- beziehungsweise Vermarktlichungsmaßnahmen.

Im Vergleich zur keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulationsweise kann mithin die des schumpeterianischen Workfare State betrachtet werden als eine, mit der der vormals existierende Klassenkompromiß zwischen Kapital und Arbeit aufgekündigt und durch ein neues Regime herrschaftlicher Ungleichheit ersetzt wird. Dies erfolgt gewissermaßen durch eine Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Ökonomie, nach der der Staat die Freiheit des Marktes nicht mehr länger zu definieren und zu überwachen hat. Der Staat hat nun vielmehr eine Entwicklung zu fördern und zu exekutieren, mit der der Markt selbst zum organisierenden und regulierenden Prinzip des Staates wird und bei der die Regierung zu einer Art Unternehmensleitung einer Aktiengesellschaft²² mutiert, deren Aufgabe in der Universalisierung des Wettbewerbs und der Generalisierung des Ökonomischen besteht. Begründet wird all dies vor allem mit Rekurs auf die als naturgesetzlicher ›Sachzwang‹ inszenierte Weltmarktkonkurrenz einerseits und mit dem Hinweis auf den Wohlfahrtsstaat als dem Haupthindernis in der internationalen Konkur-

20 Es gilt bei der Sachzwangrhetorik daran zu erinnern, daß nicht Krisen ›an sich‹, sondern deren spezifische Wahrnehmung und Deutung durch die politischen Akteure den Handlungsdruck erzeugen, den man ihnen interessengeleitet, d. h. zur Legitimation des eigenen Handelns, hypo-stasierend zuschreibt.

21 ›Globalisierung‹ fungiert in öffentlichen und wissenschaftlichen Diskursen vielfach geradezu als Schlüsselbegriff für etwas gänzlich Neues. Diese Auffassung ist zwar nicht völlig falsch, aber auch nicht völlig richtig. Denn das, was gemeinhin ›Globalisierung‹ genannt wird, nämlich die zunehmende Verflechtung ökonomischer Aktivitäten in Form der Internationalisierung von Produktion und Finanzmärkten, ist welthistorisch betrachtet keineswegs neu, sondern hat seinen Ausgangspunkt im Europa des 16. Jahrhunderts. Es ist aber auch nicht so, daß die derzeitigen Veränderungen lediglich eine Fortführung früherer Globalisierungsprozesse darstellen. Charakteristisch für die heutige Situation ist das Überwinden von Raum und Zeit auf der Basis der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, wodurch weltumspannende ökonomische Aktivitäten in ›Echtzeit‹ möglich werden, sowie die Gewichtsverlagerung im Verhältnis von Ökonomie und Politik, bei der letztere zunehmend zur abhängigen Variablen ersterer degradiert wird. Aus der zwischenzeitlich unübersehbar gewordenen auch sozialwissenschaftlichen Literatur vgl. den Überblick von Brock (1997) sowie Friedrichs (1997).

22 Wird der Staat als ›Unternehmen‹ betrachtet, wie es die Rede von der ›Deutschland AG‹ (Ederer/Schuller 1999) sinnfällig beschreibt, besteht die Möglichkeit, sich die Bürger vorzustellen als das dem ›Unternehmen‹ angehörige ›Personal‹, das es für den Wettbewerb unter den Nationalstaaten (Stichwort: ›Standort Deutschland‹) durch eine ›Personalentwicklungspolitik‹ (Stichwort: ›lebenslanges Lernen‹) fit for the job zu machen und auch zu erhalten gilt. Denkbar ist aber auch, so der ehemalige Wirtschaftsminister Werner Müller in seinem dem Buch von Ederer/Schuller beigefügten ›Brief an die Aktionäre‹ (ebd.: 3), die Bürger als Aktionäre zu betrachten, die gegenüber dem Management, also der Regierung, ihre Wünsche und Interessen formulieren können. Demokratietheoretisch höchst problematisch sind beide Sichtweisen, weil sie das Verhältnis zwischen Bürger und Staat bzw. Politik nicht mehr politisch, sondern ökonomisch bestimmen. Für den Gedanken, den Staat als Aktiengesellschaft zu betrachten, gibt es in der klassischen liberalen Theorie zahlreiche Vorbilder, an erster Stelle selbstredend Locke; vgl. hierzu Macpherson (1980: 283 ff.).

23 Sozialpolitik ist entstanden, weil der Lohnarbeiterexistenz die Gefährdung der Arbeitskraftreproduktion infolge von Zahlungsunfähigkeit inhärent ist. Den Arbeitskraftbesitzer zu konzeptualisieren als ›Kunden‹ der Sozialpolitik bzw. Sozialarbeit, mißachtet unzulässig, daß bei Eintritt des Risikofalles ›Lohnverlust‹ es dem Arbeitskraftbesitzer dann

renz um Standortvorteile andererseits. Folgerichtig werden denn auch Sozialpolitik und Soziale Arbeit dem Primat der Ökonomie nach- und untergeordnet, indem sie so umgestaltet werden, daß sie immer weniger als Ausgleich der Marktkräfte fungieren, sondern, ganz im Gegenteil, deren Logik unterstützen, *zum einen*, indem sie durch Ausrichtung an betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und unternehmerischen Kalkülen selbst einer Ökonomisierung unterworfen werden, *zum anderen* dadurch, daß sie ihre nunmehr zu ›Kunden‹²³ avancierten Klienten mittels Arbeits- und Sozialdisziplinierung zur bedingungslosen marktförmigen Verausgabung von Arbeitskraft anzuhalten trachten²⁴. Daß die Disziplinierungsfunktion der Sozialpolitik und Sozialen Arbeit hierbei keineswegs nur auf diejenigen zielt, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, sondern stets und vor allem auch auf die arbeitsfromm-rechtschaffenen und potentiell arbeitslosen Bürger, liegt auf der Hand. Aus Herrschaftsperspektive besteht nämlich ein Interesse am (Fort-)Bestand eines kontrollierbaren wie wahrnehmbar sozial-kontrollierten Armutspotentials, dessen gesellschaftliche Funktion es ist, an ihm die Drohung mit der ›offiziellen Armut‹ demonstrieren zu können. Denn ebenso, wie der durch Sozialpolitik angedrohte Einkommensverlust Existenzängste entfesselt, fördert auch die Angst vor Diskriminierung und Stigmatisierung Tendenzen zur Anpassung.²⁵ Internalisierte Angst vor sozialer Isolierung, sozusagen sublimierte Form des Ostrazismus, und Anpassungsdruck durch soziale Kontrolle arbeiten Hand in Hand: reicht erstere zur Stabilisierung normgerechten Verhaltens nicht mehr aus, übernimmt letztere größere Anteile an der Sicherung der Sozialintegration.

Mit anderen Worten: Während im keynesianischen Welfare State die De-Kommodifizierung von Arbeitskraft im Vordergrund von Sozialpolitik und Sozialer Arbeit stand, gerät im schumpeterianischen Workfare State die Strategie der Re-Kommodifizierung ins Zentrum sozial- und sozialarbeitspolitischer Strategien. Oder, um es in der Sprache der Luhmannschen Systemtheorie zu formulieren: War für den keynesianischen Welfare State eine politische Programmatik kennzeichnend, die die Verhinderung von Exklusion und die Ermöglichung von (Re-)Inklusion zu zentralen staatlichen Aufgaben machte, so wurde diese mit dem paradigmatischen Wechsel zum schumpeterianischen Workfare State hinfällig und ist durch die Produktion und Verwaltung von Exklusion ersetzt worden.

IV

Der hier als Bruch in der keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Regulationsweise beschriebene paradigmatische Wechsel vollzieht sich derzeit in vielen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften, wenn auch mit nationalen Variationen. Auf den Fall ›Bundesrepublik Deutschland‹ soll im folgenden etwas detaillierter eingegangen werden.

Mit dem Kabinettsbeschluß ›Moderner Staat – Moderne Verwaltung‹ (vgl. *Bundesregierung* 1999) vom 1. Dezember 1999 wurde unter der Ägide der neoliberal gewendeten rot-grünen Bundesregierung unter dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder erstmals ein Politikprogramm verabschiedet, das als Agenda für die

Umsetzung des Konzeptes des »aktivierenden Staates« gelesen werden kann. Zum Konzept des »aktivierenden Staates« vgl. allgemein Lamping et al. (2002), zu dessen Bedeutung als Ansatz zur Umgestaltung des Sozialstaates im besonderen die Beiträge in Dahme et al. (2003) sowie Mezger/West (2000). Es weist eine gewisse Nähe auf sowohl zu dem in den USA von den Republikanern unter *Bill Clinton* mit dem Versprechen »to end welfare as we know it« (*Clinton, C.*; zit. nach: *Lessenich* 2003: 215) in den 1990er Jahren initiierten und exekutierten wohlfahrtsstaatlichen Reformprogramm wie auch zu dem britischen Reformprogramm des »Dritten Weges«²⁶ (*Giddens* 1999) von New Labour unter *Tony Blair* mit dem Motto »Keine Rechte ohne Verpflichtungen« (ebd.: 81). Seitens der Bundesregierung reklamierte man damit für sich, eine Alternative zu der von Konservativen und Neoliberalen vorgetragenen Wohlfahrtsstaatskritik etwa einer *Margaret Thatcher* formuliert zu haben. Das Programm sei, so jedenfalls die offiziellen Verlautbarungen, insofern eine Alternative, als es eben nicht wie die konservativ-neoliberalen Reformansätze, die sich allesamt der Idee des »schlanken Staates«²⁷ verpflichtet sähen, eine Rücknahme politischer Gestaltungsansprüche intendiere, sondern vielmehr eine Konkretisierung und Neubestimmung staatlichen Handelns, mit der der staatliche Verwaltungsapparat, die wohlfahrtsstaatlichen Sicherungs- und Unterstützungssysteme und das Verhältnis zwischen Staat und Bürger neugestaltet werden solle. Zentral gehe es mit dem Programm darum, die Selbstregulierungskräfte der Gesellschaft zu stärken, die sozialmoralische Orientierung auf das Gemeinwohl²⁸ zu fördern, des Einzelnen Eigenverantwortung zu steigern und ein neugestaltetes Prinzip der Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft zum Leitbild des Staates zu erheben, bei dem dieser als Moderator und Impulsgeber der gesellschaftlichen Entwicklung fungiert. Erreicht werden solle dies insbesondere durch das Beachten des Handlungsgrundsatzes des »Fördern und Fordern«, der wohl als das Hauptkennzeichen des »aktivierenden Staates« gelten darf.

Der Grundgedanke der Maxime des »Fördern und Fordern« ist vielleicht am ehesten im Sinne einer staatlich herzustellenden Ausbalancierung von individuellen Rechten und Pflichten zu verstehen, bei der die Komponente des »Fördern« darauf zielt, Hemmnisse für die Entwicklung individueller Verantwortung und gesellschaftlichen Engagements abzubauen, während hingegen mit der Komponente des »Fordern« das Ansinnen des Staates deutlich gemacht wird, von jedem als Gegenwert zur staatlichen Förderung einen Beitrag zur Gestaltung seines eigenen und des gesellschaftlichen Lebens einzufordern. Mit anderen Worten: Der Staat ist zur Förderung seiner Bürger nur bereit, wenn auch diese ihrerseits bereit sind, für ihre Förderung eine entsprechende Vor- oder zumindest Gegenleistung zu erbringen. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, auf seiten des hilfebedürftigen Bürgers bestünde eine Pflicht, die staatlich gewährte Existenzsicherung als Gegenleistung »abzuarbeiten«, eine Vorstellung, die einen zwar durchaus an das neutestamentarische Gebot »Wenn einer nicht arbeiten will, dann soll er auch nicht essen!« (2. Thess 3, 10) erinnert, das aber in jenen Tagen gemünzt war gegen eine müßiggehende Oberschicht, während es heutzutage abstellt auf Hunger und Verelen-

gerade an jenem mangelt, was einen Kunden auszeichnet: hinreichende Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft.

24 In der neoliberalen Konzeption von Gesellschaft ist das Ökonomische nicht mehr wie im Frühliberalismus ein fest umrissener und eingegrenzter gesellschaftlicher Bereich mit spezifischer Rationalität, Gesetzen und Instrumenten, sondern das Ökonomische umfaßt nunmehr prinzipiell alle Formen menschlichen Handelns. (vgl. Lemke et al. 2000: 14 ff.) Hierbei gilt der Markt als jener Mechanismus der Handlungskoordination, der allen anderen überlegen sei. Dies rechtfertigt es, den Prozeß der Restrukturierung des Wohlfahrtsstaats mit der Vokabel »Vermarktlichung« zu versehen, die Nullmeier (2004) zufolge drei verschiedene Dimensionen umfaßt: die interne im Sinne der marktformig organisierten Produktion von Wohlfahrt, die externe im Sinne der marktformigen Herstellung von Weltmarktfähigkeit und die subjektbezogene im Sinne der Erziehung des Bürgers zur Marktlichkeit.

25 »Die Furcht vor allem Auffallenden und Abweichenden ist enorm groß, und ein stärkerer Hüter des bestehenden Zustands als alle Polizei.« (Burckhardt, J.; zit. nach: Brückner 1973: 17)

26 Als geistiger Wegbereiter des »[j]enseits von Links und Rechts« (*Giddens* 1997) verstandenen britischen Reformprogramms des »Dritten Weges« – in der Bundesrepublik Deutschland auch etwas mehrdeutig als »Politik der Neuen Mitte« (*Hombach*

1998) adaptiert – kann Giddens (1999; 2001) gelten, der vorschlägt, »auf der Grundlage des Prinzips ›keine Rechte ohne Verpflichtungen‹ einen neuen Gesellschaftsvertrag zu schließen« und eine »umfassend angebotsorientierte Wirtschaftspolitik zu entwickeln, die marktwirtschaftliche Wachstumsfaktoren mit einer strukturellen Reform des Wohlfahrtsstaats erlaubt«, der »sich zu einem ›Sozialinvestor‹ entwickeln muß« (Giddens 2001: 62).

27 Zu dem aus den Diskussionen um lean management und lean production in der Privatwirtschaft entlehnten und auf eine Begrenzung der Staatsaufgaben und -ausgaben zielenden, den Bereich der Inneren Sicherheit aber selbststrebend aussparenden Begriff des schlanken Staates vgl. Lamping et al. (2002: 13 ff.).

28 Wessen Wohl auch immer das Gemeinwohl sein mag, so wäre ideologiekritisch zu fragen, zumal der Topos des Gemeinwohls eher der rechten denn der linken politischen Kritik geläufig ist; vgl. hierzu neuerdings Offe (2002).

29 Zum historischen Wandel des Verhältnisses von Arbeiten und Essen und den sich daraus für den Umgang mit Armut ergebenden Konsequenzen vgl. Vobruba (1985).

30 »Erstes« und »Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« (»Hartz I u. II«) sind am 1. Januar 2003 in Kraft getreten, »Hartz III« am 1. Januar 2004 und »Hartz IV« in Form des neu geschaffenen SGB II (Grundsicherung für Arbeit-

dung als Triebkraft für Arbeitsmotivation und damit auf den stummen Zwang der Existenznotwendigkeiten.²⁹ Wenn man dieser Leistung-Gegenleistung-Konzeption anhängt, dann ist es nur konsequent, sich nicht mehr ernsthaft, wie es Politik und Verwaltung in der Bundesrepublik Deutschland tut, um die Eingliederung der erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen in den Ersten Arbeitsmarkt zu kümmern, sondern diesen ›Arbeit um jeden Preis‹ aufzuzwingen, sei diese nun regulär oder prekär, bezahlt oder unbezahlt.

Was man unter dem euphemistisch als »Aktivierung« beschriebenen Aufzwingen von ›Arbeit um jeden Preis‹ zu verstehen hat, mag exemplarisch am Beispiel der »aktivierenden Arbeitsmarktpolitik« in Gestalt der sogenannten »Hartz I-IV«-Gesetze³⁰ verdeutlicht werden, die aus Sicht sowohl der seinerzeitigen rot-grünen wie auch der derzeitigen schwarz-roten Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel eine konsequente Beachtung der Maxime des »Fördern und Fordern« darstellen. Betrachtet man die mit den Hartz-Gesetzen auf den Weg gebrachte Arbeitsmarktreform etwas genauer, so fällt auf, daß das Schwergewicht der Instrumente zum Abbau der Arbeitslosigkeit auf einer Erhöhung der Effizienz der Arbeitsvermittlung liegt. Dahinter verbirgt sich die absurde Annahme, das in der Bundesrepublik Deutschland nunmehr schon ungefähr 30 Jahre währende zentrale gesellschaftliche Problem der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit sei im wesentlichen ein Mismatch-Problem, also eines der fehlenden Übereinstimmung zwischen den Arbeitskräfteverkäufern und -käufern hinsichtlich Qualifikation, Entlohnung und Bedingungen des Arbeitskräfteeinsatzes. Eng verbunden mit dieser vorurteilsbehafteten Sicht wird überdies den Arbeitslosen unterstellt, sie unternehmen keine ernsthaften Anstrengungen zur Überwindung ihrer Lage, da sie sich hierzu wegen der ›zu generösen‹ staatlichen Transferleistungen nicht hinreichend motiviert sähen. Vor dem Hintergrund einer solchen Problemdiagnose verwundert es selbstredend nicht, daß in der Therapie zur Verringerung der Arbeitslosigkeit vornehmlich an den vermeintlichen Defiziten der Arbeitslosen (wie fehlender oder inadäquater Qualifikation, unzureichender Flexibilität und Mobilität und überhöhten Einkommensvorstellungen) angesetzt wird, und zwar entweder auf indirektem Wege, indem den erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen mit der Reduzierung oder gar dem vollständigen Entzug der Unterstützungsleistungen und damit der Existenzgrundlage gedroht wird, oder auf direktem Wege durch ›Überzeugungsstrategien‹ wie Information und Beratung oder durch Maßnahmen zur Erhalt, Verbesserung oder Wiederherstellung der sogenannten Beschäftigungsfähigkeit, also der habituellen Eigenschaft, sich willig überall und jederzeit in den enger gewordenen Arbeitsmarkt flexibel und mobil einzufügen, mit dem Ziel, die eigene Existenz durch Arbeit selbst sichern zu können. Das heißt, den erwerbsfähigen hilfebedürftigen Arbeitslosen wird im Regelfall (wegen der auf dem regulären Arbeitsmarkt faktisch nicht vorhandenen Arbeitsplätze und des damit verbundenen strukturellen Unvermögens, durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt bei Massenarbeitslosigkeit in Übereinstimmung zu bringen) keine existenzsichernde Erwerbsarbeit angeboten, sondern nur die Pflicht auferlegt, in einem rechtlich prekären

Status eine Gegenleistung für den Erhalt der staatlichen Leistungen zur Existenzsicherung zu erbringen, sei es in Form von »Mini-Jobs«, »Midi-Jobs« oder in Form der Arbeitssimulation in Praktika ohne Aussichten auf Übernahme in reguläre Beschäftigung oder von Maßnahmen zur Überprüfung der Arbeitswilligkeit oder im Rahmen von öffentlichen Arbeitsprogrammen wie etwa den sogenannten »Ein-Euro-Jobs«.

Die hier bloß in groben Zügen dargestellte Aktivierungspolitik, mit der die Rückkehr betrieben wird von der kollektiven materiellen Daseinsvorsorge zur eigenverantwortlichen persönlichen Selbstsorge und zum individuellen Risikomanagement, indem sie mittels Maßnahmen der wohlfahrtsstaatlichen Entsicherung und Entrechtung eine Re-Kommodifizierung der Arbeitskraft erzwingt, also die Arbeitskraftbesitzer wieder verstärkt den Marktgesetzen ungeschützt aussetzt, um sie zu marktkonformem und eigenverantwortlichem Verhalten anzuhalten, erweist sich in sozialer Hinsicht als höchst problematisch. Denn sie führt qua Aufkündigung des bislang geltenden »impliziten Gesellschaftsvertrages« (Moore 1987: passim)³¹, Arbeit existenzsichernd zu entgelten, zu einer im sozialwissenschaftlichen Diskurs als »Spaltung der Gesellschaft« thematisierten dauerhaften sozialen Ausgrenzung immer größerer Bevölkerungsgruppen³². Gemeint ist damit die Beschränkung oder Vorenthaltung von namentlich über Erwerbsarbeit, Geld und Rechtsansprüchen vermittelter Teilhabe an mehr oder weniger zentralen Bereichen oder Ressourcen der Gesellschaft für eine zunehmende Anzahl von Personen, die infolgedessen nicht nur einen Statusverlust erleiden, sondern auch mit Statusdiskriminierung leben müssen und damit gewissermaßen im metaphorischen Sinne an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Dieses Phänomen ist, historisch gesehen, keineswegs ein neuartiges, sondern kapitalistischen Gesellschaften inhärent. Seit seinem Bestehen hat die soziale Ausgrenzung von Arbeitslosen und Armen den Kapitalismus begleitet, worauf in markanter Weise etwa *Marxens* Formulierung hindeutet, jeder Lohnarbeiter sei »virtueller Pauper« (Marx 1974: 497).³³ Und doch kann gesagt werden, daß sozialer Ausgrenzung heute eine neue historische Qualität zukommt, und zwar aus wenigstens drei Gründen: *zum ersten*, weil sie vor dem Hintergrund eines zuvor nie gekannten Niveaus gesellschaftlichen Wohlstands und einer damit verbundenen kollektiv erkämpften politischen Verantwortung für die Wohlfahrt des Einzelnen auftritt und erlebt wird; *zum zweiten*, weil sie nicht mehr ein soziales Randphänomen darstellt, sondern nunmehr über prekäre Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitslosigkeit bis in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht; und *zum dritten*, weil mit dem Wechsel vom Welfare State zum Workfare State Sozialpolitik und Soziale Arbeit selbst von der Idee abrücken, daß die Gesellschaft für die Gefährdung der Existenz ihrer Mitglieder verantwortlich und deshalb auch verpflichtet ist, die Sicherung der Existenz zu gewährleisten, und sie statt dessen subjektive Unsicherheit und Verunsicherung zur Grundlage der von ihr geforderten Eigenverantwortung erheben. Allerdings erfolgt dies nicht wie früher durch den Entzug oder die Verweigerung von Rechten, sondern durch eine staatlich-politisch bewirkte Erosion der auf soziale Teilhabe gerichteten Substanz von Rechten.

suchende) am 1. Januar 2005 sowie am 1. August 2006 das SGB-II-Fortentwicklungsgesetz, das in den Medien zunächst als Hartz-IV-Optimierungsgesetz bekannt wurde. Zu Inhalt und Umsetzung der Hartz-Gesetze vgl. den immer noch informativen Aufsatz von Brütt (2003), als erste Einschätzung zum SGB-II-Fortentwicklungsgesetz Buestrich (2006) sowie Völker (2006).

31 Mit dem Begriff des »impliziten Gesellschaftsvertrages« werden Regeln oder Normen angesprochen, auf die sich die Mitglieder einer Gesellschaft verständigt haben, wenn auch nicht explizit in Form formaler, geschriebener Verfassungen oder Verträge, sondern vielmehr in einem »nicht-verbalisierten Rahmen gegenseitigen Verstehens« (Moore 1999: 38 f.). Dies besagt aber nicht, daß diese Regeln oder Normen das Verhalten der Akteure nicht doch maßgeblich beeinflussen, da mit ihnen – von Herrschenden und Beherrschten – Grenzen gezogen und Verpflichtungen eingegangen werden. Sie bilden bei Moore zumeist die Grundlage für das Verständnis von Ungerechtigkeit, deren Empfindung und Deutung selbst wiederum Ausgangspunkte sind für »Unmut und moralische Entrüstung« (ebd.: 277) und Widerstand. Eine ähnliche Sichtweise findet sich bei Thompson (1980), der mit seinem Konzept der »moralischen Ökonomie« darauf aufmerksam macht, daß Handlungsweisen und Verhaltensmuster von individuellen wie kollektiven Akteuren sich vielfach orientieren an der traditionsbestimmten Vorstellung eines »richtigen und guten

Lebens«, weswegen eine gröbliche Verletzung dieser moralischen Grundannahme häufig Anlaß war und ist für widerständiges Verhalten.

32 Das Phänomen der mit der Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit einhergehenden Tendenz zur Normalisierung von sozialen Polarisierungs- und Marginalisierungsprozessen wird in der jüngeren Zeit in der sozialwissenschaftlichen Literatur unter dem Stichwort ›Exklusion‹ bzw. ›soziale Ausgrenzung‹ diskutiert (vgl. stellvertretend Herkommer 1999, Kronauer 2002, Pilgram/Steinert 2000 für einen Überblick über die Debatte), die allerdings, wie so häufig, nicht ohne Vorläufer ist, um nur an den Topos von der ›Zweidrittelgesellschaft‹ (vgl. statt anderer Natter/Riedelsperger 1988) zu erinnern, der selbst wiederum seinen Ahnen hat mit der »Neuen Sozialen Frage« (Geißler 1976) und so weiter und so fort.

33 Ein Sachverhalt, der in der heutigen Armutsforschung kaum Berücksichtigung findet. Eine rühmliche Ausnahme hiervon bildet der leider viel zu wenig beachtete Beitrag von Zander (1975), der unter Rekurs auf die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie Armut begriff als ein Strukturmerkmal des Kapitalismus und mithin als Kennzeichen von Proletarität, von lohnabhängiger Existenz. Armut dient somit nicht länger als Kriterium der Abgrenzung einer von den Lohnabhängigen getrennten Randgruppe. Im Gegenteil, sie bildet ein beide Gruppen verbindendes ›Scharnier‹.

34 Vgl. hierzu statt anderer die Beiträge in Lindenber

Daß von den knapp skizzierten Entwicklungen in Politik, Ökonomie und Gesellschaft die Soziale Arbeit als Erbringerin personenbezogener sozialer Dienstleistungen nicht unberührt bleiben konnte und kann, liegt auf der Hand. Denn diese äußern sich zentral auf zweifache Weise: *Zum einen* ist die Soziale Arbeit von einem besorgniserregenden Auseinanderdriften von Bedarfen auf der einen Seite (in Form sich ausweitender sozialer Hilfebedürftigkeit wegen Arbeitslosigkeit und Armut) und Ressourcen auf der anderen Seite (in Form sich verknappender fiskalischer Mittel wegen des arbeitslosigkeitsbedingten Sinkens der staatlichen Einnahmen) organisatorisch-institutionell unter Druck gesetzt. *Zum anderen* sieht sie sich – allein schon vermittelt über die stärkere organisatorisch-institutionelle Verzahnung des Systems der Sozialversicherungstransfers (›Oberstock‹) und des Systems der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen (›Unterstock‹), wie sie im Rahmen der Hartz-Gesetze mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vollzogen wurde – aufgrund ihrer Indienstnahme für das workfare-politische Handlungsprinzip des ›Fördern und Fordern‹ in ihren professions-spezifischen Handlungsvollzügen beeinträchtigt.

Mit Bezug auf den erstgenannten neuralgischen Punkt bestehen die Konsequenzen für die Soziale Arbeit in deren Verbetriebswirtschaftlichung beziehungsweise Ökonomisierung³⁴, womit jene Strategien angesprochen sind, mit denen versucht wird, den gestiegenen Regulierungsbedarf einer gespaltenen Gesellschaft bei begrenzten fiskalischen Mitteln auf dem Wege der Steigerung der Effizienz und Effektivität der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen zu erreichen. Hierbei gelten der Sozialen Arbeit, ablesbar an Vokabeln wie ›Qualitätssicherung‹, ›Outputorientierung‹, ›Controlling‹ oder ›Outsourcing‹, um nur einige zu nennen, die Prinzipien und Methoden der Privatwirtschaft als Referenzmodell. Umgesetzt wird dieses durch eine Strategie, die in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Namen ›Neues Steuerungsmodell‹ und im internationalen Kontext als ›New Public Management‹ Publizität erlangte, nämlich durch innerorganisatorische Reorganisationsmaßnahmen einerseits und die Auslagerung der bislang von (semi-)staatlichen Einrichtungen erbrachten personenbezogenen sozialen Dienstleistungen in einen wettbewerbsförmig strukturierten Markt andererseits.³⁵ Dahinter steht die Annahme, daß mit der Implementation managerialer Verfahren und Strukturen und der Etablierung des Konkurrenzmechanismus es zu einer Leistungs- und Qualitätssteigerung und damit zu einer Kostensenkung für die Dienstleistungserbringung komme. Für die Soziale Arbeit bedeutet dieser Prozeß ihrer marktwirtschaftlichen Restrukturierung zugleich eine Neudefinition ihres Maßstabes, an dem sie sich auszurichten hat. Denn er orientiert diese nunmehr auf die Erfüllung von Kernaufgaben und entläßt sie dadurch fürs erste aus der direkten Verantwortung für die Sicherung des Wohls ihrer Klientel. Mit anderen Worten: Im Zuge ihrer Ökonomisierung fällt der Sozialen Arbeit also nur noch die Gewährleistungsverantwortung zu, das heißt, die Erbringung spezifischer personenbezogener sozialer Dienstleistungen durch wen und in welcher Form auch immer sicherzustellen.

Hinsichtlich des zweitgenannten Punktes, der workfare-politischen Indienstnahme der Sozialen Arbeit, kommt ihr hingegen, wenn man

so will, die Auffangverantwortung zu für all jene Fälle, bei denen die Gewährleistung allein nicht ausreicht. Da in kapitalistisch verfaßten Waren- und Geldökonomien sich soziale Teilhabe aus Sicht der Gesellschaftsmitglieder zentral danach bemißt, ob diese Zugang haben zu einer Erwerbsarbeit, die ihnen eine kulturell angemessene Existenzsicherung ermöglicht, diese aber wegen der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und Prekarisierung³⁶ der Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse einem wachsenden Teil der Bevölkerung verwehrt und der Staat nicht gewillt und aufgrund seiner prekären Finanzlage und seines schleichenden Souveränitäts- und Autonomieverlustes infolge der Globalisierung zum Teil immer weniger in der Lage ist, die soziale Ausgrenzung einer wachsenden Anzahl seiner Bürger sozialpolitisch umfassend zu kompensieren, ist mit einer Verstärkung der sozialen Ausgrenzungsprozesse zu rechnen. Unter diesen Voraussetzungen rückt die Verdichtung der Exklusionsverwaltung ins Zentrum der Sozialen Arbeit, was nichts anderes bedeutet, als die Betroffenen einer fortwährenden »fürsorglichen Belagerung« auszusetzen, mit der elementare Grundrechte mißachtet oder gar außer Kraft gesetzt werden.

Ob die Soziale Arbeit mit Hilfe ihrer marktwirtschaftlichen Restrukturierung und ihrer Umstellung in Richtung Exklusionsverwaltung die anstehenden Herausforderungen einer gespaltenen Gesellschaft zu bewältigen vermag, kann trefflich bezweifelt werden. Denn für die Soziale Arbeit, deren Klientel und die Gesellschaft insgesamt erweist sich vieles von dem, was derzeit in der Bundesrepublik Deutschland noch in den Anfängen steckt, bereits in jenen Ländern als höchst problematisch, die ihr, wie die USA und Großbritannien, als Vorbild dienen. So hat sich etwa durch die Workfare-Politik in den besagten Ländern die Einkommensarmut auch unter den Erwerbstätigen verbreitert. (vgl. *Ludwig-Mayerhofer* 2005: 215) Mit anderen Worten: »Es ist nicht anzunehmen, dass die Bundesrepublik im neoliberalen Weltmeer eine Insel der Glückseligen bleiben wird. Vielmehr deutet Vieles darauf hin, dass auch hier zu Lande, eine Entwicklung bereits begonnen hat, in deren Verlauf sich eine Annäherung an amerikanische und vor allem britische Vorbilder herausbilden wird.« (*Schaarschuch* 2000: 162) Für die *Soziale Arbeit* als Profession impliziert die Entwicklung der Rationalisierung von Sozialadministration und Dienstleistungserbringung einen Trend zur Taylorisierung und Standardisierung der Arbeitsvorgänge und zu einer damit einhergehenden Dequalifizierung des Personals³⁷ einerseits und einer verstärkten Polarisierung der Beschäftigungsstruktur zwischen operativen und dispositiven Tätigkeiten andererseits, was in einer vergrößerten Lohnspreizung resultieren wird. (vgl. ebd.: 159 ff.; ferner *Dahme/Wohlfahrt* 2006) Für die *Klientel* der Sozialen Arbeit bedeutet es, daß die für die Soziale Arbeit typische »Beziehungsarbeit« droht, an den Rand gedrängt zu werden, weil durch die Workfare-Politik das Durchsetzen von Disziplin und Anpassung an Lohnarbeit zum methodischen Prinzip der Sozialen Arbeit erhoben wird, wodurch die in der bisherigen Fallarbeit bewährten Handlungsprinzipien wie Ursachensuche, hermeneutisches Fallverstehen und Lebensweltorientierung sich zunehmend als kontraproduktiv entpuppen dürften. Und für die Ge-

(2000).

35 Zu den aus der Managementtheorie importierten Ansätzen zur Infragestellung und Umgestaltung des Weberschen Modells bürokratischer Herrschaft (vgl. Weber 1985: 124 ff., 551 ff.) siehe mit Bezug auf den von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung initiierten Modernisierungsprozeß Budäus (1994) und Reichardt (1994), mit Bezug auf die Soziale Arbeit die Beiträge in Merchel/Schrappner (1996) sowie Reis/Schulze-Böing (1998). Was die Befürworter einer Verbetriebswirtschaftlichung der öffentlichen Dienstleistungsproduktion ein, ist nicht nur deren Glaube an die These vom Staatsversagen, sondern auch an die Überlegenheit des Marktes. Bei aller berechtigten Kritik an der Wirksamkeit von Staatstätigkeit wird hierbei allerdings nicht gesehen, daß in gleicher Weise auch von einem Marktversagen gesprochen werden muß, weil reale Märkte nicht so funktionieren, wie es die Axiomatik des neoklassischen »Modell-Platonismus« (Albert) fordert. Als eine empirisch-praktische Kritik am Staats- wie Marktversagen ließe sich etwa das erneute Erstarken der sozial(politisch-)en Selbsthilfebewegung Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre interpretieren.

36 Vielfach werden prekäre Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse (so u.a. befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit, Leiharbeit, »Mini-« oder »Midi-Jobs«, »Ich-AGs« oder »Ein-Euro-Jobs«) in negativer Abgrenzung zum Normalarbeitsverhältnis (siehe nochmals Anm. 17) definiert, allerdings ohne

hierbei hinreichend zu beachten, daß Prekarität zwischenzeitlich selbst eine Normalität geworden ist (vgl. Brinkmann et al. 2006). Hieraus wäre eigentlich zu folgern, daß das empirische Normalarbeitsverhältnis (nicht dessen normatives Leitbild wohlgermerkt) heute im wesentlichen durch das Merkmal der Prekarität gekennzeichnet ist. Insofern kommt dem aus ›prekär‹ und ›Proletariat‹ gebildeten Amalgam ›Prekariat‹ durchaus eine heuristische Funktion zu, weil es einerseits daran erinnert, daß Pauperität grundsätzlich identisch ist mit Proletariat, da der doppelt »freie Arbeiter« (Marx 1974: 183) selbst dann, wenn er erwerbslos ist, virtuell abhängig ist vom Lohn (bzw. einem Lohnersatz), und weil es andererseits darauf aufmerksam macht, daß die derzeitige qua Prekarisierung bewirkte Aktualisierung der fundamentalen Verunsicherung und Entsicherung aller Arbeits- und Lebensbereiche nicht einem ›Sachzwang‹ oder deus ex machina geschuldet ist, sondern eine, die von Menschenhand herbeigeführt wurde und wird. »Man wird den Verdacht nicht los, daß Prekarität nicht das Produkt einer mit der ebenfalls vielzitierten ›Globalisierung‹ gleichgesetzten *ökonomischen Fatalität* ist, sondern vielmehr das Produkt eines *politischen Willens*. [...] Die Prekarität ist Teil einer neuartigen *Herrschaftsform*, die auf der Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmer zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen.« (Bourdieu 2004: 110 f.) Vgl. in diesem Zusammenhang auch Castels'

sellschaft als eine ihrem Anspruch nach demokratisch verfaßte unheilvoll schließlich ist, daß die in den beiden Strategien sich ausdrückende Minimalisierung der Standards einer zivilisierten Gesellschaft nicht nur zu einer Untergrabung der sozialen Voraussetzungen der Ausübung des Bürgerstatus führen kann, sondern auch, um es mit Habermas zu formulieren, zu einer »moralische[n] Erosion der Gesellschaft [...], die jedes republikanische Gemeinwesen in seinem universalistischen Kern versehren muß« (Habermas 1995: 186 f.).

Literatur

- AG Sozialpolitik (1986) – Arbeitsgruppe Sozialpolitik: Sozialpolitische Regulierung und die Normalisierung des Arbeitsbürgers, in: neue praxis, H. 1, 2, S. 1-21, 160-169.
- Alber (1982) – Jens Alber: Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa, Frankfurt/New York: Campus.
- Altvater (1982) – Elmar Altvater: Der Kapitalismus vor einem Aufschwung? Über Theorien der »langen Wellen« und der »Stadien«, in: Wirtschaft und Gesellschaft, H. 2, S. 195-223.
- Bauer (2001) – Rudolph Bauer: Personenbezogene Soziale Dienstleistungen. Begriff, Qualität und Zukunft, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Baumann (2005) – Zygmunt Baumann: Verworfenenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Blanke et al. (1975) – Bernhard Blanke/Ulrich Jürgens/Hans Kastendiek: Kritik der Politischen Wissenschaft 2. Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/M.: Campus.
- Bommes/Scherr (1996) – Michael Bommes/Albert Scherr: Exklusionsvermeidung, Inklusionsvermittlung und/oder Exklusionsverwaltung. Zur gesellschaftstheoretischen Bestimmung Sozialer Arbeit, in: neue praxis, H. 2, S. 107-123.
- Bommes/Scherr (2000) – Michael Bommes/Albert Scherr: Soziologie der Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe, Weinheim/München: Juventa.
- Borchert et al. (1997) – Jens Borchert/Stephan Lessenich/Peter Lösche (Red.): Standortrisiko Wohlfahrtsstaat? Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 1, Opladen: Leske + Budrich.
- Bourdieu (2004) – Pierre Bourdieu: Gegenfeuer, Konstanz: UVK.
- Brinkmann et al. (2006) – Ulrich Brinkmann/Klaus Dörre/Silke Röbenack/Klaus Kraemer/Frederic Speidel: Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter URL (8. 1. 2007) <http://library.fes.de/pdf-files/asfo/03514.pdf>.
- Brock (1997) – Ditmar Brock: Wirtschaft und Staat im Zeitalter der Globalisierung. Von nationalen Volkswirtschaften zur globalisierten Weltwirtschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 33/34, S. 12-19.
- Brückner (1973) – Peter Brückner: Zur Sozialpsychologie des Kapitalismus. Sozialpsychologie der antiautoritären Bewegung 1, 4. Aufl., Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt.
- Budäus (1994) – Dietrich Budäus: Public Management. Konzepte und Verfahren zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungen, Berlin: edition sigma.
- Buextrich (2006) – Michael Buextrich: Reform der Reform. Anmerkungen zu den Begründungen eines »Hartz IV-Fortentwicklungsgesetzes«, in: neue praxis, H. 3, S. 260-268.
- Bundesregierung (1999) – Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland: Moderner Staat – Moderne Verwaltung. Leitbild und Programm der Bundesregierung, online unter URL (05.10.2004) <http://www.staat-modern.de/static/archiv/programm/index.html>.
- Canguilhem (1977) – Georges Canguilhem: Das Normale und das Pathologische, Frankfurt/Berlin/Wien: Ullstein.
- Castel (2000) – Robert Castel: Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz: UVK.
- Dahme/Wohlfahrt (2006) – Heinz-Jürgen Dahme/Norbert Wohlfahrt: Zur Entwicklungsdynamik sozialer Dienste im Wettbewerb, in: sozialextra, H. 1, S. 28-32.
- Dahrendorf (1995) – Ralf Dahrendorf: Über den Bürgerstatus, in: Brink, B. v. d./Reijen, W. v. (Hrsg.), Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 29-43.
- Dixon (2000) – Keith Dixon: Die Evangelisten des Marktes. Die britischen Intellektuellen und der Thatcherismus, Konstanz: UVK.
- Ederer/Schuller (1999) – Peer Ederer/Philipp Schuller: Geschäftsbericht Deutschland AG, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Esping-Andersen (1990) – Gösta Esping-Andersen: The Three Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge: Polity Press.
- Evers (1990) – Adalbert Evers: Im intermediären Bereich – Soziale Träger und Projekte zwischen Haushalt, Staat und Markt, in: Journal für Sozialforschung, H. 2, S. 189-210.
- Evers/Olk (1996) – Adalbert Evers/Thomas Olk: Wohlfahrtspluralismus – Analytische und normativ-politische Dimensionen eines Leitbegriffs, in: Dies. (Hrsg.), Wohlfahrtspluralismus. Vom Wohlfahrtsstaat zur Wohlfahrtsgesellschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9-60.
- Ewald (1993) – Francois Ewald: Der Vorsorgestaat, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Friedrichs (1997) – Jürgen Friedrichs: Globalisierung – Begriff und grundlegende Annahmen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 33/34, S. 3-11.
- Flora et al. (1977) – Peter Flora/Jens Alber/Jürgen Kohl: Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten, in: Politische Vierteljahrschrift, H. 4, S. 702-772.
- Geißler (1976) – Heiner Geißler: Die Neue Soziale Frage. Analysen und Dokumente, Freiburg: Herder.

- Gerstenberger (1981) – Heide Gerstenberger: Von der Armenpflege zur Sozialpolitik oder: Plädoyer für eine materialistische Fragestellung, in: Leviathan, H. 1, S. 39-61.
- Giddens (1997) – Anthony Giddens: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Giddens (1999) – Anthony Giddens: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, 2. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Giddens (2000) – Anthony Giddens: Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Habermas (1995) – Jürgen Habermas: Die Normalität einer Berliner Republik. Kleine Politische Schriften VII, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Herkommer (1999) – Sebastian Herkommer (Hrsg.): Soziale Ausgrenzungen. Gesichter des neuen Kapitalismus, Hamburg: VSA.
- Hirsch (1988) – Joachim Hirsch: Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Gesellschaft, Staat und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin: ID-Verlag.
- Hombach (1998) – Bodo Hombach: Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München/Düsseldorf: Econ.
- Hübner (1990) – Kurt Hübner: Theorie der Regulation. Eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der Politischen Ökonomie, 2. Aufl., Berlin: edition sigma.
- Jessop (1994) – Bob Jessop: Veränderte Staatlichkeit. Veränderungen von Staatlichkeit und Staatsprojekten, in: Grimm, K. (Hrsg.), Staatsaufgaben, Baden-Baden: Nomos, S. 43-73.
- Kaufmann (1997) – Franz-Xaver Kaufmann: Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kaufmann (2003) – Franz-Xaver Kaufmann: Varianten des Wohlfahrtsstaats. Der deutsche Sozialstaat im internationalen Vergleich, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Kronauer (2002) – Martin Kronauer: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt/M.: Campus.
- Lamping et al. (2002) – Wolfram Lamping/Henning Schridde/Stefan Plaß/Bernhard Blanke: Der Aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter URL (22. 7. 2004) <http://www.fesportal.fes.de/pls/portal30/docs/FOLDER/BUERGERGESELLSCHAFT/038.pdf>.
- Leibfried/Tennstedt (1985) – Stephan Leibfried/Florian Tennstedt: Armenpolitik und Arbeiterpolitik. Zur Entwicklung und Krise der traditionellen Sozialpolitik der Verteilungsformen, in: Dies. (Hrsg.), Politik der Armut und Die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 64-93.
- Lemke et al. (2000) – Thomas Lemke/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling: Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien, in: Bröckling, U. et al. (Hrsg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 7-40.
- Lenhardt/Öffe (1977) – Gero Lenhardt/Claus Öffe: Staatstheorie und Sozialpolitik. Politisch-soziologische Erklärungsansätze für Funktionen und Innovationsprozesse der Sozialpolitik, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, SH 19, S. 99-127.
- Lessenich/Ostner (1998) – Stephan Lessenich/Ilona Ostner (Hrsg.): Welten des Wohlfahrtskapitalismus. Der Sozialstaat in vergleichender Perspektive, Frankfurt/New York: Campus.
- Lessenich (2003) – Stephan Lessenich: Der Arme in der Aktivgesellschaft – zum sozialen Sinn des »Förderns und Forderns«, in: WSI-Mitteilungen, H. 4, S. 214-220.
- Lindenberger (2000) – Michael Lindenberger (Hrsg.): Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld: Kleine.
- Lipietz (1985) – Alain Lipietz: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff »Regulation«, in: Prokla, H. 58, S. 109-135.
- Ludwig-Mayerhofer (2005) – Wolfgang Ludwig-Mayerhofer: Arbeitslosigkeit und sozialer Ausschluss, in: Anhorn, R./Bettinger, F. (Hrsg.), Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 203-218.
- Macpherson (1980) – C. B. Macpherson: Die politische Theorie des Besitzindividualismus. Von Hobbes bis Locke, 2. Aufl., Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mandel (1983) – Ernest Mandel: Die Langen Wellen im Kapitalismus – eine marxistische Erklärung, Frankfurt/M.: isp-Verlag.
- Marx (1974) – Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, 2. Aufl., Berlin (DDR): Dietz.
- Marx (1977) – Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, 1. Band, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, 12. Aufl., Berlin (DDR): Dietz.
- Mensch (1977) – Gerhard Mensch: Das technologische Patt. Innovationen überwinden die Depression, Frankfurt/M.: Fischer.
- Merchel/Schrapper (1996) – Joachim Merchel/Christian Schrapper (Hrsg.): »Neue Steuerung«. Tendenzen der Organisationsentwicklung in der Sozialverwaltung, Münster: Votum.
- Moore (1987) – Barrington Moore: Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mückenberger (1985) – Ulrich Mückenberger: Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. Hat das Arbeitsrecht noch eine Zukunft?, in: Zeitschrift für Sozialreform, H. 7, 8, S. 415-434, 457-475.
- Mückenberger (1986) – Ulrich Mückenberger: Zur Rolle des Normalarbeitsverhältnisses bei der sozialstaatlichen Umverteilung von Risiken, in: Prokla, H. 64, S. 31-45.
- Müller (2003) – Harald Müller: Supermacht in der Sackgasse? Die Weltordnung nach dem 11. September, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Müller et al. (1977) – Gernot Müller/Ulrich Rödel/Charles Sabel/Frank Stille/Winfried Vogt: Ökonomische Krisentendenzen im gegenwärtigen Kapitalismus, Frankfurt/New York: Campus.
- Natter/Riedelsperger (1988) – Ehrenfried Natter/Alois Riedelsperger (Hrsg.): Zweidrittelgesellschaft. Spalten, splittieren – oder solidarisieren?, Wien/Zürich: Europaverlag.
- Nullmeier (2004) – Frank Nullmeier: Vermarktlichung des Sozialstaats, in: WSI-Mitteilungen, H. 9, S. 495-500.
- Offe (1983) – Claus Offe: Arbeit als soziologische Schlüsselkategorie?, in: Matthes, J. (Hrsg.), Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/New York: Campus, S. 38-65.
- (2000: 336 ff.) scharfsinnige Analyse der modernen Lohnarbeitsgesellschaft, in der eindringlich die destabilisierenden Rückwirkungen aufgezeigt werden, die von der sich zunehmend ausbreitenden »Zone der Verwundbarkeit«, also der Prekarität, und der »Zone der Entkoppelung«, sprich der sozialen Ausgrenzung, auf die »Zone der Integration«, d. h. den Kern der Arbeitsgesellschaft, ausgehen und das Fundament der gesellschaftlichen Integration zu zersetzen drohen.

37 Zu nennen sind in diesem Zusammenhang u. a. jene Programme, die derzeit unter dem Label ›evidence based practise‹ in der Sozialen Arbeit meist unkritisch als ein Beitrag zu deren Professionalisierung diskutiert werden und mit denen die Klienten einem möglichst standardisierten diagnostischen ›Assessment‹ zu unterziehen sind, um deren ›Risk-Need-Profil‹ ermitteln und, hierauf aufbauend, das für das jeweilige Profil wirksamste EBP-Programm durchführen zu können. Ignoriert wird hierbei, daß die Aufgabe der ›Professionellen‹ im »EBP« noch technischer Natur [ist; M. W.]: Es geht darum, das Programm an den zugewiesenen AdressatInnen detailgenau und gradlinig nach den Programmvorschriften, den ›Manualized Practice Guidelines‹ zu exekutieren. Es ist nicht erforderlich, dass sie wissen, warum sie welche Maßnahme verwenden, und genau genommen ist es nicht einmal wichtig, dass sie wissen, was sie tun. All das, was Professionalität ausmacht, scheint im Kontext einer manageriellen EBP mehr oder weniger überflüssig.« (Ziegler 2006:

- 151) Offe (2002) – Claus Offe: Wessen Wohl ist das Gemeinwohl?, in: Münkler, H./Fischer, K. (Hrsg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Rhetoriken und Perspektiven sozialmoralischer Orientierungen, Berlin: Akademie Verlag, S. 55-76.
- Pilgram/Steinert (2000) – Arno Pilgram/Heinz Steinert (Hrsg.): Sozialer Ausschluss – Begriffe, Praktiken und Gegenwehr, Baden-Baden: Nomos.
- Reichard (1994) – Christoph Reichard: Umdenken im Rathaus. Neue Steuerungsmodelle in der deutschen Kommunalverwaltung, Berlin: edition sigma.
- Reis/Schulze-Böing (1988) – Claus Reis/Matthias Schulze-Böing (Hrsg.): Planung und Produktion sozialer Dienstleistungen. Die Herausforderung »neuer Steuerungsmodelle«, Berlin (BRD): edition sigma.
- Rousseau (1979) – Jean-Jaques Rousseau: Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundsätze des Staatsrechts, Stuttgart: Reclam.
- Schaarschuch (2000) – Andreas Schaarschuch: Kunden, Kontakte, Karrieren. Die Kommerzialisierung der Sozialen Arbeit und die Konsequenzen für die Profession, in: Lindenberg, M. (Hrsg.), Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld: Kleine, S. 153-163.
- Schäfer (1966) – Dieter Schäfer: Die Rolle der Fürsorge im System sozialer Sicherung. Ein Beitrag zur Entwicklung und Begründung eines gegliederten Sozialleistungssystems, Frankfurt/M.: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge.
- Schmidt (1998) – Manfred G. Schmidt: Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 2. Aufl., Opladen: Leske + Budrich
- Thompson (1980) – Edward P. Thompson: Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt/Berlin/Wien: Ullstein.
- Vobruba (1985) – Georg Vobruba: Arbeiten und Essen. Die Logik im Wandel des Verhältnisses von gesellschaftlicher Arbeit und existentieller Sicherung im Kapitalismus, in: Leibfried, S./Tennstedt, F. (Hrsg.), Politik der Armut und Die Spaltung des Sozialstaats, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 41-63.
- Völker (2006) – Wolfgang Völker: Radikalisierung der Unsicherheit. Seit dem 1. August ist Hartz IV »fortentwickelt«, in: ak – analyse & kritik, H. 508, online unter URL (16. 2. 2007) <http://www.linksnet.de/drucksicht.php?id=2551>.
- Weber (1985) – Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, 5. Aufl., Tübingen: Mohr.
- Zander (1975) – Hartwig Zander: Sozialarbeit und Armut – Der Begriff der Armut in seiner Bedeutung für eine marxistische Theorie der Sozialarbeit, in: Otto, H.-U./Schneider, S. (Hrsg.), Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit. Erster Halbband, 3. Aufl., Neuwied/Darmstadt: Luchterhand, S. 233-266.
- Ziegler (2006) – Holger Ziegler: Evidenzbasierte Soziale Arbeit. Über managerielle PraktikerInnen in neo-bürokratischen Organisationen, in: Schweppe, C./Sting, S. (Hrsg.), Sozialpädagogik im Übergang. Neue Herausforderungen für Disziplin, Profession und Ausbildung, München/Wien: Juventa, S. 139-155.
- Zoll (2000) – Rainer Zoll: Was ist heute Solidarität?, Frankfurt/M.: Suhrkamp.